



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

02 | 2013

# STATISTISCHE MONATSHEFTE




## Aus dem Inhalt:

Energieverwendung 2011

Migrationshintergrund 2011

Zensus 2011

Todesursachen



Fotonachweis

Titelfoto: Juwi

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte im Jahr 2011 rund 308 600 Terajoule Energie. Umgerechnet waren das 85 700 Gigawattstunden. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Energieverbrauch damit um 1,7 Prozent zurück.

02 | 2013

## STATISTISCHE MONATSHEFTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell	109
----------------	-----

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus  
Landwirtschaft ■ Bildung ■ Energie ■ Verkehr ■ Steuern

Aus der amtlichen Statistik	118
-----------------------------	-----

Verbraucherpreise	120
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Frei praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte 2011 nach Verwaltungsbezirken	121
---	-----

Energieverwendung im verarbeitenden Gewerbe 2011	122
--	-----

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011	129
--	-----

Zensus 2011 – Teil 2: Erhebung und Aufbereitung demografischer Strukturdaten	139
---	-----

Sterblichkeit nach Todesursachen	150
----------------------------------	-----

Daten zur Konjunktur	165
----------------------	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	197
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	213
------------------	-----

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter [www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte)

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

## Produktion der Industrie ging im November zurück

Im Vergleich zum Oktober 2012 sank die Produktion im November um 0,7 Prozent. Insbesondere die Konsumgüterhersteller fuhren ihren Güterausstoß deutlich zurück (–6,7 Prozent). Auch die Investitionsgüterproduzenten verringerten ihren Output (–1,8 Prozent), während die Vorleistungsgüterproduzenten eine Zunahme um 1,6 Prozent verzeichneten. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie produzierten der Fahrzeugbau (–3,3 Prozent) und der Maschinenbau (–2,7 Prozent) weniger als im Oktober. Dagegen verbuchte die chemische Industrie einen Zuwachs um 7,2 Prozent.

Gegenüber November 2011 sank der Output um 2,4 Prozent. Insbesondere die Investitionsgüterhersteller produzierten deutlich weniger als im Vorjahr (–12 Prozent). Dagegen wuchs die Produktion bei den Konsumgüterherstellern um 2,2 Prozent, während sie bei den Vorleistungsgüterproduzenten stagnierte (+0,1 Prozent). Von den drei großen Branchen registrierten der Fahrzeugbau (–20 Prozent) und der Maschinenbau (–14 Prozent) kräftige Rückgänge. Dagegen produzierte die chemische Industrie 6,8 Prozent mehr als im November 2011.

## Industrie erhielt im November weniger Aufträge

Im Vergleich zum Vormonat stagnierte der Auftragseingang im November 2012. Während sich die Inlandsnachfrage leicht verbesserte (+1,6

## Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov. 2012	Jan. bis Nov. 2012	
	Veränderung des Indexwertes <sup>1</sup> zu		
	Okt. 2012	Nov. 2011	Jan. bis Nov. 2011
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,7 %	-2,4 %	-1,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	1,6 %	0,1 %	-3,3 %
Investitionsgüterproduzenten	-1,8 %	-12,1 %	1,3 %
Konsumgüterproduzenten	-6,7 %	2,2 %	0,4 %
Chemie	7,2 %	6,8 %	-3,3 %
Fahrzeugbau	-3,3 %	-20,3 %	2,0 %
Maschinenbau	-2,7 %	-14,2 %	-2,8 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	0,0 %	-3,7 %	-3,3 %
Inland	1,6 %	-5,5 %	-5,5 %
Ausland	-1,1 %	-2,1 %	-1,5 %
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	0,1 %	6,6 %	0,5 %
Investitionsgüterproduzenten	-0,4 %	-14,8 %	-8,0 %
Konsumgüterproduzenten	1,0 %	-4,2 %	-2,3 %
Chemie	-0,6 %	11,3 %	2,3 %
Fahrzeugbau	4,3 %	-8,5 %	-8,3 %
Maschinenbau	-6,3 %	-21,7 %	-9,3 %

<sup>1</sup> Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – <sup>2</sup> Einschließlich Energie.

Prozent), ging die Auslandsnachfrage zurück (–1,1 Prozent). Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern (+0,1 Prozent) stieg leicht, während die Nachfrage nach Investitionsgütern (–0,4 Prozent) sich etwas verringerte. Die Konsumgüterproduzenten verbuchten dagegen höhere Auftragseingänge (+1 Prozent). Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie musste die Chemie einen leichten (–0,6 Prozent) und der Maschinenbau erneut einen kräftigen Rückgang (–6,3 Prozent) der Bestellungen hinnehmen. Der Fahrzeugbau erzielte dagegen einen Zuwachs von 4,3 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr verschlechterten sich die Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie im November 2012 um 3,7 Prozent. Die Inlandsnachfrage fiel um 5,5 Prozent niedriger aus als im November 2011. Im Auslandsgeschäft wurde ein Auftragsminus von 2,1 Prozent verbucht. Die Investitionsgüterproduzenten (–15 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (–4,2 Prozent) verzeichneten deutliche Nachfragerückgänge im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen erhöhten sich die Bestellungen von Vorleistungsgütern um 6,6 Prozent. Von den drei großen

## Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.





Branchen des Landes registrierten der Maschinenbau (–22 Prozent) und der Fahrzeugbau (–8,5 Prozent) kräftige Rückgänge der Nachfrage. In der chemischen Industrie gingen dagegen deutlich mehr Aufträge ein als im Vorjahr (+11 Prozent).

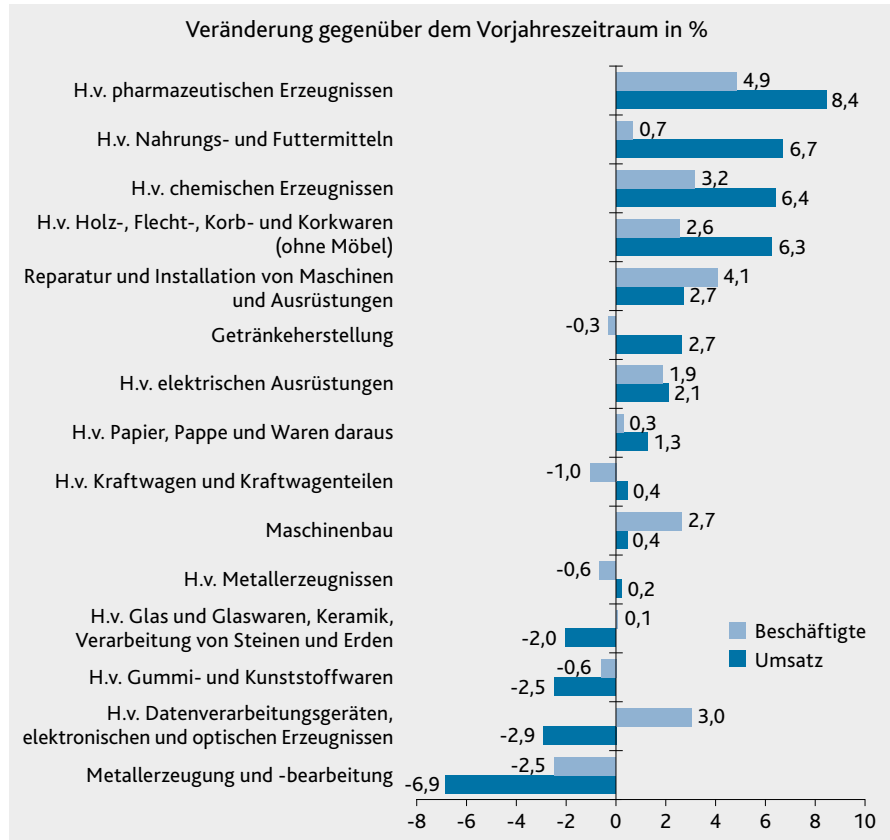
### Gutes Auslandsgeschäft lässt die Industrieumsätze steigen

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den ersten elf Monaten des Jahres 2012 Umsätze in Höhe von 78,4 Milliarden Euro. Das waren 2,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,3 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen deutlich um fünf Prozent (Deutschland: +2,5 Prozent), die Inlandsumsätze stagnierten (Deutschland: +0,3 Prozent). Der Auslandsumsatz machte 53,9 Prozent des Gesamtumsatzes aus (Exportquote Deutschland: 46,6 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag mit 250 619 um rund 2 700 bzw. 1,1 Prozent über dem Wert von November 2011 (Deutschland: +1,4 Prozent). Von Januar bis November wurden 1,4 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,7 Prozent).

Die meisten umsatzstarken Industriebranchen erzielten in den ersten elf Monaten mehr Erlöse als im Vorjahreszeitraum. Die Hersteller von pharmazeutischen Produkten registrierten überdurchschnittliche Umsatzzuwächse (+8,4 Prozent), wobei der Boom von der Inlands-

### Umsätze von Januar bis November 2012 und Beschäftigte im November 2012 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



nachfrage dominiert wurde (+12 Prozent), aber auch die Geschäfte mit Kunden im Ausland gut liefen (+6,5 Prozent). Die Umsätze der Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln legten um 6,7 und die der chemischen Industrie um 6,4 Prozent zu. In beiden Wirtschaftszweigen trieben vor allem die Auslandsumsätze (+9,1 bzw. 7,9 Prozent) die Erlöse nach oben. Deutlich ruhiger verliefen die Geschäfte bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (+1,3 Prozent) sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+0,4 Prozent), im Maschinenbau (ebenfalls +0,4 Prozent) und bei den Herstellern von

Metallerzeugnissen (+0,2 Prozent). Gesunken sind die Erlöse in der Metallerzeugung und -bearbeitung (–6,9 Prozent), in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (–2,5 Prozent) und in der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (–2 Prozent).

Besonders stark präsentierte sich bei der Beschäftigtenentwicklung die Pharmaindustrie, deren Personalbestand um 4,9 Prozent wuchs. Die chemische Industrie erhöhte ihren Personalstand um 3,2 Prozent, der Maschinenbau um 2,7 Prozent. Die Metallerzeugung und -bearbeitung

(–2,5 Prozent), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–1 Prozent), von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Metallernzeugnissen (jeweils –0,6 Prozent) verzeichneten dagegen einen niedrigeren Personalbestand als ein Jahr zuvor.

### Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe gegenüber November 2011 gesunken

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im November im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vormonat Oktober kam es zu einer Verschlechterung um 15 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um 6,4 Prozent gegenüber dem Ergebnis vom November 2011, im Vormonatsvergleich war dagegen ein Anstieg um 5,3 Prozent zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat gingen die Auftragseingänge leicht zurück (–0,3 Prozent). Der Rückgang der Nachfrage im Hochbau (–0,6 Prozent) ist vor allem auf die ungünstige Entwicklung im öffentlichen Hochbau zurückzuführen (–29 Prozent), der Wohnungsbau zog dagegen um 19 Prozent an. Der Tiefbau (+0,1 Prozent) verbuchte eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Im Vergleich zum November 2011 ging der baugewerbliche Umsatz um 6,4 Prozent auf rund 308 Millionen Euro zurück. Sowohl im Hochbau (–5 Prozent auf 146 Millionen Euro)

### Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Nov. 2012		Jan. bis Nov. 2012			
	Veränderung des Indexwertes zu					
	Okt. 2012	Nov. 2011	Jan. bis Nov. 2011			
Auftragseingang	-14,6 %	↓	-0,3%	↘	3,1%	↑
Hochbau insgesamt	0,2 %	↗	-0,6%	↘	4,9%	↑
Wohnungsbau	30,6 %	↑	18,6%	↑	15,3%	↑
gewerblicher Hochbau	28,7 %	↑	-5,3%	↓	-4,2%	↘
öffentlicher Hochbau	-64,3 %	↓	-29,2%	↓	11,2%	↑
Tiefbau insgesamt	-27,3 %	↓	0,1%	↗	1,5%	↗
gewerblicher Tiefbau	-33,9 %	↓	0,9%	↗	-10,2%	↓
öffentlicher Tiefbau	-19,7 %	↓	-10,0%	↓	-2,9%	↓
Straßenbau	-28,8 %	↓	7,2%	↑	9,1%	↑
Baugewerblicher Umsatz	5,3 %	↑	-6,4%	↓	-0,8%	↘
Hochbau insgesamt	3,3 %	↑	-5,0%	↓	4,6%	↑
Wohnungsbau	-9,3 %	↓	-0,5%	↘	20,1%	↑
gewerblicher Hochbau	8,0 %	↑	-7,4%	↓	-1,2%	↘
öffentlicher Hochbau	13,1 %	↑	-5,6%	↓	-2,7%	↓
Tiefbau insgesamt	7,2 %	↑	-7,5%	↓	-5,7%	↓
gewerblicher Tiefbau	26,8 %	↑	13,0%	↑	-1,8%	↘
öffentlicher Tiefbau	-5,1 %	↓	-9,9%	↓	-4,3%	↓
Straßenbau	7,6 %	↑	-11,9%	↓	-7,8%	↓

als auch im Tiefbau (–7,5 Prozent auf 162 Millionen Euro) waren sinkende Umsätze zu verzeichnen.

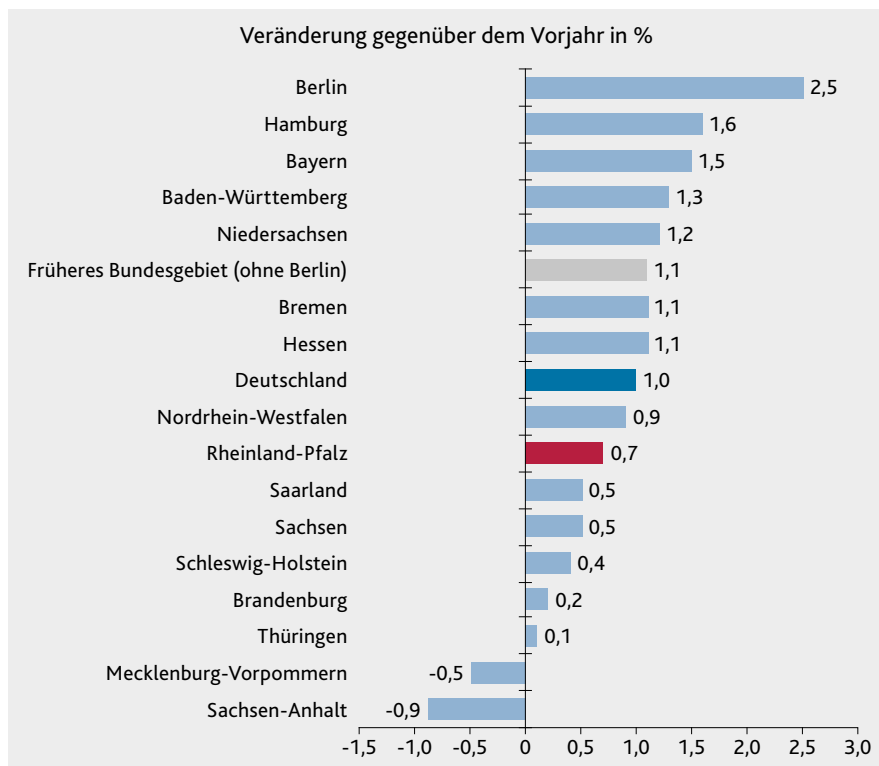
Gegenüber dem Oktober 2012 verschlechterte sich die Nachfrage nach Bauleistung um 15 Prozent. Während der Hochbau (+0,2 Prozent) leichte Zuwächse verbuchte, hatte der Tiefbau (–27 Prozent) beträchtliche Einbußen zu verkraften. Lediglich im Wohnungsbau (+31 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+29 Prozent) stiegen die Auftragseingänge.

Der Umsatz lag dagegen um 5,3 Prozent höher als im Oktober 2012. Im Hochbau wurde ein Plus von 3,3 Prozent festgestellt. Im Tiefbau gab es eine Verbesserung um 7,2 Prozent, die im Wesentlichen auf den starken Zuwachs im gewerblichen Tiefbau (+27 Prozent) zurückzuführen ist.

### Erwerbstätigkeit erreichte 2012 neuen Höchststand

Im Durchschnitt des Jahres 2012 hatten gut 1,92 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, waren dies 13 200 bzw. 0,7 Prozent mehr als im Jahr 2011. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Jahr in Folge einen neuen Höchststand, nachdem es im Krisenjahr 2009 einen leichten Rückgang (–0,1 Prozent) gegeben hatte. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit fiel allerdings 2012 wegen der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik nicht mehr ganz so kräftig aus wie im Jahr 2011, in dem sich die Zahl der Erwerbstätigen noch um 22 700 Personen bzw. 1,2 Prozent erhöht hatte.

## Erwerbstätige am Arbeitsort 2012 nach Ländern



Im Bundesdurchschnitt war mit +1 Prozent ein etwas stärkerer Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug der Anstieg 1,1 Prozent, in den neuen Bundesländern gab es keinen Zuwachs an Beschäftigung.

Die positive Entwicklung 2012 beruhte in Rheinland-Pfalz vor allem auf der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, die rund zwei Drittel der Erwerbstätigkeit ausmachen. Erste Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Oktober 2012 um 1,2 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. Dagegen war für die ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten im Juni ein

leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat festzustellen (-0,9 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) lag nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt 2012 mit -31 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert.

Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in allen Bereichen. Den absolut größten Beitrag leisteten die Dienstleistungsbereiche. Zusammengefasst waren hier 7 900 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor; das entspricht einem Zuwachs um 0,6 Prozent (Deutschland: +1 Prozent). Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf den Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens-

dienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+1,4 Prozent; Deutschland: ebenfalls +1,4 Prozent). Im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, dem größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, nahm die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 0,5 Prozent zu (Deutschland: +0,8 Prozent). Dagegen verzeichnete der Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ mit +0,2 Prozent nur einen geringen Anstieg, der auch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag (Deutschland: +1 Prozent).

Im produzierenden Gewerbe waren im Jahresdurchschnitt rund 4 900 Personen bzw. ein Prozent mehr tätig als im Vorjahr (Deutschland: +1,2 Prozent). Im Baugewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um 1,1 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). Das übrige produzierende Gewerbe verzeichnete ein Plus von 0,9 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft war ebenfalls ein Anstieg festzustellen, und zwar um rund 400 Erwerbstätige bzw. ein Prozent (Deutschland: +0,1 Prozent).

#### Gäste- und Übernachtungszahlen im November leicht über Vorjahresniveau

Die Zahl der Gäste- und Übernachtungen im rheinland-pfälzischen Tourismus lagen im November 2012 höher als ein Jahr zuvor. Auf der Grundlage vorläufiger Berechnungen



stieg die Gästezahl gegenüber dem November 2011 um 1,8 Prozent auf über 557 000, die Zahl der Übernachtungen legte um 0,7 Prozent auf mehr als 1,3 Millionen zu. Damit verbuchte die Branche nach fünf Monaten mit negativen Vorzeichen erstmals wieder Zuwächse.

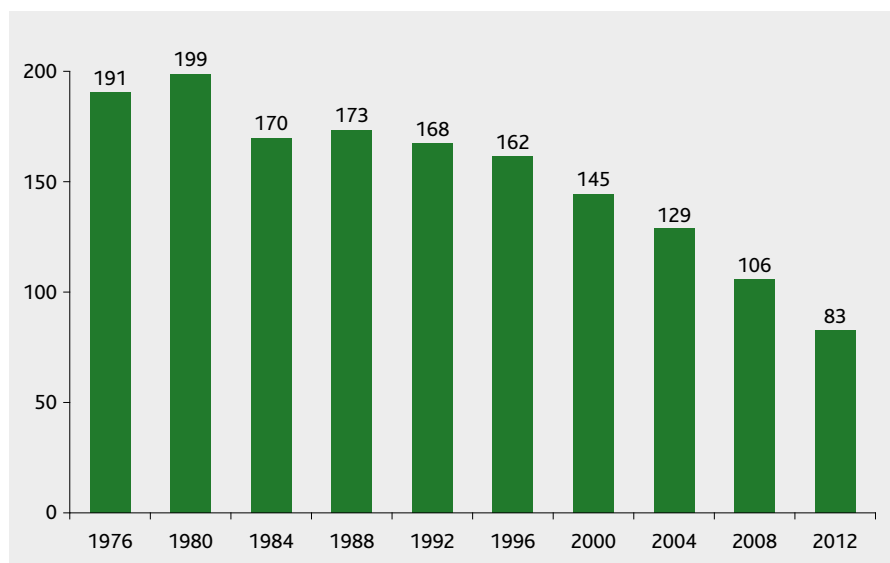
Von Januar bis November lag die Gästezahl mit insgesamt fast 7,8 Millionen um zwei Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Bei den Übernachtungen gab es einen Rückgang um 1,9 Prozent auf etwas mehr als 21 Millionen. Trotz der Rückgänge gegenüber dem Rekordjahr 2011 übertreffen die Tourismusdaten das Niveau früherer Jahre.

### Zahl der Baumschulen hat sich binnen 20 Jahren halbiert

In Rheinland-Pfalz sind 83 Baumschulen mit der Produktion von Obst- und Ziergehölzen oder Forstpflanzen befasst. Die Zahl der Baumschulen, die selbst Baumschulgewächse produzieren, hat sich gegenüber dem Jahr 1992 halbiert. Allein seit 2008 reduzierte sich ihre Zahl um 23. Die Baumschulbetriebe bewirtschaften eine Fläche von 578 Hektar. Die durchschnittliche Fläche je Betrieb ist in den vergangenen zwanzig Jahren um 1,6 auf knapp sieben Hektar gestiegen.

Die Produktion von Ziersträuchern und -gehölzen für Straßenanlagen, Parks oder Gärten sowie von Landschaftsgehölzen erfolgte auf 275 Hektar. Dies entspricht fast der Hälfte

Baumschulen 1976–2012 nach Nutzungsarten



der Baumschulflächen. Wichtige Produkte sind Allee- und Straßenbäume sowie Nadelgehölze wie Koniferen. Auf 94 Hektar wuchsen Nadel- und Laubgehölze zum Einsatz im Forstbereich heran. Nicht enthalten sind darin zwölf Hektar, auf denen Weihnachtsbäume zur Anzucht kultiviert werden. Obstgehölze standen auf einer Fläche von 52 Hektar. Diese wurden überwiegend zur Anzucht von veredelten Obstgehölzen genutzt.

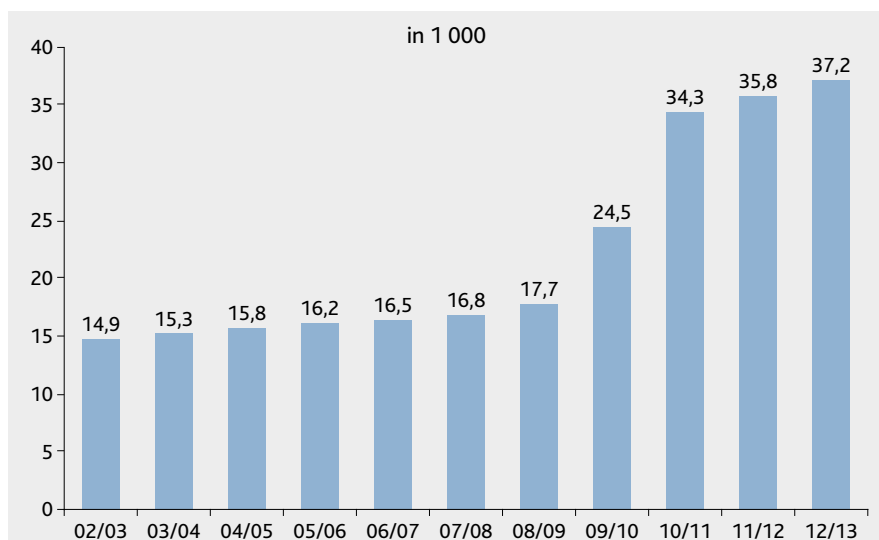
### Insgesamt weniger Schülerinnen und Schüler, aber mehr an integrierten Gesamtschulen

Im laufenden Schuljahr 2012/13 besuchen 37 243 Schülerinnen und Schüler integrierte Gesamtschulen. Das sind – bei gleicher Zahl der Schulen – 4,2 Prozent mehr als im Schuljahr 2011/12. Binnen fünf Jahren hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Integrierten

Gesamtschulungen um 122 Prozent erhöht. Seit dem Schuljahr 2007/08 wuchs die Zahl dieser Schulen von 19 auf 54. Integrierte Gesamtschulen führen nach dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe neun zur Berufsreife und nach Abschluss der Klassenstufe zehn zum qualifizierten Sekundarabschluss I. Zudem kann an bislang gut einem Drittel der Einrichtungen in der gymnasialen Oberstufe die allgemeine Hochschulreife erlangt werden.

Die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen ist weiter rückläufig. Sie liegt im aktuellen Schuljahr mit 432 330 um 9 990 niedriger als im Schuljahr 2011/12 (–2,3 Prozent). Besonders stark fällt der Rückgang mit 4,2 Prozent in der Primarstufe (Klassenstufen 1 bis 4) aus, geringer mit –1,6 Prozent in der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) und mit –0,1 Prozent in der Sekundarstufe II (Klassenstufen 11 bis 13).

### Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen in den Schuljahren 2002/03 bis 2012/13



### Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Gymnasien in Rheinland-Pfalz fast verdoppelt. Im aktuell laufenden Schuljahr werden 9 272 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das sind 4 181 mehr als im Schuljahr 2002/03. Die Zahl der beruflichen Gymnasien stieg im selben Zeitraum von 26 auf nunmehr 39.

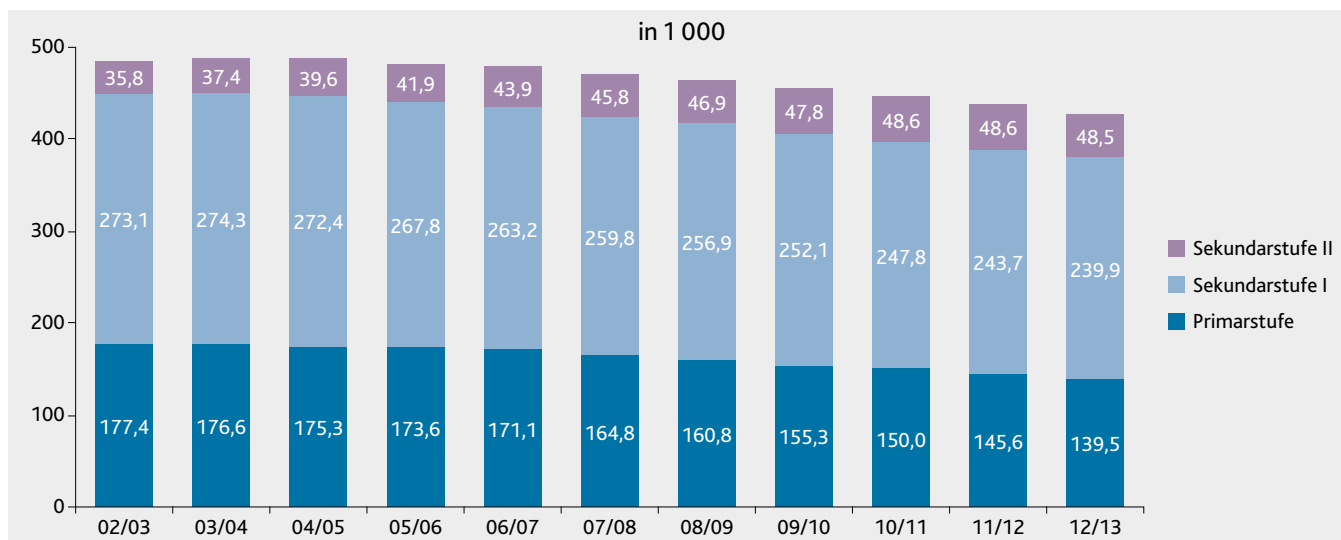
Berufliche Gymnasien bauen auf dem qualifizierten Sekundarabschluss I auf und führen innerhalb von drei Schuljahren zur allgemeinen Hochschulreife. Neben den üblichen allgemeinbildenden Fächern werden an diesen Einrichtungen auch berufsbezogene Inhalte vermittelt. Eine berufliche Vorbildung wird nicht vorausgesetzt.

Grund für den seit neun Jahren anhaltenden Schülerrückgang ist das Schrumpfen der entsprechenden Altersgruppen in der Bevölkerung.

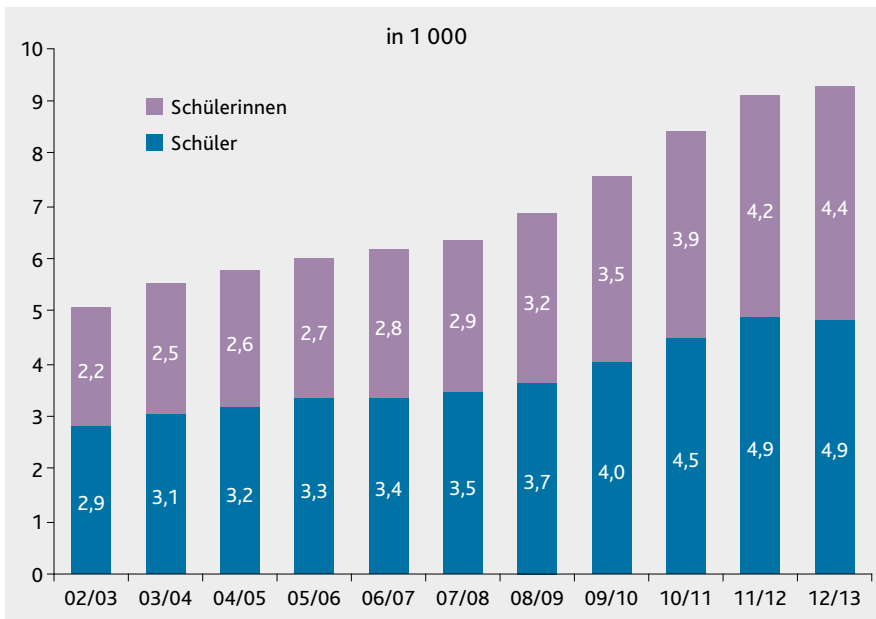
In den Zahlen zeigen sich zudem die Auswirkungen der 2009 begonnenen Schulstrukturreform. Mit dieser wurde zum Schuljahr 2009/10 die Realschule plus eingeführt und

die schrittweise Ablösung der Real- und Hauptschulen bis zum Schuljahr 2013/14 geregelt. Zurzeit besuchen noch 2,1 Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine der auslaufenden Schularten. Demgegenüber wird an den Realschulen plus gut ein Fünftel der Schülerschaft unterrichtet (22 Prozent).

### Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2002/03 bis 2012/13 nach Schulstufen



### Schülerinnen und Schüler an beruflichen Gymnasien in den Schuljahren 2002/03 – 2012/13



Das berufliche Gymnasium gliedert sich in die drei Fachrichtungen Wirtschaft, Technik sowie Gesundheit und Soziales. Der Anteil der Schülerinnen (47 Prozent) ist an beruflichen Gymnasien etwas geringer als in der Oberstufe allgemeinbildender Gymnasien (55 Prozent). Besonders stark vertreten sind Frauen allerdings in den Bildungsgängen mit der Fachrichtung Gesundheit und Soziales (79,5 Prozent).

Im Jahr 2012 erlangten an beruflichen Gymnasien 2 059 Personen die allgemeine Hochschulreife, 148 gingen mit der Fachhochschulreife (schulischer Teil) ab. Zehn Jahre zuvor waren es noch 1 029 bzw. 124.

Insgesamt sank die Schülerzahl auch an den 123 berufsbildenden Schulen zum Schuljahr 2012/13. Derzeit werden dort 125 317 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das sind 1777

Jugendliche weniger als im Vorjahr (–1,4 Prozent). Die größten Rückgänge verzeichneten die Berufsoberschulen I (–14 Prozent) und die dualen Berufsoberschulen (–10,5 Prozent). Den größten Zuwachs gab es an den zum Schuljahr 2011/12 neu eingerichteten Fachoberschulen (+133 Prozent).

#### Nordwesten des Landes bei erneuerbaren Energien vorn

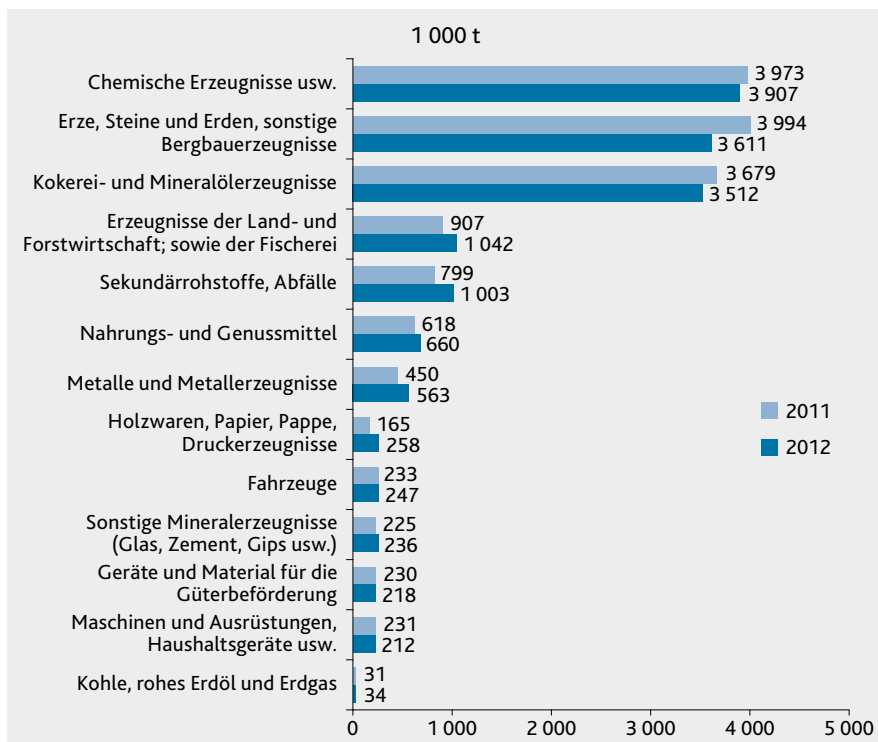
Im Nordwesten des Landes wird der meiste Strom aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt. Die Erzeugungs- bzw. Einspeiseschwerpunkte sind nach wie vor die windhöffigen Mittelgebirgslagen und die Flussläufe. In einigen Landesteilen, wie der Eifel, verstärken Biomasseanlagen die Schwerpunktbildung. Fast 13 Prozent der gesamten Einspeisungen entfielen im Jahr 2011 auf den Landkreis Bitburg-Prüm. Dort wird Strom vor

allem mit Windkraft- und Biomasseanlagen erzeugt. Im Landkreis Trier-Saarburg, der auf einen Anteilswert von knapp elf Prozent kam, stammte der größte Teil aus der Wind- und Wasserkraft. Anteilswerte von mehr als fünf Prozent wiesen noch der Rhein-Hunsrück-Kreis, die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell sowie der Westerwaldkreis auf.

Im Jahr 2011 wurden in Rheinland-Pfalz rund 4,5 Milliarden Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energieträgern in das Leitungsnetz eingespeist. Gegenüber dem Jahr 2007 stellte das eine Zunahme um 26 Prozent dar, gegenüber 2010 von rund 13 Prozent.

Den größten Anteil an der Stromerzeugung hatte die Windkraft mit 46 Prozent vor der Fotovoltaik mit knapp 21 Prozent. Die Stromeinspeisung aus Windkraft stieg zwischen 2007 und 2011 um 420 Millionen Kilowattstunden auf 2,1 Milliarden Kilowattstunden. Bei der Fotovoltaik (940 Millionen Kilowattstunden) betrug der Zuwachs 790 Millionen Kilowattstunden. Die Wasserkraft (760 Millionen Kilowattstunden) erreichte einen Anteilswert von fast 17 Prozent und lag damit geringfügig vor der Biomasse (690 Millionen Kilowattstunden). Der Umfang der Stromerzeugung aus Wasserkraft fiel 2011 deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Ursache hierfür waren die niedrigen Wasserstände der Flüsse. Im Jahr 2007 waren beispielsweise über 1,1 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Wasserkraft erzeugt worden.

### Güterumschlag in Häfen Januar bis September 2011–2012 nach Güterabteilungen



#### Geringerer Güterumschlag in Binnenhäfen

In der rheinland-pfälzischen Binnenschifffahrt wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 weniger umgeschlagen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von 16,7 Millionen Tonnen, das waren 365 000 Tonnen bzw. 2,1 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei sank das Volumen der versendeten Güter um 0,4 Prozent auf knapp 7,3 Millionen Tonnen. Der Güterer Empfang ging um 3,4 Prozent auf 9,4 Millionen Tonnen zurück.

Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel mit 3,9 Millionen Tonnen auf die Güterabteilung Chemi-

sche Erzeugnisse. Danach folgten die Güterabteilung Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse mit 3,6 Millionen Tonnen sowie Kokerei- und Mineralölerzeugnisse mit 3,5 Millionen Tonnen.

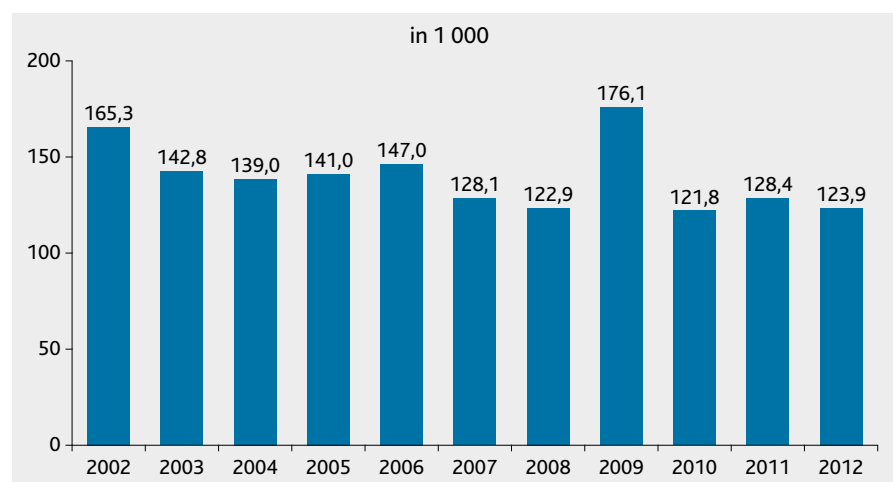
Ludwigshafen als größter Binnenhafen des Landes wies im Zeitraum Januar bis September 2012 ein Umschlagsminus von 1,4 Prozent auf. Andere Häfen wie Mainz, Bendorf und Wörth verzeichneten ebenfalls niedrigere Umschlagsmengen.

#### Weniger Pkw-Neuzulassungen

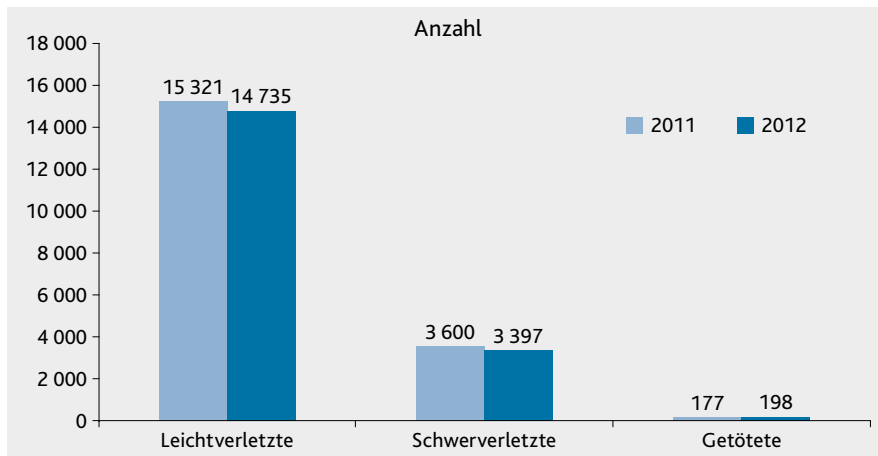
In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 123 851 Pkw neu zugelassen, das waren 3,5 Prozent weniger als im Jahr 2011. Einen Rückgang von sechs Prozent auf 11 312 verzeichnete das Segment der Lkw-Neuzulassungen. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder blieb mit 7 121 um 2,3 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Um 17 Prozent auf 4 004 reduzierte sich die Zahl der Neuzulassungen bei Zugmaschinen.

Mit 381 782 Besitzumschreibungen legte der Gebrauchtwagenmarkt für Pkw um 1,1 Prozent zu. Die Zahl der Umschreibung gebrauchter Nutzfahrzeuge und Zugmaschinen (+0,4

### Neuzulassungen von Personenkraftwagen 2002–2012



### Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2011 und 2012



Prozent bzw. -0,2 Prozent) blieb gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahezu konstant. Bei den gebrauchten Krafträdern sank die Zahl der Besitzumschreibungen hingegen um 5,4 Prozent. Insgesamt wechselten 432 854 Kraftfahrzeuge ihre Besitzer, das waren 0,6 Prozent mehr als im Jahr 2011.

### Bis November mehr Todesopfer im Straßenverkehr als im gesamten Jahr 2011

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren von Januar bis November 2012 mehr Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es waren 198 Todesopfer zu beklagen, das waren 21 mehr als von Januar bis November 2011 und sechs mehr als im gesamten Jahr 2011. Die Zahl der Schwerverletzten ging dagegen um 5,6 Prozent auf 3 397 zurück. Leicht verletzt wurden 14 735 Personen, was einem Rückgang von 3,8 Prozent entspricht.

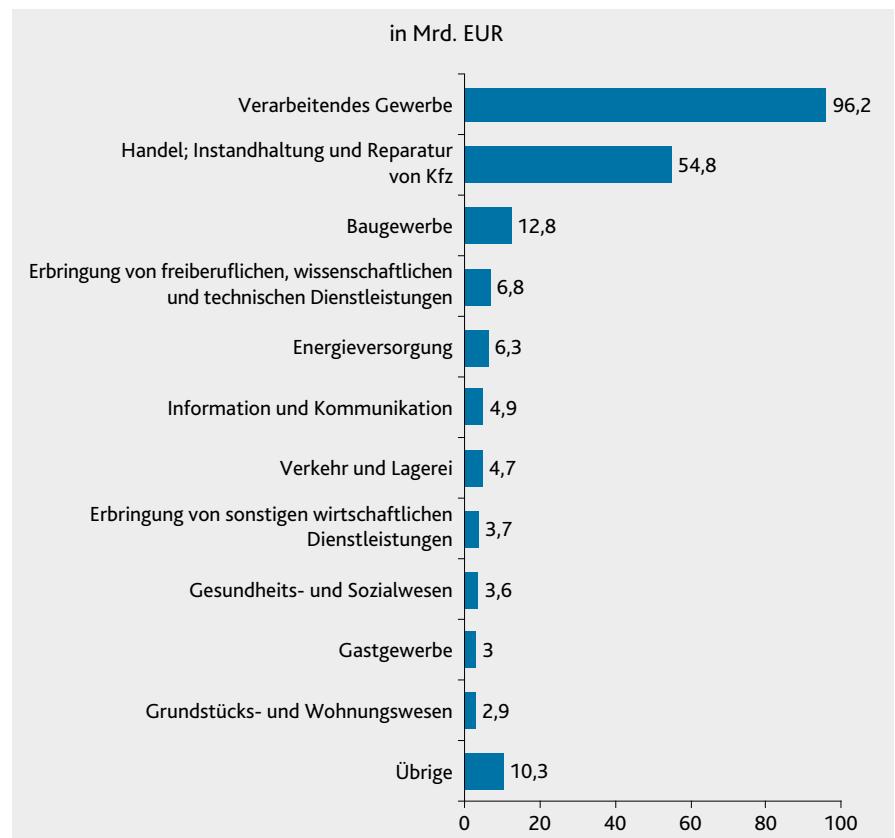
Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis November 121 485 Verkehrsunfälle, das war ein Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

### Umsätze der Unternehmen erstmals über 200 Milliarden Euro

Im Jahr 2011 wurden in Rheinland-Pfalz für die Umsatzsteuervoranmeldung Umsätze aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 210 Milliarden Euro gemeldet; das entspricht einem Plus gegenüber dem Jahr 2010 von knapp 18 Milliarden Euro bzw. 9,4 Prozent. Es war der größte Zuwachs seit Einführung der jährlichen Statistik der Umsatzsteuervoranmeldungen im Jahr 1996.

Bei den Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro lag das Umsatzplus bei durchschnittlich zwölf Prozent und war

### Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2011 nach Wirtschaftsabschnitten





somit fast doppelt so hoch wie bei den kleinen und mittelständigen Unternehmen, deren Umsätze um durchschnittlich 6,1 Prozent zulegten. Bei den kleinsten Unternehmen mit weniger als 100 000 Euro Umsatz wurde ein leichter Rückgang von 1,6 Prozent registriert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl dieser Unternehmen im gleichen Zeitraum um 2,1 Prozent zurückging.

Insgesamt stieg der Durchschnittsumsatz der Unternehmen um knapp neun Prozent auf 1,35 Millionen Euro. Da dieser Wert sehr stark durch die Milliardenumsätze einiger großer Unternehmen beeinflusst wird, ist für

die Bestimmung eines Durchschnittswertes der Median geeigneter. Dieser teilt die Umsatzsteuerpflichtigen in zwei gleich große Gruppen: Eine Hälfte erzielt Umsätze unter, die andere Umsätze über dem Medianwert. Nach dieser Berechnung lag der durchschnittliche Umsatz bei rund 108 000 Euro und damit 4,8 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die höchsten Umsätze wurden in den Wirtschaftsabschnitten „Verarbeiten des Gewerbe“, „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ und „Baugewerbe“ erzielt. Im Jahr 2011 vereinigten diese zusammen mehr als drei Viertel aller Umsätze auf

sich. Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen 96,2 Milliarden Euro; dies entspricht einem Anteil von knapp 46 Prozent. Mit dem Handel sowie der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen wurden 54,8 Milliarden Euro an Umsätzen (26 Prozent) erwirtschaftet. Im Baugewerbe beliefen sich die Umsätze auf 12,8 Milliarden Euro (sechs Prozent).

Die höchsten Umsätze wurden mit 31,2 Milliarden Euro in Ludwigshafen erzielt, das waren 15 Prozent des Gesamtumsatzes im Land. Am niedrigsten fielen die Umsätze mit 984 Millionen Euro im Landkreis Kusel aus (0,5 Prozent).

#### Aus der amtlichen Statistik

##### Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie

##### Statistiker porträtieren die Großregion in einer neuen Broschüre

Sie liegt im Zentrum Europas, die grenzüberschreitende Region „Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie“. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems hat in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Nachbarregionen Saarland, Lothringen, Luxemburg und Wallonien eine aktualisierte Fassung der Broschüre „Statistische Kurzinformationen 2013“ vorgelegt. Auf etwa 50 Seiten liefert die neue Ausgabe in deutsch und französisch eine Auswahl an aktuellen Daten zu Gebiet, Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Gesellschaft, Wirtschaft, Verdienste, Preise und Umwelt.

Damit setzen die statistischen Ämter der Region ihre Veröffentlichungsreihe fort, die aus einer langjährigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit resultiert.

Die Broschüre kann kostenfrei beim Statistischen Landesamt per E-Mail ([vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de)), Fax 02603 71-194322 oder Telefon 02603 71-2450 angefordert werden. Die PDF-Datei kann unter [www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/grossregion](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/grossregion) heruntergeladen werden. Weitere Informationen finden Sie auch im Statistikportal der Großregion unter [www.grossregion.lu](http://www.grossregion.lu).

## Interviewerinnen und Interviewer befragen wieder 18 000 Haushalte

Wie viele Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz gehen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nach? Wie ist die Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter und Väter sind erwerbstätig? Antworten auf diese von Politik, Wissenschaft und Medien, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern, häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Auch 2013 werden in Rheinland-Pfalz wieder rund 200 Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über unterwegs sein, um 18 000 Haushalte zu befragen. Monatlich werden durchschnittlich rund 1 500 Haushalte in die Erhebung einbezogen. Die Internetseite zum Mikrozensus ([www.mikrozensus.rlp.de](http://www.mikrozensus.rlp.de)) informiert darüber, wann und in welchen Gemeinden des Landes die Befragung stattfinden wird.

Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt und intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet. Sie kündigen ihren Besuch einige Tage vorher schriftlich an und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Außerdem geben sie den Befragten Informationsmaterial über die Erhebung an die Hand. Die Interviewerinnen und Interviewer sind ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte, die zur strikten Geheimhaltung verpflichtet sind.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, unterstreicht nochmals die Bedeutung des Mikrozensus. Der Gesetzgeber hat diese Erhebung mit einer Auskunftspflicht versehen, damit zuverlässige

Ergebnisse ermittelt werden. Berres appelliert an alle – insbesondere an die im Jahr 2013 erstmalig befragten Haushalte – bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse zustande kommen, die als solides Fundament insbesondere auch für politische Entscheidungen dienen. So fließen die Daten aus dem Bereich Lebensunterhalt und Einkommen in die Armuts- und Reichtumsberichte ein.

### Mikrozensus

- Der Mikrozensus wird seit 1957 jedes Jahr bei einem Prozent aller Haushalte im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.
- Der Mikrozensus ist eine so genannte Flächenstichprobe, das heißt, es werden nach einem mathematischen Zufallsverfahren Straßenzüge bzw. Gebäude ausgewählt. Die Haushalte, die in diesen Gebäuden wohnen, werden befragt.
- Die ausgewählten Haushalte sind zur Auskunft verpflichtet. Nur für einen kleinen Teil der Fragen, beispielsweise zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, ist die Beantwortung freigestellt.
- Die Auskunftspflicht erstreckt sich über höchstens vier Jahre. In jedem Jahr wird zur Entlastung der Befragten ein Viertel der Haushalte durch andere ersetzt.
- Die Interviewerinnen und Interviewer sind zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. Dasselbe gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes.
- Die Informationen darüber, in welchen Monaten die Interviewer in den einzelnen Gemeinden unterwegs sind, gibt es im Internet unter [www.mikrozensus.rlp.de](http://www.mikrozensus.rlp.de)

## Verbraucherpreise im Januar 2013

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz lagen im Januar 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der insgesamt nachlassende Preisdruck im Bereich Energie setzte sich auch zu Beginn des Jahres fort. Während sich die Kraftstoffpreise im Vorjahresvergleich kaum veränderten (+0,7 Prozent), verteuerte sich Haushaltsenergie im Durchschnitt um 5,4 Prozent. Ausschlaggebend hierfür waren der Anstieg der Umlage für Zentralheizung und Wärme (+6 Prozent) sowie insbesondere die deutlich gestiegenen Strompreise (+12 Prozent).

Fortgesetzt hat sich im Januar auch der spürbare Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+4,1 Prozent). Insbesondere Gemüse (+12 Prozent) und Obst (+5,4 Prozent) verteuerten sich gegenüber Januar 2012 deutlich. Aber auch für

Fleisch und Fleischwaren (+5,7 Prozent) sowie Fische und Fischwaren (+5 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich tiefer in die Tasche greifen als noch vor einem Jahr. Preisrückgänge waren hingegen bei Speisefetten und -ölen zu verzeichnen (-2,6 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonal bedingten Preissenkungen bei Bekleidung und Schuhen (-4,7 Prozent) sowie in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (ebenfalls -4,7 Prozent). Merkbliche Preiserhöhungen waren hingegen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+1,2 Prozent) festzustellen. Insbesondere Obst (+4,7 Prozent) und Gemüse (+5 Prozent) verteuerten sich deutlich.

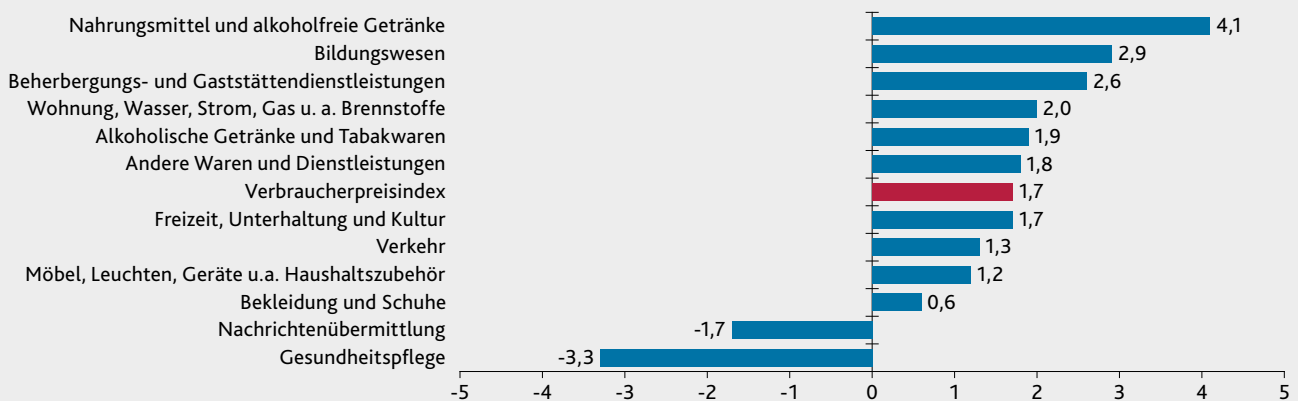
## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

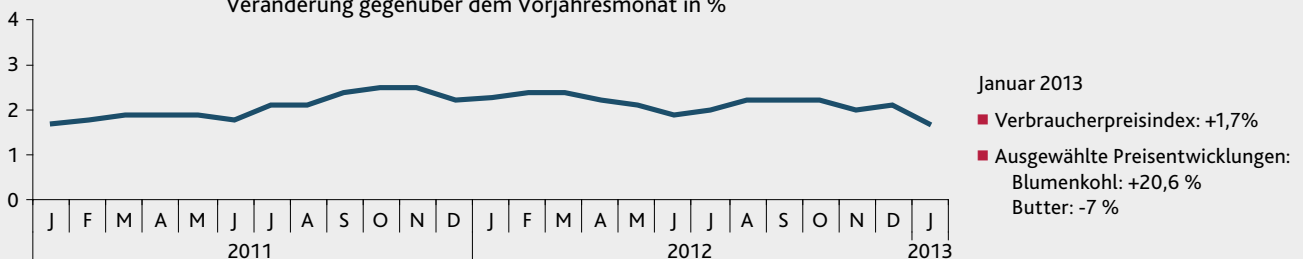
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

## Verbraucherpreisindex im Januar 2013

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Januar 2012 in %



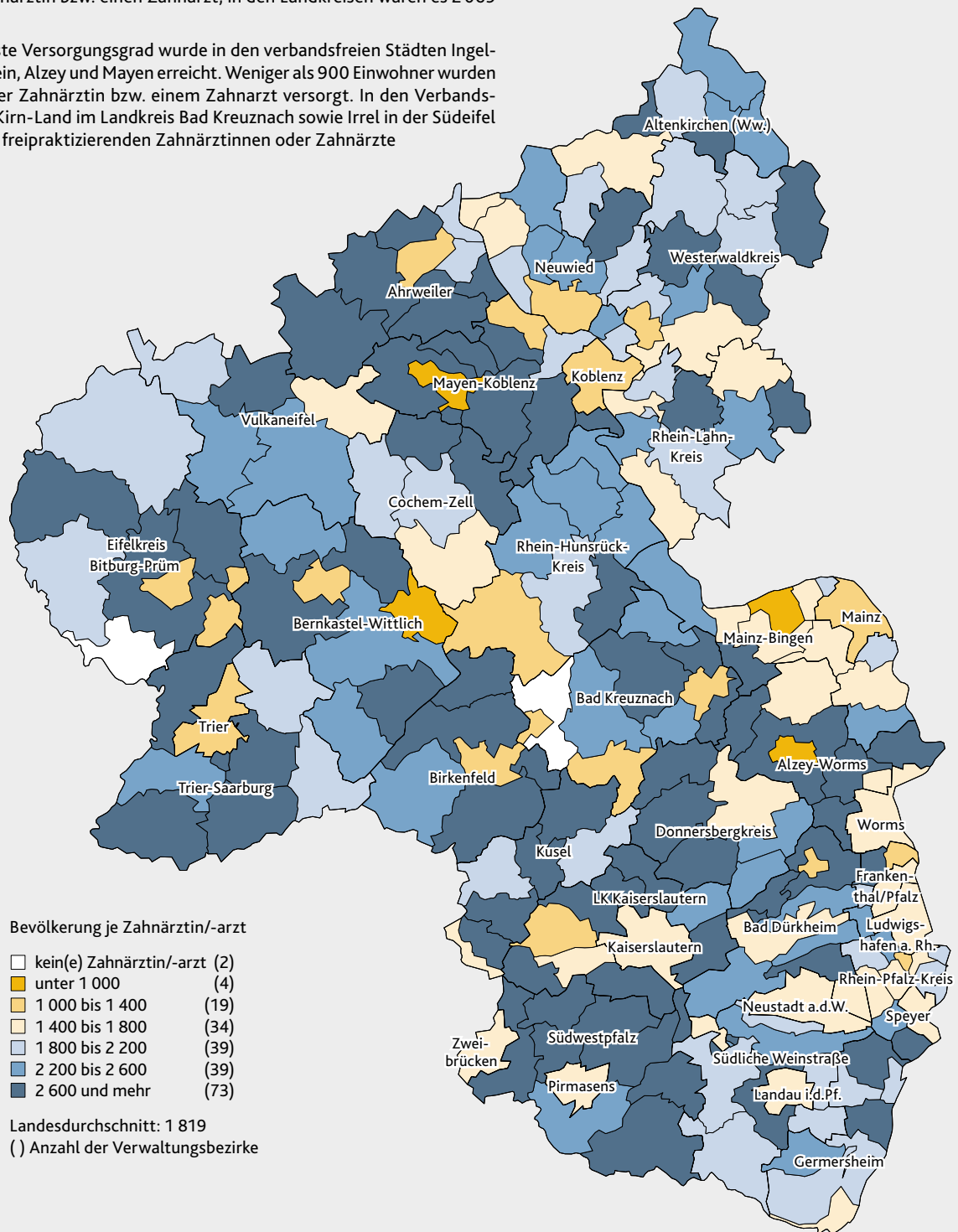
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



### Freipraktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte 2011 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2011 gab es in Rheinland-Pfalz 2 198 freipraktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte, von denen jede bzw. jeder durchschnittlich 1 819 Einwohner versorgte. In den kreisfreien Städten kamen im Durchschnitt 1 350 Einwohner auf eine Zahnärztin bzw. einen Zahnarzt, in den Landkreisen waren es 2 069 Einwohner.

Der günstigste Versorgungsgrad wurde in den verbandsfreien Städten Ingelheim am Rhein, Alzey und Mayen erreicht. Weniger als 900 Einwohner wurden hier von einer Zahnärztin bzw. einem Zahnarzt versorgt. In den Verbandsgemeinden Kirn-Land im Landkreis Bad Kreuznach sowie Irrel in der Südeifel gab es keine freipraktizierenden Zahnärztinnen oder Zahnärzte



# Energieverwendung im verarbeitenden Gewerbe 2011

Von Jörg Breitenfeld

Die amtlichen Energiestatistiken haben für das Monitoring der Energiewende erheblich an Bedeutung gewonnen. Ein Wirtschaftssektor mit hohem Energiebedarf ist die Industrie, die im Jahr 2011 rund 308 600 Terajoule Energie benötigte. Erdgas, als wichtigster Energieträger, deckte fast die Hälfte des gesamten Energiebedarfs. Mit einem Anteil von 24 Prozent folgten die Mineralöle bzw. daraus hergestellte Mineralölprodukte. Rund 70 Prozent des Energieverbrauchs entfielen 2011 auf den Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“. Zur Generierung eines Umsatzes von 1 000 Euro war rein rechnerisch ein Energieeinsatz von durchschnittlich etwa 3,5 Gigajoule bzw. 968 Kilowattstunden erforderlich. Der bundesweite Durchschnittswert belief sich auf 2,4 Gigajoule bzw. 667 Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz.

## Energiewende beschlossen

Energiebilanz  
dient dem  
Monitoring der  
Energiewende

Die Bundesregierung hat mit dem Energiekonzept vom September 2010 und den energiepolitischen Beschlüssen vom Juni 2011 den Umbau der Energieversorgung in Deutschland hin zu einem hocheffizienten und erneuerbaren Energiesystem eingeleitet.<sup>1</sup> Zur Umsetzung der „Energiewende“ wurde eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen. Dazu gehören z. B. die Halbierung des Primärenergieverbrauchs und die Steigerung des aus erneuerbaren Energien stammenden Anteils am Bruttostromverbrauch auf 80 Prozent bis zum Jahre 2050.<sup>2</sup> Die Datengrundlage für den Monitoring-Bericht der Bundesregierung zur Begleitung

der Energiewende bildet die Energiebilanz für Deutschland, die wiederum auf den amtlichen Energiestatistiken und ergänzenden Verbandsstatistiken basiert.

Ein knappes Drittel des Endenergieverbrauchs entfiel auf den Sektor Industrie.<sup>3</sup> Hierunter werden die Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes sowie der Gewinnung von Steinen und Erden und des sonstigen Bergbaus verstanden. Energie wird von den Industriebetrieben in unterschiedlichster Form und Menge benötigt. In den energieintensiven Produktionsprozessen ist der Energieverbrauch ein zentraler Kostenblock. In einigen Produktionsprozessen werden Energieträger (z. B. Erdöl) stofflich, d. h. als Rohstoff, genutzt. Um die im Energiekonzept formulierten Ziele zu erreichen, ist es u. a. notwendig, die Energieeffizienz zu

<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi); Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“, S. 8.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>3</sup> Energiebilanz Rheinland-Pfalz 2010.



erhöhen. Dies bedeutet, dass eine steigende Produktionsmenge nicht zu einem höheren Energieverbrauch führen sollte. Im Idealfall würde der Energieverbrauch sogar sinken.

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen der statistischen Erhebung der Energieverwendung im verarbeitenden Gewerbe sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Er stellt den aktuellen Energieverbrauch der Industrie dar.

### Energieverbrauch bei über 300 000 Terajoule

Energieverbrauch der Industrie leicht rückläufig

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte im Jahr 2011 rund 308 600 Terajoule Energie. Umgerechnet waren das 85 700 Gigawattstunden<sup>4</sup>. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Energieverbrauch damit um 1,7 Prozent zurück. Im Jahr 2010 war mit 313 900 Terajoule der bisher höchste Energieverbrauch der Industrie ermittelt worden. Wegen methodischer Änderungen sind längerfristige Vergleiche nur eingeschränkt möglich. Insbesondere führte die im Jahr 2006 erfolgte Einbeziehung des nicht-energetischen Verbrauchs von Primärenergieträgern in den statistischen Erhebungen im zeitlichen Vergleich zu einer deutlichen Zunahme des Energieverbrauchs. Im Jahr 2011 entfiel über ein Drittel des Energieverbrauchs der Industrie auf den nicht-energetischen Verbrauch von Primärenergieträgern.

In Rheinland-Pfalz werden energieintensive Produkte erzeugt

In Deutschland verbrauchte die Industrie im Jahr 2011 rund 4,2 Millionen Terajoule. Das waren rund 1,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der rheinland-pfälzischen Industrie am gesamten Energieverbrauch der

### Methodik

Die Statistik der Energieverwendung der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden wurde im Rahmen der Schaffung des Energiestatistikgesetzes 2002 als jährliche Erhebung eingeführt. Die erstmalige Erhebung erfolgte für das Berichtsjahr 2003. Zuvor wurden Angaben zum Energieverbrauch im Rahmen des Monatsberichts der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden erhoben. Mit der Neukonzeption der Erhebung wurden die einbezogenen Energieträger und Brennstoffe sowie deren Differenzierung erweitert. Die ab 2003 ausgewiesene Energieverwendung ist mit den Ergebnissen der Vorjahre demzufolge nur bedingt vergleichbar. Die Erhebung erfasst jetzt alle Formen der energetischen und nichtenergetischen Verwendung, wie Einsatzenergie zur Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung sowie Licht, Kraft, mechanische Energie, Kälte, elektrische und magnetische Feldenergie (z. B. für Galvanik und Elektrolyse). Seit dem Berichtsjahr 2006 wird auch die nicht-energetische Verwendung von Mineralölprodukten als Rohstoff in der chemischen Industrie einbezogen.

Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen der Betriebe eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen (Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe und des erzeugten Stroms).

Der Berichtskreis umfasst:

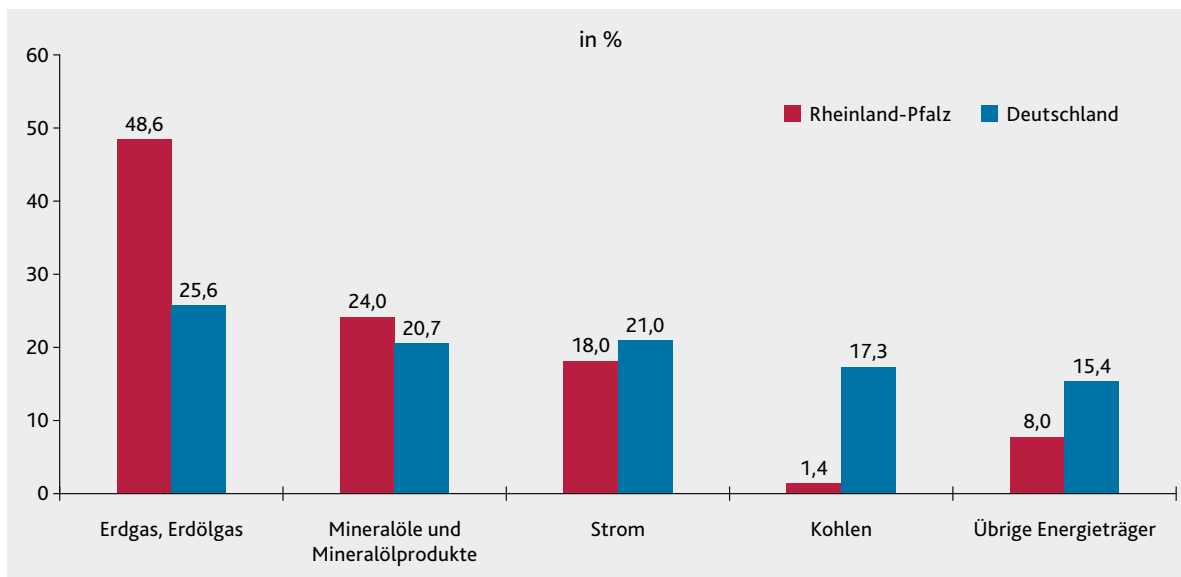
- sämtliche Betriebe des Wirtschaftsbereichs verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, wenn diese Betriebe zu **Unternehmen des produzierenden Gewerbes** (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) gehören und in diesen Unternehmen mindestens 20 Personen tätig sind;
- alle Betriebe des Wirtschaftsbereichs verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit mindestens 20 tätigen Personen, sofern diese Betriebe zu Unternehmen gehören, deren **wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes** liegt.

In Wirtschaftszweigen mit überwiegend kleineren Betriebsgrößen gilt eine Erfassungsgrenze von zehn und mehr tätigen Personen.

<sup>4</sup> Eine Gigawattstunde entspricht der Energiemenge von einer Million Kilowattstunden.

G 1

Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2011 nach Energieträgern



Industrie deutschlandweit betrug 7,3 Prozent. Der Wertschöpfungsanteil der rheinland-pfälzischen Industrie an der gesamten Wertschöpfung dieses Bereichs liegt mit 5,1 Prozent etwas niedriger. Dies deutet darauf hin, dass in Rheinland-Pfalz energieintensive Unternehmen und Betriebe angesiedelt sind, bzw. eine überdurchschnittlich hohe rohstoffliche Nutzung von Energieträgern für die Güterproduktion gegeben ist.

### Erdgas, der wichtigste Energieträger

Energieträger  
auch als Roh-  
stoff genutzt

Erdgas ist für die rheinland-pfälzische Industrie der mit Abstand wichtigste Energieträger. Mit Erdgas wurde im Jahr 2011 fast die Hälfte des Energiebedarfs gedeckt. Mit einem Anteil von 24 Prozent folgten die Mineralöle bzw. daraus hergestellte Mineralölprodukte. Der Schwerpunkt lag hier auf dem Rohbenzin (Naphtha), das ein wichtiger Rohstoff für die Petrochemie ist, und für die Produktion von Kunststoffen benötigt wird. Es wird damit nicht energetisch, sondern als Rohstoff verwendet.

Auf Strom entfiel ein Anteilswert von 18 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Industrie rechnerisch fast die Hälfte des benötigten Stroms in eigenen Erzeugungsanlagen produzierte. Die Meldungen dieser Industriebetriebe enthalten damit sowohl den erzeugten Strom als auch die für seine Produktion eingesetzten Energieträger. Von diesen Eigenproduzenten wird im gewissen Umfang Strom an Energieversorgungsunternehmen oder andere Abnehmer, z. B. Betriebe des Unternehmens in anderen Bun-

### Definitionen

#### Energetische Verwendung

Sie umfasst alle technischen Formen der Energieverwendung, also Wärme, mechanische Energie, Licht, elektrische und magnetische Feldenergie (z. B. für Galvanik und Elektrolyse) sowie elektromagnetische Strahlung.

#### Nichtenergetische Verwendung

Hierbei werden Energieträger als Rohstoff eingesetzt und nicht für die Energieerzeugung verwendet. Neben dem Einsatz von Naphtha (Rohbenzin) stellt die nichtenergetische Erdgasverwendung (Ammoniaksynthese) die bedeutendste nichtenergetische Verwendung dar.

desländern, abgegeben. Eine nachrangige Bedeutung hatten noch die Wärmenutzung (2,7 Prozent) und die thermische Abfallentsorgung (2,5 Prozent).

Heizöl hat als Energieträger kaum noch Bedeutung

Im längerfristigen Vergleich sind deutliche Veränderungen bei den Einsatzmengen der verschiedenen Energieträger feststellbar. Heizöl, das 1980 mit einer Energiemenge von 87 100 Terajoule noch der wichtigste Energieträger war, kam im Jahr 2011 nur noch auf einen Wert von 3 000 Terajoule. Entsprechend nahm die Bedeutung von Erdgas als Energieträger zu. Wurden 2011 rund 150 000 Terajoule Erdgas verwendet, waren es 1980 erst 62 400 Terajoule. Die verbrauchte Strommenge erhöhte sich im Betrachtungszeitraum von 42 800 auf 55 600 Terajoule. Für die sonstigen Energieträger stehen keine Daten zur Verfügung.

Deutschlandweit werden unterschiedliche Energieträger genutzt

Bundesweit war der durchschnittliche Anteil des Erdgases am Energieverbrauch wesentlich geringer. Er betrug 2011 nur 26 Prozent. Strom kam auf einen Anteil von 21 Prozent und lag damit geringfügig über den Werten von Mineralölen und Mineralölprodukten. Die Verwendung von Stein- und Braunkohlen hat bundesweit eine wesentlich größere Bedeutung als in Rheinland-Pfalz. Rund 17 Prozent des Energieverbrauchs entfielen auf diesen Energieträger.

### Chemische Industrie mit dem höchsten Energieverbrauch

Chemische Industrie benötigt die meiste Energie

Der Wirtschaftszweig mit dem größten Anteil am gesamten Energieverbrauch der Industrie war die „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“. Auf sie entfielen 2011 rund 70 Prozent des Energieverbrauchs. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die chemische Industrie einen beachtlichen Teil der Energieträger nicht-

energetisch als Ausgangsstoff für chemische Produkte nutzt. An zweiter Stelle folgte dann der Wirtschaftszweig „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ mit einem Anteilswert von 6,1 Prozent vor der „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ (5,5 Prozent). Auf die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ entfiel ein Anteil von 3,7 Prozent.

Die chemische Industrie wies auch deutschlandweit mit 30 Prozent den höchsten Anteil am Energieverbrauch aller Wirtschaftszweige auf. Es folgten die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (22 Prozent), die „Kokerei und Mineralölverarbeitung“ (zehn Prozent), die „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (6,9 Prozent) sowie die „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ (6,8 Prozent).

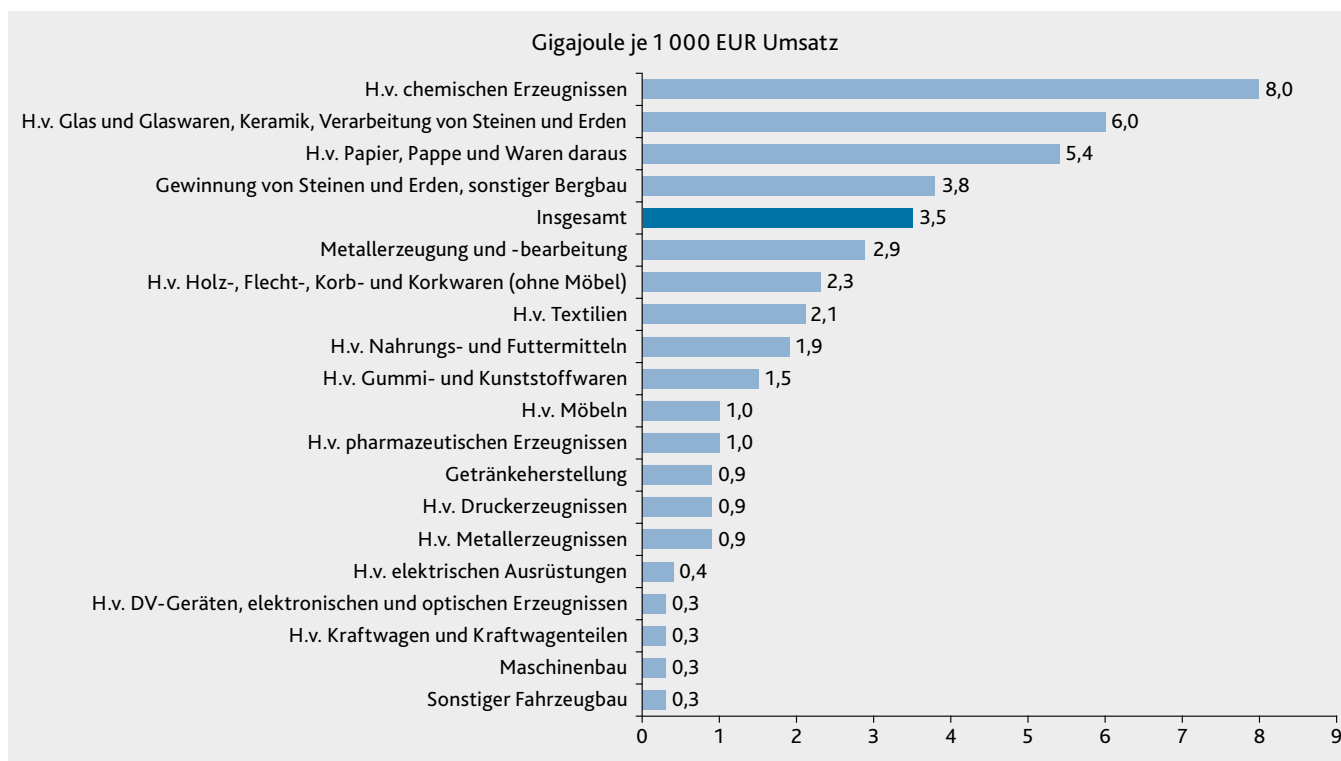
### Energieintensive Produktion

Im Jahr 2011 benötigte die rheinland-pfälzische Industrie für die Generierung eines Umsatzes von 1 000 Euro durchschnittlich etwa 3,5 Gigajoule bzw. 968 Kilowattstunden Energie. Der höchste Wert errechnete sich mit acht Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz für die chemische Industrie. Es folgten die „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (sechs Gigajoule) vor der „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ mit 5,4 Gigajoule.

Rheinland-pfälzische Industrie setzt 3,5 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz ein

Der bundesweite Durchschnittswert belief sich auf 2,4 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz. Dies unterstreicht, dass die rheinland-pfälzische Industrie eine besonders energieintensive Produktpalette herstellt. In Deutschland wies der Kohlebergbau mit 32 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz den mit

Deutschlandweit nur 2,4 Gigajoule je 1 000 Euro



Abstand höchsten Wert aus. Es folgten die chemische Industrie mit 8,7 Gigajoule, die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ mit acht Gigajoule, die „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ mit 7,6 Gigajoule sowie die „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ mit 7,1 Gigajoule.

### 1100 Gigajoule je Beschäftigten

Arbeitsplätze in  
der chemischen  
Industrie sind  
energieintensiv

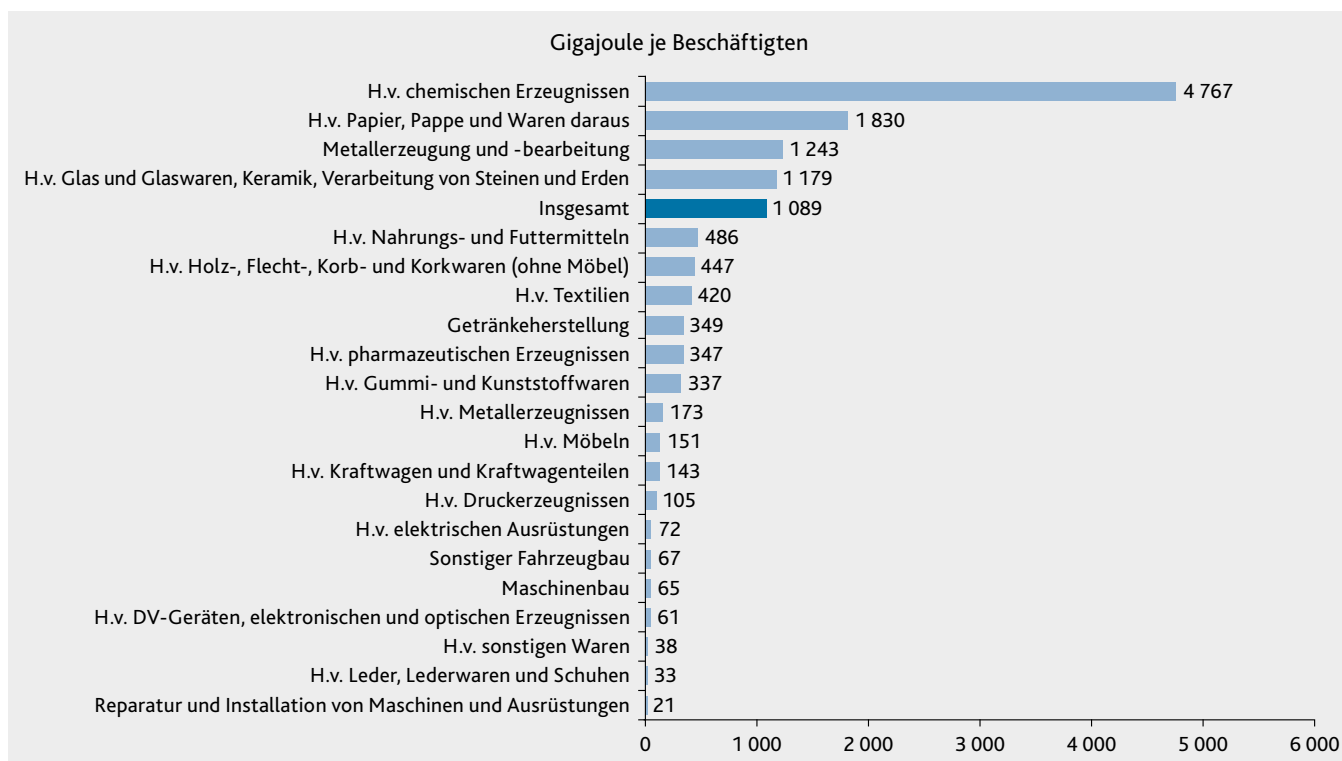
Wird der Energieverbrauch nicht auf den Umsatz, sondern auf die Zahl der Beschäftigten bezogen, so wiesen die Wirtschaftszweige, die bezogen auf den Umsatz einen hohen Energieverbrauch haben, ebenfalls die höchsten Werte auf. Teilweise verschiebt sich allerdings die Reihenfolge. Durchschnittlich wurden 2011 in Rheinland-Pfalz bei der industriellen Produktion knapp 1100

Gigajoule je Beschäftigten benötigt. Mit knapp 4800 Gigajoule je Beschäftigten wies die chemische Industrie den höchsten Wert auf. Mit deutlichem Abstand folgten die Wirtschaftszweige „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ (1800 Gigajoule), „Metallerzeugung und -bearbeitung“ sowie „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“, die jeweils rund 1200 Gigajoule einsetzten.

In Deutschland betrug der durchschnittliche Energieeinsatz je Beschäftigten nur 700 Gigajoule. Den mit Abstand größten Wert wies der Wirtschaftszweig „Kokerei und Mineralölverarbeitung“ mit 24 200 Gigajoule auf. Es folgten die chemische Industrie mit 3 900 Gigajoule, die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ mit 3 700 Gigajoule und der Kohlenbergbau mit 3 300 Gigajoule.

In Deutschland  
durchschnittlich  
700 Gigajoule  
je Beschäftigten

### Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2011 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



#### Wirtschaftszweige setzen Strom und Erdgas in unterschiedlichem Umfang ein

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Befreiung energieintensiver Betriebe von der Zahlung der EEG-Umlage, erfolgt abschließend noch eine wirtschaftszweigbezogene Betrachtung des Energieträgers Strom und – wegen seiner Bedeutung für Rheinland-Pfalz – des Energieträgers Erdgas.

Den größten Strombedarf hatte 2011 die chemische Industrie, auf die ein Anteil von 45 Prozent des gesamten Stromverbrauchs von 55 600 Terajoule entfiel. Größere Anteilswerte weisen noch die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (9,1 Prozent) sowie die „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ (8,8 Prozent) auf.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Stromverbrauch auf den gesamten Energiever-

brauch des jeweiligen Wirtschaftszweiges bezogen wird. Den höchsten Anteil wies 2011 die „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen“ mit 65 Prozent vor der „Herstellung von sonstigen Waren“ mit 62 Prozent auf. In der chemischen Industrie lag der Anteil bei knapp zwölf Prozent.

Beim Erdgas entfiel ein Anteilswert von 74 Prozent auf die chemische Industrie. Mit weitem Abstand folgte die „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (6,5 Prozent). Bezogen auf den gesamten Energieverbrauch des Wirtschaftszweiges setzten vor allem die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln auf Erdgas. Rund 68 Prozent des Energieverbrauchs entfiel 2011 auf Erdgas. Die chemische Industrie deckte gut die Hälfte ihres Energiebedarfs durch Erdgas.

Fast Dreiviertel des Erdgasverbrauchs entfällt auf die chemische Industrie



Einen Einblick in die Bedeutung der beiden Energieträger für die Produktion ermöglicht die Betrachtung des spezifischen Energieträgers bezogen auf den Umsatz. Je 1 000 Euro Umsatz benötigte die Industrie 0,6 Gigajoule Strom (174 Kilowattstunden) bzw. 1,7 Gigajoule Erdgas (471 Kilowattstunden).

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige reichte die Spannweite beim Strom von 17 Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz im Wirtschaftszweig „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ bis zu 372 Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz im Wirtschaftszweig „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“. Beim Erdgas war die Spannweite wesentlich größer. Während der Wirtschaftszweig „Herstellung von sonstigen Waren“ mit zehn Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz auskam, benötigte die chemische Industrie über 1 100 Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz. Dies zeigt auch, dass sich Preissteigerungen beim jeweiligen Energieträger in unterschiedlichem Maße auf die Produktionskosten auswirken.

### In Ludwigshafen wird die meiste Energie benötigt

Großteil des Energieverbrauchs der Industrie entfällt auf Ludwigshafen

Regional weisen die Standorte mit großen und energieintensiven Industriebetrieben den höchsten Energieverbrauch auf. Über zwei Drittel des gesamten Energieverbrauchs der Industrie entfiel 2011 auf die Stadt Ludwigshafen am Rhein. Diese Dominanz hat zur Folge, dass die übrigen

kreisfreien Städte und Landkreise nur noch geringe Anteilswerte aufweisen. Der Landkreis Mayen-Koblenz kommt auf einen Anteil von 4,2 Prozent. Anteilswerte von mehr als zwei Prozent wiesen noch der Landkreis Germersheim (2,7 Prozent) sowie die kreisfreien Städte Worms (2,1 Prozent) und Mainz auf (zwei Prozent).

### Fazit

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Vergleich zur deutschen Industrie einen hohen Bedarf an Energie. Er wird im Wesentlichen durch Erdgas gedeckt. Ein wichtiger Grund für den hohen Energiebedarf ist die stoffliche Nutzung von Energieträgern in der chemischen Industrie. Dies betrifft vor allem Mineralölprodukte und Erdgas.

Energieträger, wie Erdgas oder Mineralöle und Mineralölprodukte, haben – bezogen auf den Energiegehalt – für viele Unternehmen und Betriebe eine größere Bedeutung als Strom. In Wirtschaftszeigen, die überwiegend Strom einsetzen, hat dieser nur eine geringe Bedeutung für die Produktionskosten. Einige Unternehmen, die einen hohen Strombedarf aufweisen, verfügen über eigene Kraftwerke.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat „Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt, Energie“.

# Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011

## Im Schnitt deutlich jünger als die übrige Bevölkerung



Von Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2011 haben gut 19 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Das sind über 764 000 Menschen. Sie sind entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Zudem haben sie häufig eine geringere schulische bzw. berufliche Qualifikation als die übrige Bevölkerung und sind in geringerem Maße am Erwerbsleben beteiligt. Mit rund 28 Prozent war die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 mehr als doppelt so hoch wie in der übrigen Bevölkerung.

### Mikrozensus als Datengrundlage

Bis vor wenigen Jahren konnten Untersuchungen zum Thema „Migrationshintergrund“ in weiten Teilen nur auf dem „Ausländerkonzept“ aufsetzen. Die Zuweisung eines Migrationshintergrundes war lediglich über das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ möglich. Eine Analyse nur auf der Grundlage des „Ausländerkonzepts“ kann aber nur unvollständige Ergebnisse liefern. So werden z. B. eingebürgerte Personen in der Statistik nur noch als Deutsche erfasst, obwohl sie nach herrschender Meinung einen Migrationshintergrund haben oder sogar über eigene Migrationserfahrung verfügen. Nach einer Änderung im Mikrozensusgesetz wur-

den auch Fragen in die Erhebung aufgenommen, die Aufschluss über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund geben und darüber hinaus weitere Auswertungen ermöglichen.

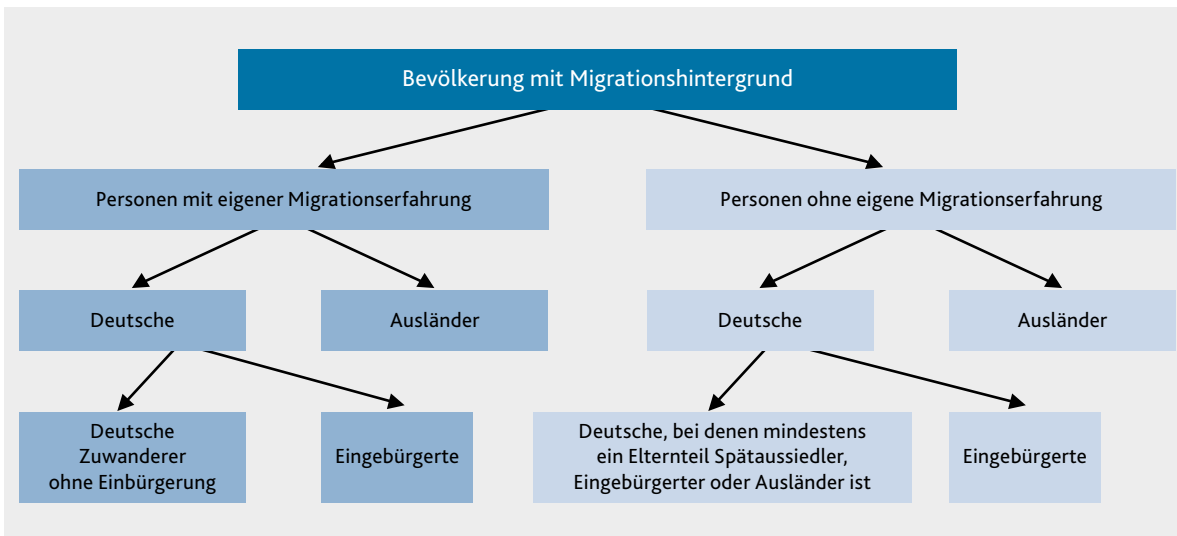
Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Zu der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören also sowohl Personen mit eigener Migrationserfahrung, als auch Personen, die keine eigene Migrationserfahrung haben. Der detaillierte Migrationsstatus gibt an, zu welcher Gruppe eine Person gehört.<sup>1</sup>

Migrationshintergrund schließt die Migrationserfahrung von Vorfahren begrifflich mit ein

<sup>1</sup> Dieser Beitrag befasst sich ausschließlich mit den Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne. Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne“ umfasst zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus. Sie werden hier nicht berücksichtigt.

## Ü 1

## Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



### Fast jede bzw. jeder Fünfte hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2011 lebten in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten rund vier Millionen Menschen. Von diesen hatten gut 764 000 einen Migrationshintergrund; das waren etwas über 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fast jede bzw. jeder Fünfte in Rheinland-Pfalz ist also entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachfahre von Einwanderern.

Bevölkerungs-  
anteil der  
Menschen mit  
Migrations-  
hintergrund  
in Rheinland-  
Pfalz knapp  
unter Bundes-  
durchschnitt

Damit lag der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt (19,5 Prozent), aber deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer einschließlich Berlin (22 Prozent). Mit 28 Prozent bzw. 27 Prozent wiesen Bremen und Hamburg die höchsten Anteile auf, in Schleswig-Holstein war er mit gut zwölf Prozent unter den alten Bundesländern am niedrigsten.

Hinsichtlich des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in Deutschland ein ausgeprägtes West-

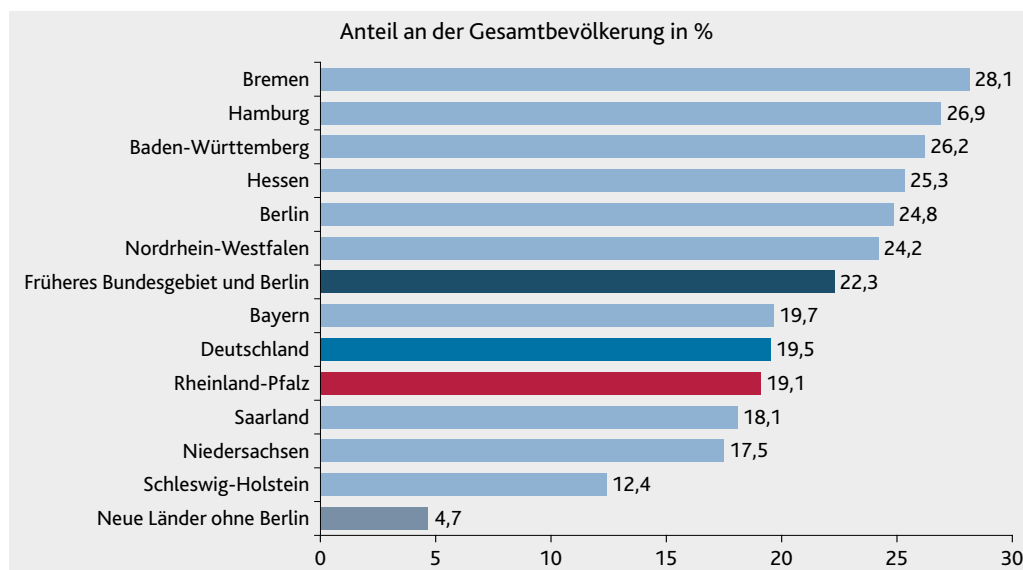
Ost-Gefälle. So lag im Jahr 2011 in den neuen Bundesländern der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 4,7 Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Grund hierfür dürfte zum einen sein, dass in der Zeit vor der „Wende“ nur wenige Ausländerinnen und Ausländer in die DDR eingewandert sind. Zum anderen zogen auch nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur relativ wenige Ausländerinnen und Ausländer in die neuen Bundesländer. Das hatte vor allem ökonomische Gründe.

### Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund hat deutsche Staatsangehörigkeit

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben, setzte sich 2011 aus 457 000 Personen mit deutscher (elf Prozent der Gesamtbevölkerung) und 307 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) zusammen.

## G 1

## Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011 nach Ländern



Über eigene Migrationserfahrung verfügten 13 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d. h., in Rheinland-Pfalz lebten 2011 rund 522 000 Menschen, die in der Vergangenheit aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind. In diesem Personenkreis überwiegen die Deutschen (6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) leicht gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern (6,3 Prozent der Gesamtbevölkerung). In der Gruppe der nicht Zugewanderten, also der Personen mit

Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, haben die Deutschen mit 4,7 Prozent der Gesamtbevölkerung ebenfalls den größeren Anteil gegenüber Ausländerinnen und Ausländern mit 1,4 Prozent. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich zum überwiegenden Teil um sogenannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Nachkommen handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kamen.

## T 1

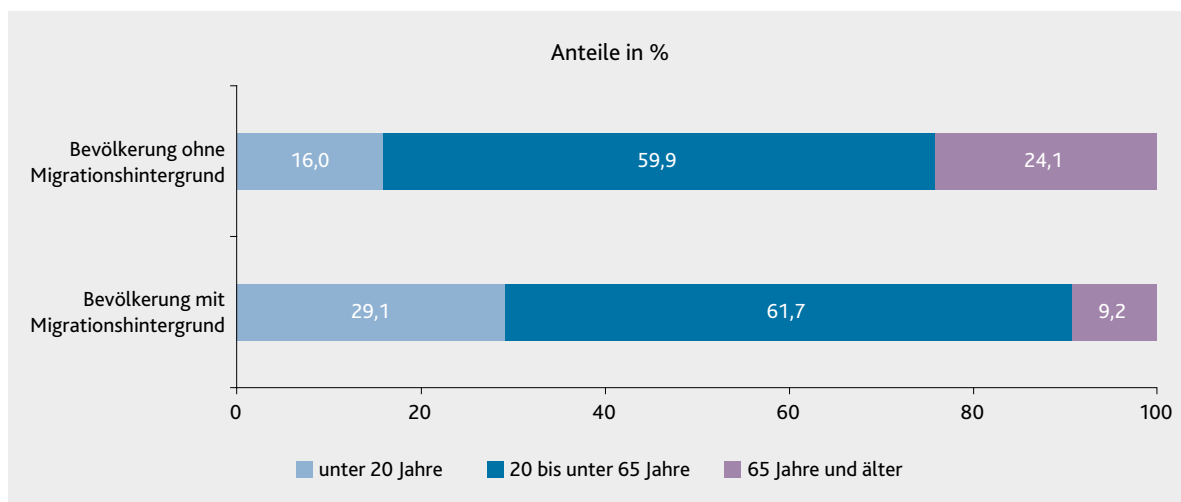
## Bevölkerung 2011 nach detailliertem Migrationsstatus

Bevölkerungsgruppe	Bevölkerung	
	1 000	Anteil in %
Menschen ohne Migrationshintergrund	3 235	80,9
Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne <sup>1</sup>	764	19,1
Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung)	522	13,1
Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	253	6,3
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	269	6,7
Nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung)	242	6,1
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	54	1,4
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	188	4,7
Insgesamt	4 000	100,0

<sup>1</sup> In Abgrenzung hierzu umfasst die Bevölkerungsgruppe „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne“ zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus.

## G 2

## Bevölkerung 2011 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen



### Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat niedrigeres Durchschnittsalter

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erheblich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund waren 2011 im Durchschnitt knapp 35 Jahre, diejenigen ohne Migrationshintergrund über 46 Jahre alt.

Deutlich  
höherer Anteil  
an jüngeren  
Menschen

Im Ergebnis ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der Jüngeren deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Über 29 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren 2011 jünger als 20 Jahre, während der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur 16 Prozent betrug. Dagegen war bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren mit 9,2 Prozent deutlich geringer als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (24 Prozent). Die Anteile der Personen im

erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren unterschieden sich hingegen kaum.

Vor allem bei Merkmalen wie Bildung und Erwerbstätigkeit, die im Folgenden dargestellt werden, ist das Alter eine wichtige Determinante. Dabei erschweren stark unterschiedliche Altersstrukturen Vergleiche zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Altersspezifische Anteilswerte bzw. Quoten konnten im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht berücksichtigt werden.

### Über 13 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

Bei der Erhebung im Jahr 2011 gaben über 13 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen Schulabschluss zu besitzen.<sup>2</sup> In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der Personen ohne Schulabschluss dagegen auf lediglich 2,1 Prozent. Über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügten gut 36 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund und rund 49 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.

<sup>2</sup> Betrachtet wird hier nur der Bevölkerungsteil, der einen Schulabschluss besitzen kann, d. h. Personen im Alter von 15 Jahren und älter. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.



## Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung erfolgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

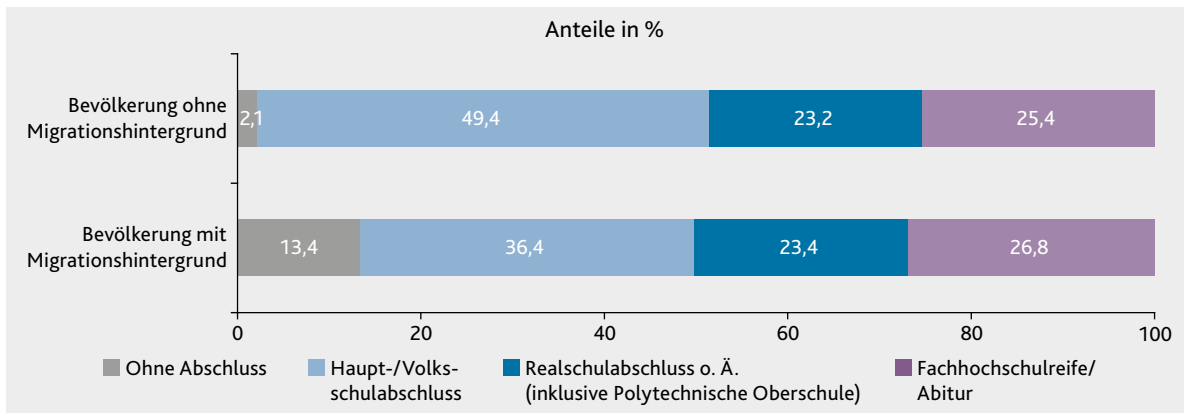
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

## G 3

## Bevölkerung 2011 nach Migrationshintergrund und höchstem schulischen Abschluss



Kaum Unterschiede bei mittlerer und höherer Schulbildung

Im Bereich der mittleren und höheren Schulbildung zeigten sich kaum Unterschiede: Die mittlere Reife erreichten jeweils 23 Prozent der Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Einen höheren Bildungsabschluss konnten knapp 27 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund und gut 25 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund vorweisen.

### Rund 40 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss

Berufliche Bildung wichtig für Integrations-erfolg

Ein wesentliches Kriterium für die Integration junger Menschen in das Berufsleben und den Arbeitsmarkt ist neben der schulischen auch die berufliche Ausbildung. Die Überwindung der so genannten ersten Schwelle des Arbeitsmarktes, d. h. der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung, ist von großer Bedeutung für die künftigen beruflichen Chancen.

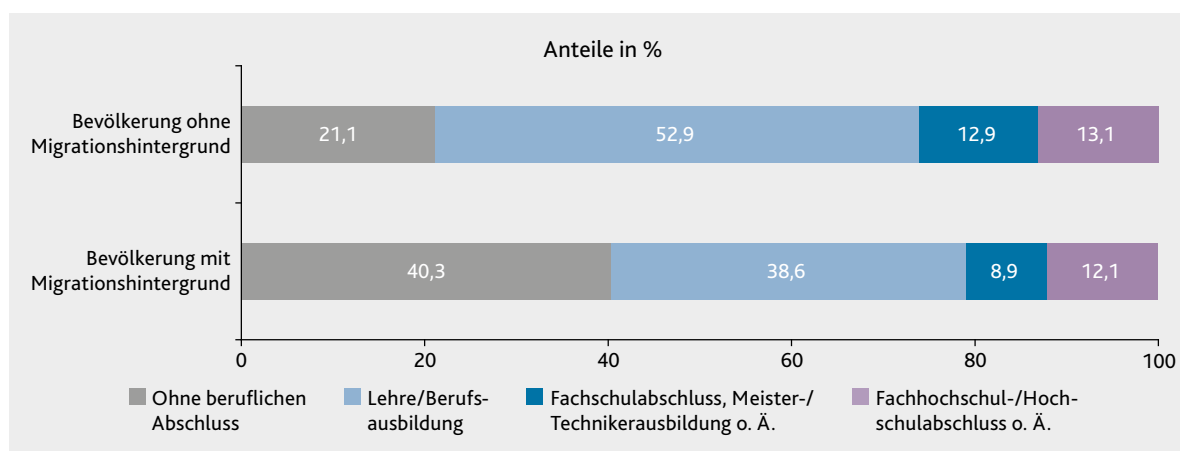
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus können Menschen mit Migrationshintergrund weitaus seltener einen Berufsabschluss vorweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Bei der Befragung 2011 gaben gut 40 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen beruflichen Abschluss zu besitzen.<sup>3</sup> Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Anteil dagegen nur rund 21 Prozent. Eine Lehr- bzw. Anlernausbildung haben 39 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund absolviert, wohingegen 53 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund erfolgreich eine Lehre oder Ähnliches abgeschlossen haben. Auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die eine Meister- bzw. Technikerausbildung absolviert oder einen Fachschulabschluss erworben haben, ist deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Ähnlich wie bei den Schulabschlüssen zeigten sich bei den höheren Abschlüssen (Fachhochschul-/ Hochschulabschluss bzw. Promotion) nur geringe Unterschiede: Zwölf Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und 13 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besaßen einen solchen Abschluss. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die schulischen und beruflichen Abschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund teilweise bereits im Herkunftsland erworben wurden und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt tendenziell weniger gefragt sind.

<sup>3</sup> Bezugsgröße ist hier die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter ohne Personen, die sich noch in Berufsausbildung befinden. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

G 4

## Bevölkerung 2011 nach Migrationshintergrund und höchstem beruflichen Abschluss



### Menschen mit Migrationshintergrund seltener erwerbstätig

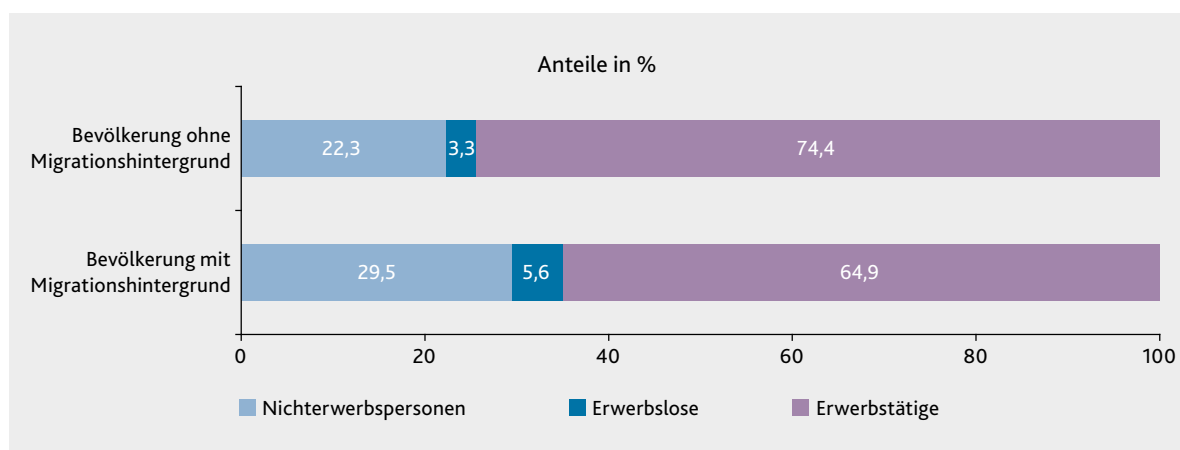
Von den rund vier Millionen Menschen, die im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz wohnten, waren 2,04 Millionen – also etwas mehr als die Hälfte – Erwerbspersonen. Davon waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1,95 Millionen erwerbstätig und 98 100 erwerbslos.

Menschen mit Migrationshintergrund sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Disparitäten bei den erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüssen auf dem deutschen

Arbeitsmarkt zum Teil deutlich benachteiligt. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen einer Anstellung. Geringqualifizierte stellen dagegen seit Längerem die Hauptproblemgruppe am Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Vor dem Hintergrund des sinkenden Bedarfs an gering qualifizierten Arbeitskräften wird sich deren Situation weiter verschlechtern. Weil sich unter den Geringqualifizierten überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden, sind diese von der Entwicklung auch stärker betroffen.

G 5

## Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2011 nach Migrationshintergrund und Beteiligung am Erwerbsleben



Unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt spiegeln sich in unterschiedlichen Erwerbslosenanteilen wider

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 2011 häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund (5,6 Prozent gegenüber 3,3 Prozent).

Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen war bei den 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund mit fast 30 Prozent deutlich höher als in der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund (22 Prozent). Entsprechend lag die Erwerbstätigenquote der Menschen ohne Migrationshintergrund zwischen 15 und 65 Jahren in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 mit 74 Prozent deutlich über der Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund gleichen Alters (65 Prozent).

#### **Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig**

Die soziale und wirtschaftliche Lage wird maßgeblich von der beruflichen Situation bestimmt, welche wiederum in starkem Maße von der Qualifikation abhängig ist. Auch die Stellung im Beruf wird im Wesentlichen von der Qualifikation bestimmt. Dem Mikrozensus 2011 ist zu entnehmen, dass Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell andere berufliche Positionen bekleiden als Personen ohne Migrationshintergrund.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig

Ein Großteil der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren ohne Migrationshintergrund, nämlich knapp 61 Prozent, arbeitete 2011 als Angestellte. Rund 21 Prozent waren als Arbeiterinnen und Arbeiter und 7,7 Prozent

#### **Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)**

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

##### **Erwerbstätige**

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

##### **Erwerbslose**

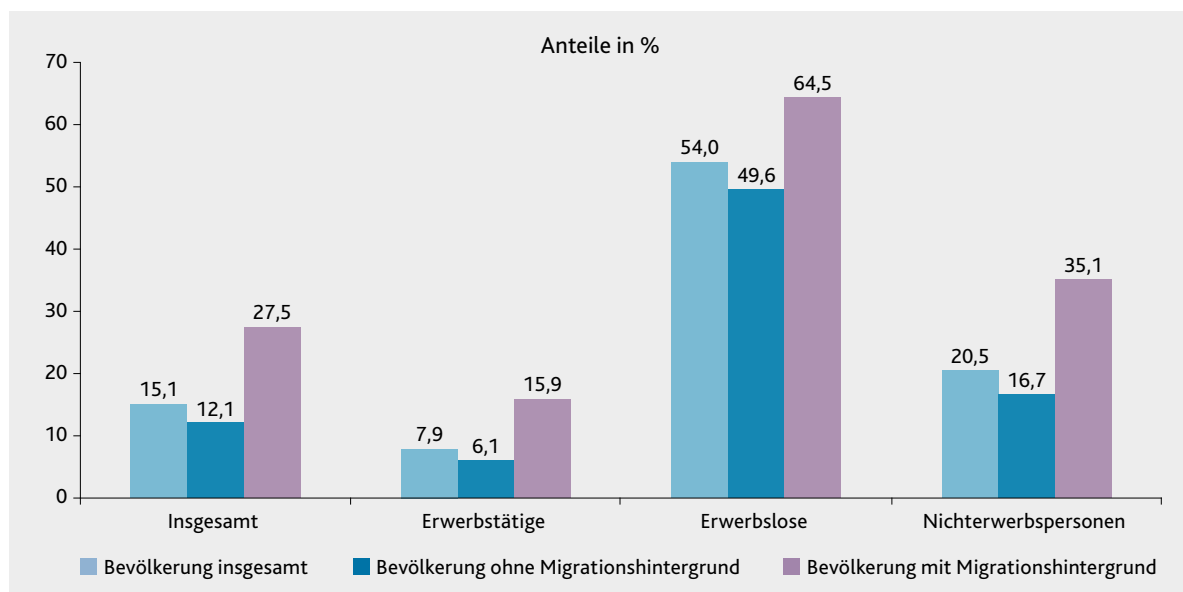
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und z. Z. nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

##### **Nichterwerbspersonen**

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

## G 6

## Armutsgefährdungsquoten 2011 nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung



als Beamtinnen und Beamte tätig. Jede bzw. jeder Zehnte dieser Bevölkerungsgruppe ging einer selbstständigen Tätigkeit nach, 0,4 Prozent waren mithelfende Familienangehörige. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren dagegen deutlich häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig (44 Prozent) als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund. Der höhere Arbeiteranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beruht hauptsächlich auf der geringeren Qualifikation, die ein Großteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund aufweist.

Angestellte (45 Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vergleichsweise seltener vertreten. Bei den Selbstständigen (9,5 Prozent) unterschieden sich die Anteilswerte hingegen kaum.

In geringerem Umfang waren Erwerbstätige mit Migrationshintergrund als Beamtinnen

und Beamte beschäftigt. Dies dürfte mit den gesetzlichen Zugangsbeschränkungen zu Beamtenpositionen zusammenhängen, für die in der Regel die deutsche oder zumindest eine EU-Staatsangehörigkeit gefordert ist.

### Deutlich höhere Armutsgefährdung

Das im Durchschnitt geringere berufliche Ausbildungsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund führt nicht nur zu geringeren Arbeitsmarktchancen, es hat auch ein geringeres Einkommen bzw. eine höhere Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zur Folge.

Im Ergebnis weisen Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko<sup>4</sup> auf. Mit einer Armutsgefährdungsquote von rund 28 Prozent lag der Wert mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (zwölf Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung lag 2011 bei gut 15 Prozent.

Gut jede bzw. jeder Vierte mit Migrationshintergrund gilt als armutsgefährdet

<sup>4</sup> Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren deutlich häufiger als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund lag 2011 bei fast 16 Prozent. Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund wiesen demgegenüber eine Armutsgefährdungsquote von 6,1 Prozent auf. Von den Nichterwerbspersonen mit Migrationshintergrund galt sogar gut jede bzw. jeder Dritte als armutsgefährdet. Von den Nichterwerbspersonen ohne Migrationshintergrund traf dies hingegen nur auf jede bzw. jeden Sechsten zu. In besonderem Maße armutsgefährdet waren Erwerbslose, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbslose mit oder ohne Migrationshintergrund handelt.

#### Fazit

Migration und Integration sind für unsere Gesellschaft in hohem Maße bedeutsam. Im statistischen Vergleich wird deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Qualifikation ungünstiger abschneiden und weniger Erfolg am Arbeitsmarkt haben. Dies wirkt sich offenbar auch auf die Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund aus. Sie sind deutlich stärker armutsgefährdet als die übrige Bevölkerung. Dies trifft auch dann zu, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.



# Zensus 2011

## Teil 2: Erhebung und Aufbereitung demografischer Strukturdaten

Von Sabine Ruhnke und Gerd Reh

In den vergangenen beiden Jahren wurde erstmals in Deutschland ein registergestützter Zensus durchgeführt, um belastbare Daten über die Bevölkerung und die Gebäude- und Wohnungsbestände zum Stichtag 9. Mai 2011 zu erhalten. Die letzte Zählung in der Bundesrepublik Deutschland lag zu diesem Zeitpunkt 24 Jahre zurück. In diesem Beitrag wird die zur Feststellung amtlicher Einwohnerzahlen sowie zur Gewinnung weiterer demografischer Strukturdaten angewendete Methodik skizziert. Zudem wird schwerpunktmäßig über die Erfahrungen aus der Erhebungs- und Aufbereitungsphase berichtet.

### Volkszählungen liefern wichtige Basisdaten

Das Ziel einer Volkszählung ist die möglichst genaue Momentaufnahme zur Bevölkerung, zu deren Wohnsituation und zu weiteren wichtigen Strukturdaten, wie beispielsweise der Erwerbstätigkeit.

Zentrale Grundlage für politische Entscheidungsträger und wissenschaftliche Forschung

Die zum jeweiligen Zensusstichtag festgestellten Strukturdaten dienen insbesondere politischen Entscheidungsträgern als Grundlage unter anderem für bevölkerungs-, sozial-, wirtschafts-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen. Sie bieten zudem der Wissenschaft ein breites Datenspektrum für vielfältige Forschungsvorhaben.

Unabhängig hiervon werden im Rahmen solcher Zählungen durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder die amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern

und Kommunen zum jeweiligen Erhebungstichtag ermittelt. Diese fließen unmittelbar nach Feststellung in die Statistik zur Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ein.

Die auf regionaler Ebene differenziert nach Alter, Geschlecht und weiteren Kernmerkmalen fortgeschriebenen Einwohnerzahlen sind eine zentrale Bemessungsgröße beispielsweise für die Ausgleichszahlungen zwischen den Bundesländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs oder für die Einteilung von Wahlkreisen.

### Registergestützter Zensus – ein neuer methodischer Ansatz

Bei der Durchführung des Zensus 2011 wurde gegenüber früheren Zählungen methodisch ein neuer Weg beschritten. Dieser bestand darin, dass – soweit möglich – Informationen aus bereits vorhandenen Verwaltungsregis-

tern für statistische Zwecke aufbereitet wurden. Lediglich zur qualitativen Absicherung sowie zur Ermittlung zählungsrelevanter Daten, die nicht oder nicht in ausreichender Qualität in Registern vorlagen, wurden ergänzende Primärstatistiken erhoben. Diese Vorgehensweise entlastete die Bürgerinnen und Bürger spürbar von Auskunftspflichten und sparte zudem Kosten.

### **Daten der Verwaltungsregister bilden die Ausgangsbasis**

Meldedaten bilden die Grundlage für die Feststellung der Bevölkerung

Die Grundlage für die Ermittlung von Bevölkerungszahlen im Zensus 2011 bilden Daten aus den kommunalen Melderegistern. Im Zensus verwendet wurden insbesondere Namen, Wohnort, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Wohnungsstatus, Familienstand sowie weitere Kernmerkmale zur Ableitung bestehender familiärer Zusammenhänge. Diese Daten übermittelten die Meldebehörden zu drei Stichtagen, und zwar zum 1. November 2010, unmittelbar zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, und zum 9. August 2011 (jeweils rund 4,2 Mill. Datensätze) an das jeweils zuständige statistische Landesamt. Dort wurden die Daten inhaltlich und strukturell überprüft. Der Datenabzug zum 1. November 2010 diente lediglich der Erhebungsorganisation. Der Stichtagsbestand zum 9. Mai 2011 bildet den Ausgangsbestand für die Ermittlung der maßgeblichen Wohnbevölkerung an diesem Tag. Durch Verschneidung dieses Stichtagsbestandes mit den Meldedaten zum 9. August 2011 konnten stichtagsrelevante Zuzüge und Geburten, die am 9. Mai 2011 noch nicht in den Melderegistern verbucht waren (temporäre Register-Fehlbestände), unmittelbar bei der Ermittlung der stichtagsrelevanten Bevölkerung berücksichtigt werden.

Der um die temporären Fehlbestände ergänzte Melderegisterauszug zum 9. Mai 2011 wurde im Laufe des Aufbereitungsverfahrens zentral im Statistischen Bundesamt mit erwerbsstatistischen Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie öffentlicher Arbeitgeber verknüpft. Hierfür lieferten die BA und die Berichtsstellen der öffentlichen Dienststellen des Bundes Eckdaten von sämtlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den Beamten und Dienstordnungsangestellten, den arbeitslos oder Arbeit suchend gemeldeten Personen sowie den Teilnehmenden an Maßnahmen der Arbeitsförderung direkt an das Statistische Bundesamt. Zu diesen Eckdaten gehören beispielsweise der ausgeübte Beruf, der Arbeitsort sowie die letzte abgeschlossene Berufsausbildung.

Ergänzung um erwerbsstatistische Registerdaten

Den statistischen Landesämtern kam in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, erwerbsstatistische Angaben öffentlich Bediensteter der Landes- und Kommunalverwaltungen zu erheben, zu prüfen und dem Statistischen Bundesamt zu übermitteln. In Rheinland-Pfalz wurden hierbei die Daten von rund 86 000 Beamtinnen und Beamten sowie Dienstordnungsangestellten bei 266 öffentlichen Berichtsstellen angefordert und verarbeitet.

### **Fehleintragungen und Datenlücken in Verwaltungsregistern erfordern statistische Korrekturen**

Die Verwaltungsregister enthalten unvermeidliche Fehleintragungen und Datenlücken. Diese müssen zur korrekten Ermittlung der stichtagsrelevanten Einwohnerzahlen erkannt, quantifiziert und korrigiert werden.

Ergänzende Erhebungen sichern Datenqualität

Im Zensus 2011 erfolgt dies sowohl auf der Grundlage maschineller Prüfroutinen als auch ergänzender statistischer Erhebungen.

Dies sind im Einzelnen

- die Prüfung auf Hauptwohnsitzdubletten und Nebenwohnsitzfälle (Mehrfachfalluntersuchung),
- die Erhebung an Sonderbereichen wie Wohnheimen oder Anstalten,
- die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis in Gemeinden ab 10 000 Einwohnern und
- die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Mehrfachfalluntersuchung

Im Zuge der maschinellen Mehrfachfallprüfung wurden zentral im Statistischen Bundesamt Melderegisterauszüge von allen Kommunen in Deutschland auf der Personenebene abgeglichen, um nicht melderechtskonform erfolgte Eintragungen zu ermitteln. Solche liegen vor, wenn Personen bundesweit an mehreren Orten mit Hauptwohnsitz (Hauptwohnsitzdubletten) oder aber ausschließlich mit Nebenwohnsitz(en) gemeldet sind (Nebenwohnsitzfälle).

Hauptwohnsitzdubletten in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern steuerte das Statistische Bundesamt maschinell aus dem Datenbestand aus. Alle Hauptwohnsitzdubletten in kleineren Gemeinden sowie sämtliche Nebenwohnsitzfälle erhielten zur Klärung des Wohnsitzes von dem jeweils zuständigen statistischen Landesamt einen Fragebogen, mit der Bitte um Mitteilung des aktuellen Hauptwohnsitzes. In Rheinland-Pfalz wurden in diese Erhebung rund 10 000 Personen einbezogen. Auf der Grundlage der Rückmeldungen der Befragten konnten entsprechende Korrekturen in den Datenbestand eingearbeitet werden.

Aus der Durchführung vergangener Volkszählungen ist bekannt, dass die Melderegister an Anschriften mit Wohnheimen, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen überproportional viele Unter- und Überfassungen, sogenannte Fehlbestände und Karteileichen aufweisen. Zur statistischen Korrektur galt es, die zum Erhebungstag maßgeblichen Bewohnerinnen und Bewohner an sämtlichen oben angeführten Anschriften festzustellen. Landesweit wurden hierfür in mehr als 2 400 Einrichtungen nur wenige Eckdaten der Betroffenen vor Ort erhoben (z. B. Name, Geburtsdatum, Geschlecht und Zuzugsdatum). Anhand dieser Merkmale und den Informationen aus den Melderegistern stellen melderechtskonforme Buchungsregeln sicher, dass die Bewohnerinnen und Bewohner entweder mit Hauptwohnsitz an der Sonderanschrift und somit als Einwohner der jeweiligen Gemeinde oder aber mit Hauptwohnsitz außerhalb des Sonderbereichs und damit gegebenenfalls als Einwohner einer anderen Gemeinde gezählt werden.

Um auch an „Nicht-Sonderanschriften“, d. h. allen sonstigen Wohnanschriften die in den Meldedaten enthaltenen Karteileichen und Fehlbestände qualifiziert ermitteln zu können, wurden in Abhängigkeit von der Gemeindegröße zwei weitere Korrekturverfahren angewendet. In Gemeinden ab 10 000 Einwohnern fand an zufällig ausgewählten Anschriften eine „Haushaltebefragung“ auf Stichprobenbasis statt. Als Auswahlgrundlage diente das eigens für den Zensus 2011 erstellte Anschriften- und Gebäuderegister (AGR), in dem bundesweit alle Anschriften mit Wohnraum geführt werden. In diese Korrekturstichprobe waren in den insgesamt 45 Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern rund 198 000

Erhebung an Sonderbereichen

Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis

Personen (zwölf Prozent der mit Haupt- bzw. Nebenwohnsitz gemeldeten Bevölkerung) an mehr als 45 000 Anschriften (elf Prozent der Wohnadressen) einbezogen. Die auf der Grundlage der Befragung festgestellten Karteileichen und Fehlbestände werden über ein wissenschaftlich abgesichertes statistisch-mathematisches Verfahren gemein-despezifisch hochgerechnet.<sup>1</sup>

Befragung zur  
Klärung von  
Unstimmig-  
keiten

Für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern könnten verlässliche Ergebnisse zur Zahl der Über- und Untererfassungen in den Melderegistern nur bei einem unverhältnismäßig hohen Stichprobenumfang erreicht werden.<sup>2</sup> Deshalb wurde zur qualitativen Absicherung der amtlichen Einwohnerzahlen in diesen Gemeinden die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten (BKU) als gleichwertiges Pendant zur Haushaltebefragung vorgesehen. In diese Vor-Ort-Befragung wurden gezielt alle Anschriften mit nur einer bewohnten Wohnung einbezogen, an denen bei einer Zusammenführung von Melderegisterangaben mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) Unstimmigkeiten hinsichtlich der Bewohnerzahlen aufgetreten sind. Dies betraf sowohl Fälle, in denen Personendaten keiner der in der GWZ festgestellten Wohnung zugeordnet werden konnten, als auch Anschriften, an denen die ermittelte Zahl von Bewohnerinnen und Bewohnern gemäß GWZ von der im Melderegister verbuchten Personenzahl abwich. Landesweit traf dies auf mehr als 50 000 Anschriften zu. An diesen Adressen wurden einige Eckmerkmale der zum Stichtag maßgeblichen Bewohnerinnen und Bewohner erhoben (z. B. Name, Geschlecht,

Geburtsdatum sowie Wohnstatus und Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen), die für die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern genutzt werden.

Auf der beschriebenen Grundlage können die in den Melderegistern vorhandenen Über- und Untererfassungen erkannt, quantifiziert und bereinigt werden. Die Erkenntnisse aus den Korrekturerhebungen und -verfahren werden hierfür in einem zentralen Datenbestand für ganz Deutschland auf der Personenebene zusammengeführt, aus dem sich die zum Stichtag maßgeblichen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden ableiten lassen.

Kombination  
verschiedener  
Maßnahmen  
führt zu verläss-  
lichen Einwohn-  
nerzahlen

### Nicht alle Strukturmerkmale lassen sich aus Registern ableiten

Die oben beschriebene Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis dient nicht nur der Feststellung amtlicher Einwohnerzahlen. Sie ergänzt diese Feststellungen um demografische Informationen, die sich nicht aus vorhandenen Verwaltungsregistern ableiten lassen. Hierzu zählen beispielsweise Daten zum Bildungsstand der Bevölkerung, zur Religionszugehörigkeit sowie umfassende Informationen zur Erwerbstätigkeit.

Haushalte-  
befragung auf  
Stichproben-  
basis verfolgt  
zwei Ziele

Die Stichprobe wurde so ausgestaltet, dass repräsentative Ergebnisse auf der Bundes-, Landes- und Kreisebene sowie für sämtliche Gemeinden und rheinland-pfälzische Verbandsgemeinden ab 10 000 Einwohnern ermittelt werden können. Die Repräsentativität auf der Bundes-, Landes- und Kreisebene erfordert eine zusätzliche Befragung in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Neben den o. a. 198 000 Personen wurden deshalb auch mehr als 361 500 Bürgerinnen und Bürger (15 Prozent der mit

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik und Wissenschaft. Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011. Wiesbaden 2012.

<sup>2</sup> Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes müssten zur qualifizierten Abschätzung der Karteileichen und Fehlbestände in Gemeinden mit rund 2 000 Einwohnern etwa die Hälfte der Einwohner, in Gemeinden mit weniger als 350 Einwohnern nahezu die gesamte Bevölkerung befragt werden.

## T 1

## Fallzahlen der Haupterhebungen im Zensus 2011 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsgebiet	Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis			Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen	Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten	Kontroll-erhebung zur Qualitäts-sicherung	Wieder-holungs-befragung	Gebäude- und Wohnungs-zählung
	An-schriften	Personen	Anteile an der Bevölkerung <sup>1</sup>	Einrichtungen	Adressen		Ersatz-vornahmen	
	Anzahl		%		Anzahl			
Frankenthal (Pfalz), St.	839	6 919	13,9	37	-	51	44	652
Kaiserslautern, St.	1 219	9 819	9,8	60	-	49	60	1 752
Koblenz, St.	931	5 276	4,6	107	-	49	45	2 101
Landau i. d. Pfalz, St.	1 018	4 998	11,2	29	-	44	52	811
Ludwigshafen a. Rh., St.	898	9 443	5,5	53	-	39	44	2 046
Mainz, St.	962	10 366	5,1	140	-	36	48	2 867
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 047	5 427	9,6	47	-	49	52	782
Pirmasens, St.	1 069	4 609	10,8	37	-	43	53	691
Speyer, St.	834	5 959	11,1	27	-	37	41	615
Trier, St.	926	6 016	5,7	128	-	48	45	1 921
Worms, St.	1 144	6 865	8,2	35	-	88	56	1 308
Zweibrücken, St.	1 037	3 831	10,2	17	-	35	52	573
Ahrweiler	9 677	24 385	18,5	99	1 062	517	214	2 618
Altenkirchen (Ww.)	9 323	22 962	16,9	77	2 269	463	49	2 484
Alzey-Worms	8 476	21 647	16,7	44	2 033	443	61	2 713
Bad Dürkheim	9 192	25 427	18,0	70	1 827	491	165	2 425
Bad Kreuznach	7 372	20 773	12,4	159	2 643	371	48	3 215
Bernkastel-Wittlich	5 928	14 809	12,3	86	2 623	281	111	3 182
Birkenfeld	3 860	10 804	12,0	58	1 342	174	56	1 885
Cochem-Zell	5 718	11 768	17,1	50	1 597	427	-	2 341
Donnersbergkreis	5 821	15 109	19,0	82	1 357	251	-	1 467
Eifelkreis Bitburg-Prüm	5 090	11 855	11,5	48	3 009	312	62	3 263
Germersheim	7 696	28 056	21,1	35	1 787	395	77	1 930
Kaiserslautern	9 538	18 569	16,8	47	3 709	288	-	2 456
Kusel	5 357	11 758	15,0	34	1 904	252	-	1 386
Mainz-Bingen	9 057	28 991	13,6	66	3 083	442	97	3 703
Mayen-Koblenz	11 485	32 763	15,0	132	1 952	382	201	3 880
Neuwied	9 107	25 760	13,8	134	1 878	398	57	3 361
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 859	17 434	16,3	77	1 407	281	52	2 067
Rhein-Lahn-Kreis	5 750	17 237	13,4	94	1 671	290	79	2 344
Rhein-Pfalz-Kreis	7 657	24 247	15,5	32	2 101	339	189	1 697
Südliche Weinstraße	7 071	18 488	16,1	64	2 283	366	46	2 302
Südwestpfalz	7 394	17 179	16,4	38	1 934	303	-	1 877
Trier-Saarburg	7 183	19 453	12,9	63	2 758	328	46	3 153
Vulkaneifel	3 334	7 787	11,7	37	1 705	311	-	2 000
Westerwaldkreis	12 341	32 935	15,7	80	3 322	587	53	3 985
Rheinland-Pfalz	192 210	559 724	13,3	2 423	51 256	9 260	2 255	77 853
kreisfreie Städte	11 924	79 528	7,5	717	-	568	592	16 119
Landkreise	180 286	480 196	15,3	1 706	51 256	8 692	1 663	61 734

<sup>1</sup> Anteil an der Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz mit Stand vom 31.12.2010

Haupt- bzw. Nebenwohnsitz gemeldeten Bevölkerung) an knapp 147 000 Anschriften (17 Prozent der Wohnadressen) in den 2 261 kleineren Gemeinden einbezogen. In der Summe umfasste die Haushaltebefragung damit landesweit rund 192 000 Anschriften (15 Prozent der Wohnadressen), an denen annähernd 560 000 Personen, d.h. 13 Prozent der Gesamtbevölkerung gemeldet waren.

### Kommunale Unterstützung bei der Durchführung der Vor-Ort-Erhebungen

Zur Organisation und Durchführung der ergänzenden Vor-Ort-Befragungen wurden zum 1. November 2010 in Rheinland-Pfalz bei den 36 Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte Erhebungsstellen eingerichtet.

Die zentralen Aufgaben dieser Erhebungsstellen bestanden in der Gewinnung und Schulung geeigneter Interviewerinnen und Interviewer (Erhebungsbeauftragte) sowie deren fachliche Betreuung während der Feldphase, der Prüfung und Freigabe der jeweiligen Erhebungsbefunde sowie der Lieferung der vollzähligen und vollständig ausgefüllten Erhebungsunterlagen an das Statistische Landesamt.

### Besondere Anforderungen an die Einrichtung der Erhebungsstellen

Abschottung oberstes Gebot

Die Sicherstellung des Statistikgeheimnisses erforderte die Trennung der Erhebungsstellen in räumlicher, organisatorischer und personeller Hinsicht von den anderen Aufgabenbereichen der jeweiligen Kommunalverwaltung (abgeschottete Organisationseinheiten).

In Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur erließ das Statistische Landesamt detaillierte Vorgaben zur Einrichtung und für den Betrieb der Erhebungsstellen. Deren Einhaltung überprüften die vorgenannten Einrichtungen in der Feldphase stichprobenartig und stellten dabei fest, dass Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit von den beteiligten Stellen mit der nötigen Konsequenz getroffen wurden.<sup>3</sup>

### Die Aufgaben der Erhebungsstellen im Projektverlauf

Unmittelbar nach Einrichtung im November 2010 wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstellen durch das Statistische Landesamt in mehreren Schulungsmaßnahmen auf ihre Aufgaben vorbereitet. Neben allgemeinen Ausbildungseinheiten, in denen insbesondere den Leitungen der Erhebungsstellen das notwendige Grundlagenwissen für die Organisation und Durchführung der Erhebungen vermittelt wurde, umfasste das Programm auch spezielle Software-Schulungen für die im Rahmen der Erhebungsdurchführung einzusetzenden IT-Fachverfahren. Darüber hinaus wurde den für die Ausbildung der Erhebungsbeauftragten vorgesehenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erhebungsstellen das hierfür notwendige Fachwissen vermittelt.

Intensive Vorbereitung

Mit dem notwendigen Grundlagenwissen versehen, konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstellen mit der Gewinnung geeigneter Erhebungsbeauftragter und deren Ausbildung beginnen. Darüber hinaus waren eine Vielzahl von Vor-Ort-Erhebungen organisatorisch vorzubereiten.

<sup>3</sup> Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz: Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht nach § 29 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz (LDSC) für die Zeit vom 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2011, Mainz, 2012, S. 98.





- an weiteren rund 2 000 zufällig ausgewählten Adressen aus der Haushaltebefragung eine Wiederholungsbefragung durchzuführen, die eine qualitative Einschätzung der Befragungsergebnisse in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern ermöglicht, sowie
- an rund 78 000 potenziellen Wohnanschriften, an denen durch das Statistische Landesamt per postalischer Befragung keine Angaben zu dem dort vorhandenen Immobilienbestand erhoben werden konnten, einige Eckdaten zu gegebenenfalls vorhandenen Gebäuden durch Inaugenscheinnahme zu ermitteln.<sup>4</sup>

Einsatz  
freiwilliger  
Erhebungs-  
beauftragter

Die Vor-Ort-Befragungen führten landesweit rund 5 700 Erhebungsbeauftragte durch. Zur Anwerbung der Erhebungsbeauftragten erwiesen sich klassische Anzeigen in Zeitungen und Amtsblättern als das am besten geeignete Instrument.

Sorgfältige  
Auswahl  
erforderlich

Die Erhebungsbeauftragten mussten zuverlässig, verschwiegen und mobil sein sowie über ein freundliches Auftreten verfügen. Da sie im direkten Kontakt zu den Auskunftspflichtigen standen und überwiegend personenbezogene Daten zu erheben waren, hatte die Auswahl durch die Erhebungsstellen besonders sorgfältig zu erfolgen.

Das Gros der rekrutierten Erhebungsbeauftragten wurde erstmalig im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis eingesetzt. Bei zeitlich nachgelagerten Erhebungen wie der Wiederholungsbefragung und der Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten bewährte sich der Einsatz bereits zensuserfahrener Kräfte. Die stichtagsrelevanten Daten der Bewohnerinnen

und Bewohner an Adressen mit sogenannten sensiblen Sonderbereichen, zu denen beispielsweise Justizvollzugsanstalten und Behinderteneinrichtungen zählen, wurden angesichts der besonderen Sensibilität in der Regel ausschließlich durch Personal der Erhebungsstelle erhoben.

Die Erhebungsbeauftragten waren angehalten, ausgefüllte Erhebungsunterlagen sukzessive und zeitnah in den Erhebungsstellen abzugeben. Da dies insbesondere in den großflächigen Landkreisen durch zum Teil weite Anfahrtswege erschwert wurde, hat das Statistische Landesamt, nach Absprache mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, dezentrale Abliefernöglichkeiten vereinbart. Die Unterlagen konnten von sogenannten Erhebungsbeauftragten mit Koordinationsaufgaben, die bei einer Vielzahl von kreiszugehörigen Verwaltungen der Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden eingesetzt worden waren, in verschlossenen Umschlägen entgegengenommen werden. Die dort eingereichten Erhebungspapiere wurden dann auf sicherem Wege direkt an die Erhebungsstellen weitergeleitet und dort auf Vollständigkeit und Vollständigkeit geprüft. Fehlende bzw. unklare Angaben wurden durch die Erhebungsstellen telefonisch bzw. im schriftlichen Mahnverfahren unmittelbar bei den Auskunftspflichtigen eingeholt.

Dezentrale  
Abgabemöglich-  
keiten entlasten  
Erhebungs-  
beauftragte

In der Summe lieferten die Erhebungsstellen dem Statistischen Landesamt rund 650 000 Erhebungsbogen zu. Diese wurden maschinell beleggelesen und anschließend weiter aufbereitet.<sup>5</sup>

Wie bei der GWZ machten auch bei den oben genannten Erhebungen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von der alternativ eingeräumten Möglichkeit Gebrauch, ihre

Hoher Rück-  
lauf durch  
Erhebungs-  
beauftragte

<sup>4</sup> Vgl. Ruhnke, S./Reh, G.: Zensus 2011 – Durchführung der ersten registergestützten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung – Teil 1 Gebäude- und Wohnungszählung In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 01/2013, S. 26ff.

<sup>5</sup> Vgl. Ruhnke, S./Reh, G., a. a. O., S. 25.

Daten über eine gesicherte Leitung via Internet direkt an das Statistische Landesamt zu übermitteln. Die Quoten lagen mit rund sieben Prozent bei der Haushaltebefragung und rund vier Prozent bei der Erhebung an nicht sensiblen Sonderbereichen (insbesondere Studenten- und Altenwohnheime) jedoch deutlich niedriger als bei der GWZ (38 Prozent). Andere Auskunftspflichtige sendeten die Bogen per Post an die Erhebungsstellen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger (80 Prozent) nutzten im Rahmen der Vor-Ort-Befragungen allerdings die Gelegenheit, die Erhebungsbogen gemeinsam mit den Erhebungsbeauftragten auszufüllen.

Die Leiterinnen und Leiter der sogenannten sensiblen Sonderbereiche nutzten hingegen intensiv die seitens des Statistischen Landesamtes aktiv beworbene Möglichkeit der elektronischen Datenübermittlung, sodass für 40 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner der betreffenden Einrichtungen keine „sensiblen“ Papierbelege verarbeitet werden mussten.

Zentrale Aufgabe: Existenzfeststellung

Eine weitere Aufgabe der Erhebungsstellen bei der Durchführung der Zensus-Erhebungen bestand darin, sämtliche zum Stichtag maßgeblichen Bewohnerinnen und Bewohner an den jeweiligen Befragungsanschriften festzustellen (Existenzfeststellung). Dies war mit Blick auf die Ermittlung verlässlicher amtlicher Einwohnerzahlen erforderlich. Im Regelfall lieferten bereits die Vor-Ort-Befragungen der Erhebungsbeauftragten hinreichende Befunde für diese Existenzfeststellung. Lediglich in den Fällen, in denen Erhebungsbeauftragte trotz mehrmaliger Versuche niemanden vor Ort antrafen bzw. sich angetroffene Auskunftspflichtige weigerten, die an der Anschrift wohnhaften Per-

sonen dem Erhebungsbeauftragten gegenüber mitzuteilen, musste deren „Existenz“ im schriftlichen Verfahren durch die Erhebungsstellen geklärt werden.

Neben der Organisation und Durchführung der unmittelbaren Feldarbeit beantworteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstellen eine Vielzahl persönlich, telefonisch sowie schriftlich vorgetragener Anfragen aus der Bevölkerung. Dies betraf vor allem Wünsche auf terminliche Verlegung der von Erhebungsbeauftragten vorab angekündigten Befragungen. Darüber hinaus erkundigten sich Auskunftspflichtige auch häufig nach der Legitimation der eingesetzten Erhebungsbeauftragten.

Ansprechpartner für Anfragen aus der Bevölkerung

### Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt

Über den gesamten Erhebungszeitraum bestand zwischen den Erhebungsstellen und dem Statistischen Landesamt ein intensiver Kontakt. In regelmäßigen Abständen und im Bedarfsfall bot das Statistische Landesamt zudem themenspezifische Informationsveranstaltungen an, in denen Erfahrungen aus den jeweils zurückliegenden Erhebungsphasen ausgetauscht und auf anstehende Aufgaben vorbereitet wurde. Diese Möglichkeiten des regelmäßigen und organisierten Erfahrungsaustausches sind von allen Erhebungsstellen gern angenommen worden.

Intensive Betreuung

Der letzte organisierte Erfahrungsaustausch fand Ende Mai 2012 statt. Hier wurden – nach erfolgreich absolvierter Erhebungsphase – die Bedingungen für die Schließung der Erhebungsstellen erörtert und damit die Voraussetzungen für deren Auflösung bis zur Jahresmitte 2012 geschaffen.

## Erfahrungen der Erhebungsstellen und der Erhebungsbeauftragten im Zensus 2011

Die EU-Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen vom 9. Juli 2008 sieht vor, dass in den Mitgliedsstaaten künftig alle zehn Jahre ein Zensus durchzuführen ist.

Um insbesondere für die Umsetzung zukünftiger Vorhaben aus den Erfahrungen der Beteiligten zu lernen, wurde vom Statistischen Landesamt Mitte 2012 eine freiwillige Befragung der Erhebungsstellen sowie der vor Ort tätigen Erhebungsbeauftragten durchgeführt.

Hoher Rücklauf  
bei freiwilliger  
Befragung

An diesen Befragungen beteiligten sich alle 36 Erhebungsstellen sowie 25 Prozent der eingesetzten Erhebungsbeauftragten und gaben dabei wichtige Anregungen zur Verbesserung der Verfahren und der Erhebungsmaterialien.

Die Befragten zeigten sich insgesamt mit ihrer Tätigkeit für den Zensus 2011 zufrieden. Sowohl die Zusammenarbeit der Erhebungsstellen mit dem Statistischen Landesamt als auch der Erhebungsbeauftragten mit den Erhebungsstellen wurde durchweg als konstruktiv und vertrauensvoll bewertet.

Das Statistische Landesamt wird auf der Grundlage dieser Umfragen einen Erfahrungsbericht ausarbeiten und dem Statistischen Bundesamt zuleiten. Nach Auswertung der Ergebnisse auch aus den übrigen Bundesländern ergeben sich so wertvolle Hinweise für die Organisation und Durchführung künftiger Volkszählungen in der Bundesrepublik Deutschland.

## Anstehende Aufgaben und erste Zensus-Ergebnisse

Nach erfolgreich absolvierter Erhebungsphase und weitgehend abgeschlossener maschineller Aufbereitung der Daten aus

den verschiedenen Erhebungsteilen steht die abschließende Zusammenführung der Bevölkerungs- mit den Gebäude- und Wohnungsdaten noch aus. Diese erfolgt in den kommenden Monaten im Rahmen eines aufwendigen maschinellen Verfahrens, der sogenannten Haushaltegenerierung.

Im Zuge dieser Haushaltegenerierung werden je Anschrift zunächst aus den vorliegenden Personeninformationen die zum Erhebungsstichtag bestehenden Haushaltszusammenhänge ermittelt und die daraus abgeleiteten Wohnhaushalte mit Wohnungsdaten verknüpft. Neben Ergebnissen zu Haushaltsgrößen (Ein- bzw. Mehrpersonenhaushalte) und Haushaltsstrukturen (z. B. Seniorenhaushalte, Haushalte mit/ ohne Kindern) lassen sich nach Abschluss dieses Aufbereitungsschrittes auch Informationen zur Wohnungsnutzung (z. B. durchschnittliche Wohnungsgröße von Haushalten mit zwei Kindern) ableiten.

Abgesehen davon wird das Verfahren der Haushaltegenerierung auch dazu genutzt, die im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung erhobenen Immobiliendaten im Zuge des Abgleichs mit den erhobenen Personendaten abschließend aufzubereiten. Dieser maschinelle Prozess, der zentral im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung stattfindet, wird voraussichtlich Anfang 2014 abgeschlossen sein.

Unabhängig hiervon ist die Bekanntgabe der zum Stichtag festgestellten amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie erster demografischer Strukturdaten zur Bevölkerung bereits im Frühjahr 2013 geplant. An diesem Erstveröffentlichungstermin werden voraussichtlich auch erste Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung veröffentlicht. Ab

Haushalte-  
generierung  
liefert zusätz-  
liche Erkennt-  
nisse

Erste Veröf-  
fentlichungen  
von Zensus-  
Ergebnissen

diesem Zeitpunkt wird auch die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam betriebene Auswertungsdatenbank des Zensus 2011 im Internet ([www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de)) freigeschaltet, die der interessierten Öffentlichkeit einen kostenlosen Zugriff auf ein breites Auswertungsspektrum bietet.

### Fazit und Ausblick

Ein viertel Jahrhundert gab es in Deutschland keine Volkszählung mehr. Mit dem Zensus 2011 wird – dank der hohen Antwortbereitschaft in der Bevölkerung, der guten und intensiven Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie einer Vielzahl tatkräftiger ehrenamtlicher Erhebungsbeauftragter – eine neue verlässliche Datenbasis geschaffen. Auf dieser aufbauend kann beantwortet werden, wie viele Menschen tatsächlich am Stichtag 9. Mai 2011 in Deutschland lebten. Die regional tief differenzierten Daten zum Leben, Arbeiten und Wohnen der Menschen schaffen zudem eine solide Grundlage für

die Bedarfsplanung von Infrastrukturmaßnahmen (beispielsweise Kindergärten, Krankenhäuser).

In der amtlichen Statistik werden die Ergebnisse bis zum nächsten Zensus für die Fortschreibungen der Bevölkerung sowie der Gebäude- und Wohnungsbestände genutzt. Die Wissenschaft bekommt für einen umfangreichen Merkmalskatalog aktuelle tief regionalisierte Daten für demografische und sozialwissenschaftliche Forschung.

Um die gewonnene Datenbasis aktuell zu halten und die Qualität der Fortschreibungen dauerhaft abzusichern, wird künftig alle zehn Jahre ein Zensus durchgeführt.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Zensus“; Sabine Ruhnke, Diplom-Geographin, ist dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

### Weitere Beiträge zu diesem Thema in den Statistischen Monatsheften

- 01/2013 Zensus 2011 – Teil 1:  
Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung

## Sterblichkeit nach Todesursachen

### Zeitliche Entwicklung und regionale Unterschiede



Von Günter Ickler

Im Verlaufe des Jahres 2011 sind 43 645 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gestorben. Die meisten von ihnen erlagen einer Herz-Kreislauf-Erkrankung, zweithäufigste Todesursache waren bösartige Neubildungen.

Die Zahl der Gestorbenen ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Sie wird vorwiegend durch den Umfang der Bevölkerung und deren Altersaufbau bestimmt. Es gibt aber offenbar weitere Einflussfaktoren, die regionale Unterschiede in der Sterblichkeit verursachen. Dies gilt auch bei einer Differenzierung nach Todesursachen.

#### Sterblichkeit nimmt ab

43 645  
Gestorbene im  
Jahr 2011

Im Jahr 2011 starben 43 645 Menschen aus Rheinland-Pfalz, 22 782 Frauen und 20 863 Männer. Damit hat sich die Zahl der Gestorbenen in den vergangenen Jahren kaum verändert. Ein Jahr zuvor gab es 43 465 Sterbefälle; in dem Zeitraum seit 1998 bewegten sich die Werte zwischen knapp 42 000 und nahezu 44 000.

Mehr Sterbe-  
fälle durch  
Hitzewelle im  
Jahr 2003

Auch wenn die Zahlen auf den jeweiligen Umfang der Bevölkerung bezogen werden, sind nur kleinere Schwankungen im Zeitablauf erkennbar. Im betrachteten Zeitraum waren zwischen 1024 und 1092 Gestorbene je 100 000 Einwohner zu verzeichnen. Für das Jahr 2003 zeigt die Zeitreihe einen kleinen Ausreißer. Durch den extrem heißen Sommer dieses Jahres starben beson-

ders viele – insbesondere alte und kranke – Menschen. Dabei handelte es sich auch um vorweggenommene Sterbefälle, die im Folgejahr ausblieben, was in der grafischen Darstellung der Zeitreihe deutlich zu erkennen ist.

Auch zeigt sich, dass mehr Frauen als Männer sterben. Dies liegt darin begründet, dass Frauen unter der älteren Bevölkerung, die natürlicherweise einem höheren Sterberisiko unterliegt, stärker vertreten sind.

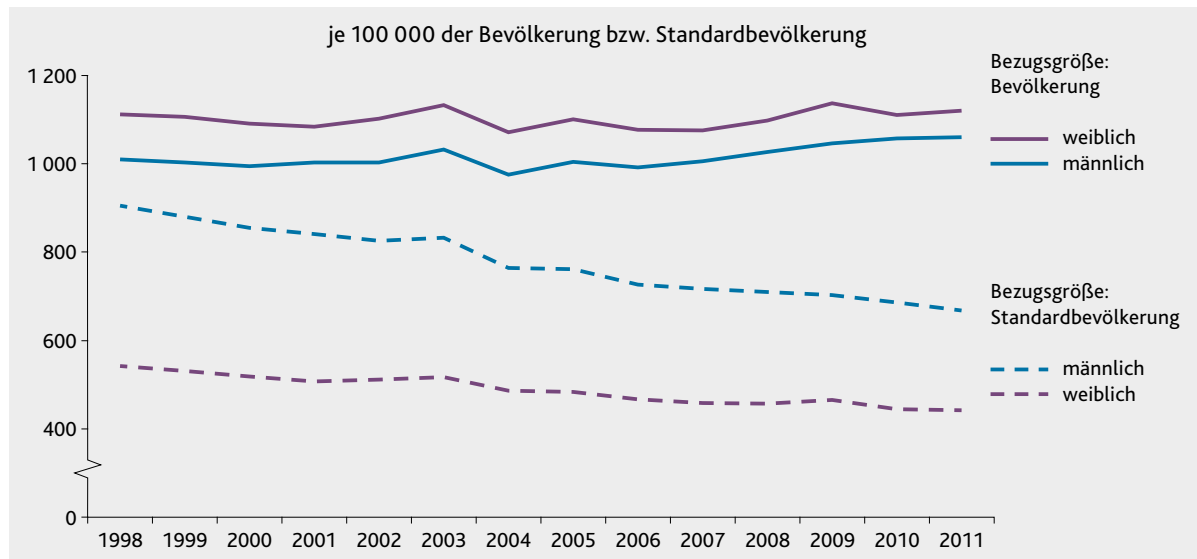
Deutliche Veränderungen im Zeitablauf offenbaren sich, wenn beachtet wird, dass sich die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Alterszusammensetzung verändert hat. Das Verfahren der Altersstandardisierung ermöglicht das Herausrechnen von Veränderungen in der Altersstruktur, indem die Zahl der

Standardi-  
sierung zeigt  
rückläufige  
Sterblichkeit



## G 1

## Gestorbene 1998 bis 2011 nach Geschlecht



Gestorbenen – nach Alter und Geschlecht differenziert – auf eine einheitliche sogenannte Standardbevölkerung bezogen wird (siehe auch Textkasten „Standardisierung und Signifikanz“). Als Ergebnis zeigt sich eine deutlich rückläufige Sterblichkeit; dies ist mit einer stetig steigenden Lebenserwartung gleichzusetzen. Außerdem sind ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede zu verzeichnen. Bezogen auf 100 000 Personen der Standardbevölkerung sind im Jahr 1998 noch 543 Frauen gestorben; dieser Wert ist kontinuierlich gesunken und lag im Jahr 2011 bei 442. Die Sterblichkeit der Männer war stets wesentlich größer, sie ist im betrachteten Zeitraum aber auch stärker gesunken (von 905 auf 667).

### Häufigste Todesursache sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Todesursache  
Herz-Kreislauf:  
41 Prozent

Die mit Abstand häufigste Todesursache sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Rund 41 Prozent der Todesfälle des Jahres 2011 waren hierauf zurückzuführen. Hiervon sind überwiegend ältere Menschen betroffen;

so waren 88 Prozent der daran Verstorbenen 70 Jahre oder älter. Wegen des deutlich höheren Frauenanteils unter der älteren Bevölkerung war auch die Zahl der an Herz-Kreislauf-Erkrankungen gestorbenen Frauen mit 10 289 wesentlich größer als die der Männer (7 685).

Zweithäufigste Todesursache waren mit 25 Prozent die bösartigen Neubildungen (Krebs). Bei 11 065 Menschen führten die verschiedenen Formen dieser Krankheit zum Tode. Hieran starben mehr Männer (5 999) als Frauen (5 066). Der Anteil der über 70-Jährigen lag bei dieser Todesursache mit 66 Prozent deutlich unter ihrem Anteil an allen Gestorbenen (78 Prozent). Mehr als jeder zweite Krebssterbefall ging auf eine bösartige Neubildung der Verdauungsorgane (3 523) oder der Atmungsorgane (2 415) zurück.

Krebs:  
25 Prozent

An Krankheiten des Atmungssystems starben 2 762 Menschen (6,3 Prozent). Männer (1 546) waren etwas häufiger betroffen als Frauen (1 216).

Atmungssystem:  
6,3 Prozent

### Standardisierung und Signifikanz

Die Anzahl der Gestorbenen wird wesentlich durch die Alters- und Geschlechtsstruktur einer Population bestimmt. Um einen Vergleich der Sterblichkeit im Zeitverlauf oder zwischen verschiedenen geografischen Gebieten zu ermöglichen, ist es sinnvoll, solche Einflüsse zu eliminieren. Das Verfahren der **Altersstandardisierung** bezieht die Sterberaten der Teilperioden bzw. der Regionen auf eine einheitliche Bevölkerung, die sogenannte Standardbevölkerung. Auf diese Weise werden beispielsweise die Sterberaten der kreisfreien Städte und Landkreise auf die Standardbevölkerung umgerechnet, d. h. es wird unterstellt, in allen Gebieten hätte die gleiche Bevölkerung vorgelegen. Die Berechnungen erfolgen üblicherweise in einer Differenzierung nach fünf Jahre umfassenden Altersgruppen. Die Wahl der Standardbevölkerung ist grundsätzlich beliebig. Es ist nur sicherzustellen, dass für alle Zeiträume bzw. Regionen die gleiche Bevölkerung herangezogen wird. Häufig – so auch in diesem Beitrag – wird auf die von der WHO verwendete „alte Europäische Standardbevölkerung“ zurückgegriffen. Es ist zu beachten, dass altersstandardisierte Raten fiktive Kennziffern darstellen, die nur dem Vergleich zwischen verschiedenen Populationen dienen. Die alte EU-Bevölkerung wendet die gleiche Bevölkerungsstruktur auf beide Geschlechter an und ermöglicht damit eine Vergleichbarkeit der standardisierten Raten auch zwischen den Geschlechtern. Ein Vergleich der standardisierten Sterberaten verschiedener Regionen oder unterschiedlicher Zeiträume wird nicht mehr durch Unterschiede im Altersaufbau der Bevölkerungen beeinträchtigt.

Bei einem zeitlichen oder regionalen Vergleich der Sterblichkeit auf der Grundlage altersstandardisierter Raten stellt sich die Frage nach der Interpretation von Unterschieden in den Ergebnissen zwischen den Zeiträumen oder Teilgebieten. Kleinere Differenzen können eher zufallsbedingt sein, dagegen wird man bei größeren Unterschieden von dem Vorlie-

gen bestimmter Einflussfaktoren ausgehen, die unter Umständen konkretisiert werden können. Zur Beantwortung der Frage, ab wann Unterschiede nicht mehr nur zufallsbedingt sind, gibt es allgemein anerkannte statistische Verfahren. Üblicherweise erfolgt dies über die Konstruktion von sogenannten **Konfidenzintervallen** (auch Vertrauensintervallen). Bei einer Analyse regionaler oder zeitlicher Unterschiede wird dann auf bestehende Differenzen geschlossen, wenn sich die berechneten Intervalle nicht überschneiden. Bei Überschneidungen der Intervalle sind die Differenzen als nicht gesichert oder nicht signifikant anzusehen.

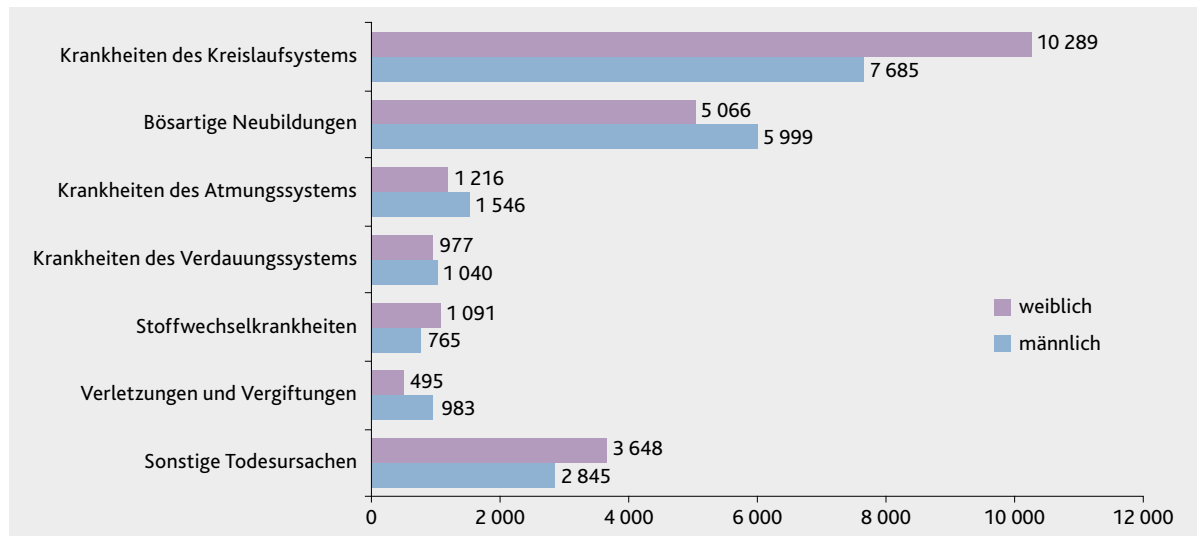
Ein Konfidenzintervall ist ein zufälliges Intervall dessen Grenzen durch die jeweils beobachteten Werte bestimmt werden. Das Intervall überdeckt den – wahren – Parameter mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, die wählbar ist. Sehr häufig legt man hier eine Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zugrunde. Die Größe des Konfidenzintervalls wird bestimmt durch

- die Zahl der Werte, die in die Berechnung einfließen,
- die Streuung der Werte,
- die gewählte Aussagewahrscheinlichkeit und
- die zugrunde liegende Wahrscheinlichkeitsverteilung.

Je größer die Zahl der Beobachtungswerte ist und je weniger diese streuen, umso kleiner ist das ermittelte Intervall und umso schärfer die daraus abgeleitete Aussage. Eine höhere Aussagewahrscheinlichkeit führt hingegen zu einer Vergrößerung des Konfidenzintervalls. Es wird sehr häufig unterstellt, dass der betrachtete Parameter einer Normalverteilung gehorcht. Gleichwohl ist stets zu prüfen, ob diese Annahme gerechtfertigt ist. Bei einer hinreichend großen Zahl von Beobachtungswerten (üblicherweise  $n > 30$ ) kann dies näherungsweise angenommen werden.

## G 2

## Gestorbene 2011 nach Todesursache und Geschlecht



Verdauungs-  
system:  
4,6 Prozent

Krankheiten des Verdauungssystems führten bei 2017 Menschen zum Tod (4,6 Prozent).

Stoffwechsel-  
erkrankungen:  
4,3 Prozent

Stoffwechselerkrankungen waren für 1856 Menschen die für den Tod maßgebliche Krankheit (4,3 Prozent). Hierbei handelt es sich zum weitaus größten Teil um den im Volksmund als Zuckerkrankheit bezeichneten Diabetes mellitus. Die weiteren Todesursachen traten deutlich seltener auf. An einer Verletzung oder Vergiftung starben 1478 Personen, 983 Männer und 495 Frauen. Darunter waren 543 Menschen (420 Männer und 123 Frauen), die aus eigenem Entschluss ihrem Leben ein Ende setzten.

### Absolute Zahl der Gestorbenen regional sehr unterschiedlich

Bevölkerungs-  
umfang be-  
stimmt Gestor-  
benenzahlen  
wesentlich

Die Anzahl der Gestorbenen weist in ihrer regionalen Differenzierung große Unterschiede auf. In solchen kreisfreien Städten, in denen vergleichsweise wenige Menschen leben, wie zum Beispiel Landau in der Pfalz oder Zweibrücken, fallen die Gestorbenenzahlen naturgemäß am niedrigsten aus. In

den bevölkerungsreichen Landkreisen, wie beispielsweise Mayen-Koblenz oder dem Westerwaldkreis sind auch die meisten Gestorbenen zu verzeichnen.

Aussagekräftiger als die absoluten Gestorbenenzahlen sind für einen Regionalvergleich die auf den Bevölkerungsumfang bezogenen Sterbefälle (rohe Sterbeziffer oder rohe Sterberate). Diese bewegen sich zwischen 829 (Mainz) und 1644 (Pirmasens) Gestorbenen je 100 000 Einwohner. Der Hauptgrund für die erhebliche Bandbreite ist in den regional unterschiedlichen Altersstrukturen zu sehen. Da das Alter das Mortalitätsgeschehen wesentlich bestimmt, ist für eine regional vergleichende Analyse der Sterblichkeit das Ausschalten derartiger Altersstruktureffekte sinnvoll.

Auf die Bevölke-  
rung bezogene  
Sterbezahlen  
sind aussage-  
kräftiger

Wie schon bei der Darstellung der zeitlichen Entwicklung liegt daher auch für den regionalen Vergleich die Anwendung des Verfahrens der Altersstandardisierung nahe. Damit werden Populationen mit unterschiedlichen Altersstrukturen hinsichtlich ihrer Sterblichkeit vergleichbar.

Altersstandar-  
disierung auch  
für Regional-  
vergleich

## T 1

## Gestorbene 2011 nach Geschlecht und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Gestorbene				
	Anzahl	je 100 000 der Bevölkerung	je 100 000 der Standardbevölkerung		
			insgesamt	männlich	weiblich
Frankenthal (Pfalz)	515	1 100	529	702	393
Kaiserslautern, St.	1 189	1 198	657	830	515
Koblenz, St.	1 228	1 152	531	654	441
Landau i. d. Pfalz, St.	443	1 012	542	669	445
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 666	1 011	556	673	450
Mainz, St.	1 657	829	489	593	404
Neustadt a. d. Weinstr., St.	594	1 123	482	612	379
Pirmasens, St.	661	1 644	743	891	625
Speyer, St.	605	1 212	601	723	510
Trier, St.	1 073	1 021	565	731	440
Worms, St.	866	1 059	568	663	487
Zweibrücken, St.	445	1 315	605	789	459
Ahrweiler	1 501	1 180	511	633	410
Altenkirchen (Ww.)	1 629	1 240	601	752	478
Alzey-Worms	1 279	1 026	572	664	492
Bad Dürkheim	1 587	1 197	569	673	482
Bad Kreuznach	1 774	1 140	553	671	452
Bernkastel-Wittlich	1 182	1 075	513	672	380
Birkenfeld	1 100	1 327	604	737	482
Cochem-Zell	793	1 254	545	712	393
Donnersbergkreis	811	1 071	545	629	477
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 157	1 233	604	739	483
Germersheim	1 133	908	546	706	410
Kaiserslautern	1 182	1 126	568	701	459
Kusel	889	1 232	566	637	500
Mainz-Bingen	1 813	895	497	611	396
Mayen-Koblenz	2 162	1 030	519	614	439
Neuwied	2 020	1 118	538	649	440
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 172	1 152	540	645	446
Rhein-Lahn-Kreis	1 446	1 174	536	688	405
Rhein-Pfalz-Kreis	1 489	1 001	499	598	412
Südliche Weinstraße	1 157	1 062	519	630	423
Südwestpfalz	1 104	1 121	523	647	407
Trier-Saarburg	1 420	995	525	618	441
Vulkaneifel	711	1 165	522	692	374
Westerwaldkreis	2 192	1 106	581	694	483
Rheinland-Pfalz	43 645	1 091	546	667	442

Auch altersstandardisierte Raten regional unterschiedlich

Auch die altersstandardisierten Sterberaten weisen bei einem regionalen Vergleich noch große Differenzen auf. Die auf 100 000 Personen der Standardbevölkerung bezogenen Sterbeziffern variieren auf Kreisebene zwischen 482 in Neustadt an der Weinstraße und 743 in Pirmasens.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung verdeutlicht die durchweg wesentlich höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts. Die für die weibliche Bevölkerung ermittelten standardisierten Sterberaten liegen zwischen 374 (Vulkaneifel) und 625 (Pirmasens), die der männlichen Bevölkerung zwischen 593 (Mainz) und 891 (Pirmasens).

### Mortalität durch zahlreiche Einflussfaktoren bestimmt

Auch Umweltfaktoren können Mortalität beeinflussen

Die Zahl der Sterbefälle wird aber nicht nur durch die Größe einer Population sowie deren Alters- und Geschlechtsstruktur bestimmt. So können zum Beispiel schädigende Umwelteinflüsse negative Auswirkungen auf die Lebenserwartung haben. Demgegenüber können besonders gesunde Lebensweisen oder eine gut ausgebaute ärztliche Versorgung die Lebenserwartung einer Population positiv beeinflussen.

Art und Größe der Einflussfaktoren häufig nicht bekannt

Darüber hinaus dürften zahlreiche weitere Faktoren auf die Sterblichkeit einwirken, die hinsichtlich ihrer Art oder in Bezug auf das Ausmaß ihres Einflusses gar nicht bekannt sind oder zumindest nicht genau spezifiziert werden können.

Damit ist die registrierte Zahl der Gestorbenen das mehr oder weniger zufällige Ergebnis des Zusammenwirkens einer Vielzahl von Einflussfaktoren.

Dies bedeutet zugleich, dass beim Vergleich der Sterblichkeit von Populationen – auch auf der Grundlage altersstandardisierter Mortalitätsraten – „kleinere“ Differenzen noch nicht auf tatsächliche Unterschiede in der Sterblichkeit hindeuten müssen. Doch ab wann kann ein in den standardisierten Mortalitätsraten festgestellter Unterschied als gesichert angesehen werden?

Die Beantwortung der Frage, ab wann eine beobachtete Differenz nicht mehr nur zufällig ist, hängt von mehreren Faktoren ab (siehe Textkasten „Standardisierung und Signifikanz“). Ein Instrument zur Ermittlung statistisch signifikanter Unterschiede stellt die statistische Methodenlehre mit der Konstruktion von Konfidenzintervallen bereit.

Dabei wird unterstellt, dass eine bestimmte Mortalitätsrate nur zufällig den beobachteten Wert angenommen hat; bei einer etwas anders gelagerten Konstellation der Zufallseinflüsse hätte sich auch ein anderer Wert – mehr oder weniger in der Nähe des Beobachtungswertes – ergeben können. Ein Konfidenzintervall gibt einen ganzen Bereich für eine Mortalitätsrate an, dessen Mitte der beobachtete Wert ist. Zwei altersstandardisierte Sterberaten werden dann als – statistisch gesichert – unterschiedlich angesehen, wenn sich deren Konfidenzintervalle nicht überschneiden.

Statistisch signifikante Unterschiede können umso eher festgestellt werden, je kleiner die relevanten Konfidenzintervalle sind, denn umso geringer ist die „Gefahr“, dass sich diese überschneiden.

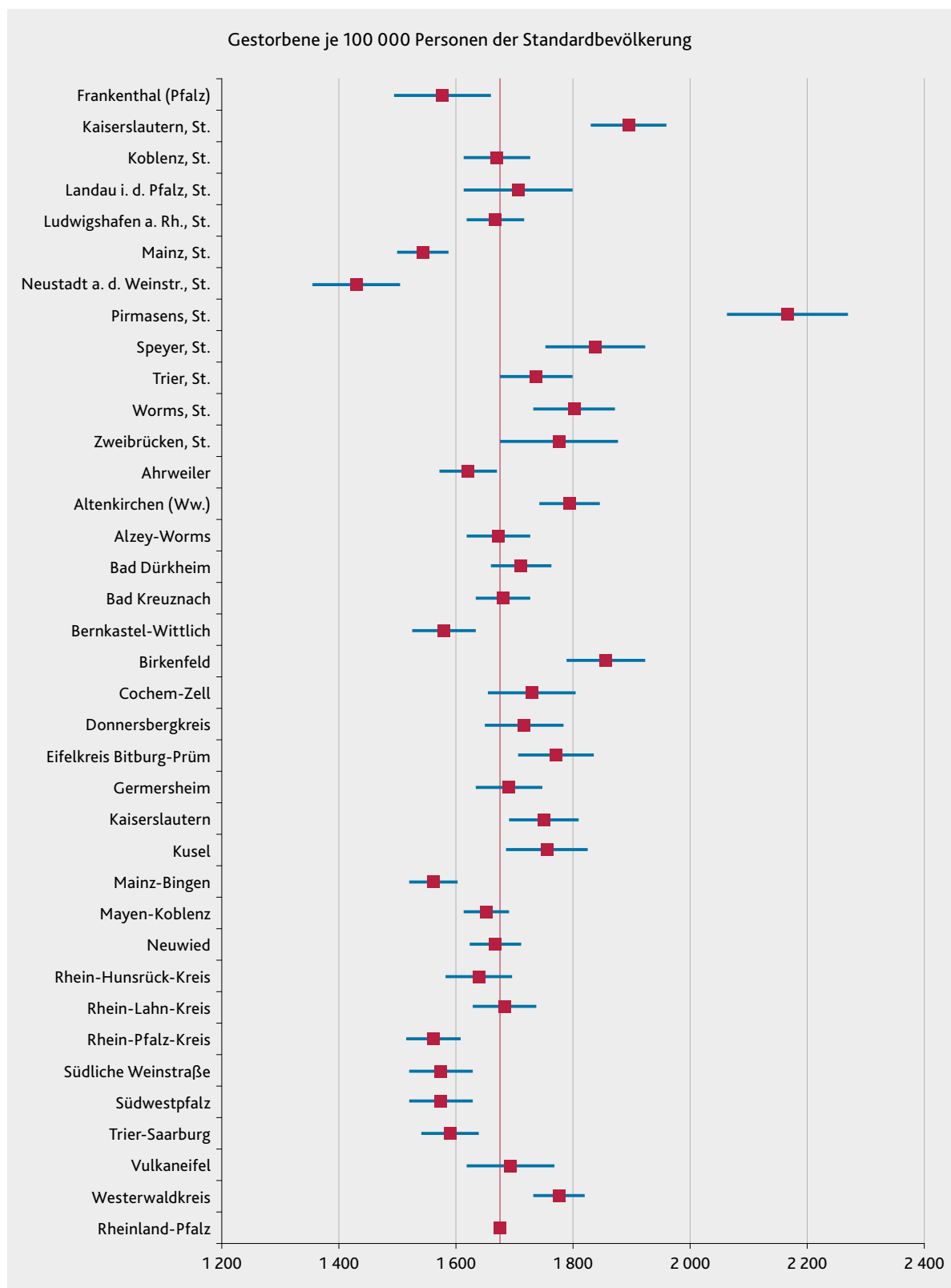
Je mehr Werte einer Analyse zugrunde gelegt werden, umso kleiner sind tendenziell die daraus abgeleiteten Intervalle und umso treffsicherer sind die Aussagen. Das heißt, die Zusammenfassung der Beobachtungen

Unterschiedliche Mortalitätsraten belegen nicht zwingend Sterblichkeitsunterschiede

Signifikante Unterschiede

G 3

### Konfidenzintervalle für standardisierte Mortalitätsraten 2009–2011 nach Verwaltungsbezirken





aus mehreren Kalenderjahren ermöglicht schärfere Aussagen und damit sind eher signifikante (regionale) Unterschiede feststellbar.

### Regionale Gesamtsterblichkeit

Signifikant größer als im Land ist Sterblichkeit in zehn Gebieten

Zur Beurteilung regionaler Sterblichkeitsunterschiede ohne Differenzierung nach Todesursachen wurde eine Zusammenfassung der drei Kalenderjahre 2009 bis 2011 vorgenommen.

Danach ist die Sterblichkeit signifikant größer als im Landesdurchschnitt in den kreisfreien Städten

- Kaiserslautern,
  - Pirmasens,
  - Speyer und
  - Worms
- sowie den Landkreisen
- Altenkirchen (Westerwald),
  - Birkenfeld,
  - Westerwaldkreis,
  - Eifelkreis Bitburg-Prüm,
  - Kaiserslautern und
  - Kusel.

... signifikant kleiner in neun Gebieten

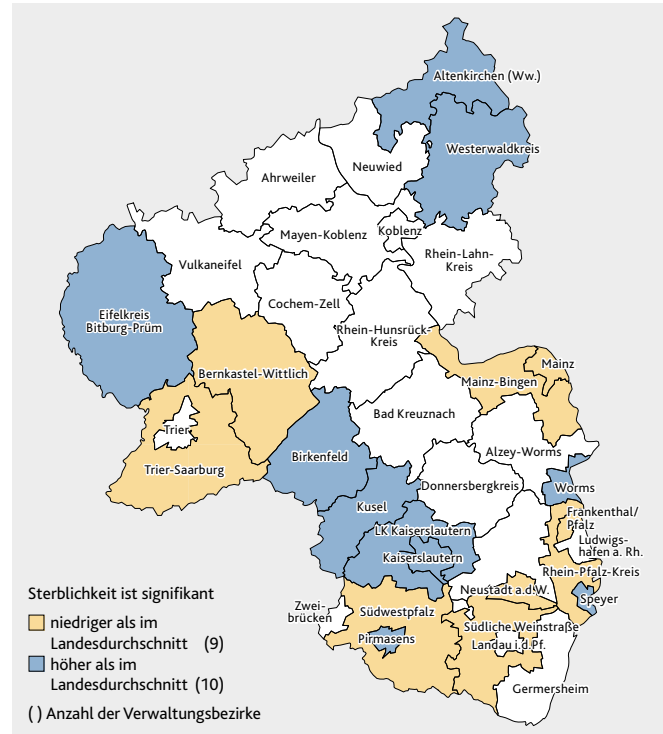
Signifikant unter dem Landesdurchschnitt liegt sie hingegen in den kreisfreien Städten

- Frankenthal (Pfalz),
  - Mainz und
  - Neustadt an der Weinstraße
- sowie in den Landkreisen
- Bernkastel-Wittlich,
  - Trier-Saarburg,
  - Südliche Weinstraße,
  - Rhein-Pfalz-Kreis,
  - Mainz-Bingen und
  - Südwestpfalz.

Für die anderen 17 kreisfreien Städte bzw. Landkreise ergaben sich auf der Grundlage des Drei-Jahres-Durchschnitts keine signifikanten Abweichungen gegenüber dem Land.

K 1

### Sterblichkeit im Regionalvergleich 2009–2011 Gestorbene insgesamt



Besonders prägnant ist die weit über dem Landesdurchschnitt liegende Sterblichkeit in der Stadt Pirmasens, die nicht nur signifikant über dem Landesdurchschnitt, sondern über den Werten aller anderen kreisfreien Städte und Landkreise liegt.

Pirmasens hat mit Abstand höchste Sterblichkeit, Neustadt an der Weinstraße die niedrigste

Demgegenüber zeichnet sich Neustadt an der Weinstraße durch die landesweit niedrigste Sterblichkeit aus.

Die kartografische Darstellung veranschaulicht geografisch zusammenhängende Strukturen. Danach liegt in großen Teilen der Pfalz sowie im Norden des Landes (Landkreis Altenkirchen, Westerwaldkreis) eine tendenziell höhere Sterblichkeit vor.

In der Pfalz tendenziell höhere Sterblichkeit

Die zusammenfassende Betrachtung für drei Kalenderjahre hatte in erster Linie das Ziel, Zufallsschwankungen zu reduzieren. Dabei war in Kauf zu nehmen, dass Veränderungen

Regionale Strukturen im Zeitablauf konstant

## T 2

## Gestorbene 2011 und signifikante Abweichungen vom Landesdurchschnitt nach ausgewählten Todesursachen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Gestorbene insgesamt	Krankheiten des Kreis- laufsystems	Bösartige Neubil- dungen	Krankheiten des Atmungs- systems	Krankheiten des Verdau- ungssystems	Stoffwechsel- krankheiten	Verletzungen und Vergiftungen
Anzahl bzw. signifikante Abweichung vom Landesdurchschnitt (+/-) <sup>1</sup>							
Frankenthal (Pfalz)	515 -	207 -	118	36	36 +	20	18
Kaiserslautern, St.	1 189 +	471 +	268	88 +	74 +	50	53 +
Koblenz, St.	1 228	517	301	78	57	38 -	32
Landau i. d. Pfalz, St.	443	169	101	39	18	21	20
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 666	629 -	457	102	78 +	75	48
Mainz, St.	1 657 -	596 -	437 -	116 -	83 -	66 -	66
Neustadt a. d. Weinstr., St.	594 -	230 -	150 -	38	20	13 -	26
Pirmasens, St.	661 +	267 +	167 +	38 +	28 +	26 +	18
Speyer, St.	605 +	250 +	149	43	33 +	23 +	10
Trier, St.	1 073	411 -	320 +	58	50	51	43
Worms, St.	866 +	349 +	220	46	49 +	38	29
Zweibrücken, St.	445	192 +	108	27	19	20	12
Ahrweiler	1 501	630 -	379	83	60 -	49	42 -
Altenkirchen (Ww.)	1 629 +	725 +	378	141 +	76	62	44
Alzey-Worms	1 279	530	323	73	48	64 +	48
Bad Dürkheim	1 587	633	399	116	75	50 -	49
Bad Kreuznach	1 774	698	477	110	77	78 +	62
Bernkastel-Wittlich	1 182 -	485	297	82	53	56	44
Birkenfeld	1 100 +	488 +	258 +	57 +	53 +	59 +	32
Cochem-Zell	793	355	191	47	39	39	18
Donnersbergkreis	811	336 +	181	57	43	40	25
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 157 +	511 +	299	60	49	42	43
Germersheim	1 133	450 +	302	48 -	55	62 +	42
Kaiserslautern	1 182 +	525 +	275	85 +	52 +	59	25
Kusel	889 +	388 +	218	53	47	32	18
Mainz-Bingen	1 813 -	729 -	475 -	93 -	76	100	73 -
Mayen-Koblenz	2 162	906	557	159 +	109 -	59 -	65
Neuwied	2 020	821 -	514	148	74 -	74 -	61
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 172	493	279	67	53 -	58	29
Rhein-Lahn-Kreis	1 446	618	356	89	74	63	40
Rhein-Pfalz-Kreis	1 489 -	639 -	375 -	82 -	65	68	38
Südliche Weinstraße	1 157 -	468 -	307 -	64 -	59	44	46
Südwestpfalz	1 104 -	448	284 -	69 -	48	57	42
Trier-Saarburg	1 420 -	580	376	81 -	61 -	59	51
Vulkaneifel	711	291	182	46 +	26 -	31	19
Westerwaldkreis	2 192 +	924 +	535	140 +	97	99	89
Rheinland-Pfalz <sup>2</sup>	43 645	17 974	11 013	2 762	2 017	1 856	1 478

1 Signifikante Abweichung der Sterblichkeit vom Landesdurchschnitt im Durchschnitt der Jahre 2009–2011 (Gestorbene insgesamt) bzw. der Jahre 2006–2011 (Gestorbene nach Todesursachen).

- Sterblichkeit ist signifikant niedriger als im Landesdurchschnitt

+ Sterblichkeit ist signifikant höher als im Landesdurchschnitt

2 Die Landeswerte unterscheiden sich aus methodischen Gründen geringfügig von der Summe der Regionalwerte.

im Zeitablauf, die unter Umständen regional unterschiedlich verlaufen, nicht mehr zum Ausdruck kommen. Zur Einschätzung zeitlicher Veränderungen erfolgt ein Vergleich mit den standardisierten Mortalitätsraten für den Zeitraum 2006 bis 2008. Dieser zeigt neben einer im Zeitablauf allgemein sinkenden Sterblichkeit keine wesentlichen Veränderungen in den regionalen Strukturen. Auf eine differenziertere Erörterung sei an dieser Stelle verzichtet, da im Vordergrund der Darstellung die regionale Differenzierung und weniger die zeitliche Entwicklung steht.

### Sterblichkeit nach Todesursachen

Analyse nach  
Todesursachen  
für den Zeitraum  
2006–2011

Während die Betrachtung der Gesamtmortalität durchaus auch kleinere Zeiträume für eine Regionalanalyse zulässt, ist dies bei einer todesursachenspezifischen Differenzierung kaum noch möglich. Insbesondere bei eher seltenen Todesursachen sind die Fallzahlen zu klein und damit die Zufallseinflüsse zu groß, um gesicherte statistische Aussagen zuzulassen. Daher wurde für die Analyse der Sterblichkeit nach Todesursachen der sechs Jahre umfassende Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2011 zugrunde gelegt.

Analyse nach  
19 ICD-Kapiteln

Die Analyse setzt zunächst bei der Unterscheidung der Todesursachen nach den 19 Kapiteln der ICD 10 an (siehe auch Textkasten „Klassifizierung des Todesursachen“). Acht Kapitel weisen nur sehr geringe Fallzahlen auf; die Regionalanalyse ergibt hier keinerlei statistisch gesicherte Unterschiede. Auf eine weitere Betrachtung wird daher verzichtet. Darüber hinaus werden im Folgenden weitere Todesursachenkapitel mit geringeren Häufigkeiten ausgeschlossen, um die Darstellung überschaubar zu halten.

Damit verbleiben für die weitere Betrachtung die sechs Todesursachenkapitel mit den größten Fallzahlen. Diese decken mehr als 85 Prozent der insgesamt Gestorbenen ab. Aus dem Kapitel Neubildungen werden nur die bösartigen Neubildungen (Krebs) betrachtet, die über 95 Prozent der Fallzahlen des gesamten Kapitels ausmachen.

Darstellung  
für sechs  
ICD-Kapitel

### Regionale Unterschiede bei bestimmten Todesursachen

Herz-Kreislauferkrankungen sind die mit Abstand häufigste Todesursache. Die absoluten Gestorbenenzahlen auf Kreisebene, die in erster Linie durch den Bevölkerungsumfang bestimmt werden, bewegen sich für das Jahr 2011 zwischen 169 (Landau in der Pfalz) und 924 (Westerwaldkreis).

Kreislauffer-  
krankungen:  
häufigste  
Todesursache

Die regionale Analyse für den Zeitraum 2006 bis 2011 ergab altersstandardisierte Sterberaten mit einer Bandbreite von 1088 für Mainz bis 1686 für Pirmasens (Land: 1317). Für 13 kreisfreie Städte bzw. Landkreise wurden signifikant über dem Landesdurchschnitt liegende Sterblichkeiten errechnet, in zehn Fällen konnte auf Grundlage der für die Mortalitätsraten ermittelten Konfidenzintervalle eine signifikant geringere Sterblichkeit nachgewiesen werden.

Die kartografische Darstellung zeigt ausgeprägte Unterschiede: In eher städtisch strukturierten Gebieten ist das Risiko, an einer Kreislauferkrankung zu sterben, offenbar deutlich niedriger als in ländlichen Regionen.

Stadt-Land-  
Unterschiede  
bei Kreislaufer-  
erkrankungen

Diese geografischen Unterschiede sind grundsätzlich auch bei einer differenzierteren Analyse der Todesursachen innerhalb dieses ICD-Kapitels zu verzeichnen. Dies ist bei den zerebrovaskulären (die Hirn-

durchblutung betreffenden) Krankheiten, zu denen der Schlaganfall rechnet, der Fall. Und dies gilt auch für die ischämischen Herzkrankheiten, deren wichtigste Einzelpositionen der Herzinfarkt und die koronaren Herzkrankheiten sind.

Regionale Unterschiede bei Krebserkrankungen geringer

Bei den bösartigen Neubildungen ergibt sich demgegenüber ein ganz anderes Bild: Trotz relativ hoher Fallzahlen sind in deutlich weniger Fällen gesicherte regionale Unterschiede nachweisbar: Die Variationsbreite der Mortalitätsraten ist mit Werten zwischen 892 (Südliche Weinstraße.) und 1289 (Pirmasens) deutlich kleiner als bei den Krankheiten des Kreislaufsystems.

Beeinflusst ärztliche Versorgung die Sterblichkeit?

Eine mögliche Ursache für diesen grundlegenden Unterschied bei Kreislauferkrankungen und Neubildungen könnte in einer unter Umständen regional unterschiedlichen ärztlichen Versorgung liegen. So gehören zu den Krankheiten des Kreislaufsystems mit Schlaganfall und Herzinfarkt Krankheiten, die häufig eine akute ärztliche Notfallversorgung erfordern, die in weniger dicht besiedelten Gebieten mitunter nicht im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung steht.

Klares geografisches Verteilungsmuster bei Krankheiten des Atmungssystems ...

Für die weiteren Todesursachenkapitel ist – in der Reihenfolge der Häufigkeit des Auftretens – festzuhalten: Bei einem Landeswert von 234 liegen die standardisierten Mortalitätsraten bei **Krankheiten des Atmungssystems** zwischen 172 (Landkreis Germersheim) und 305 (Vulkaneifel). Die Todesfälle weisen hier ein relativ klares geografisches Verteilungsmuster auf. Eine Sterblichkeit unter dem Landesdurchschnitt weisen vier benachbarte Landkreise im Süden des Landes sowie die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen – aber auch der Kreis Trier-Saarburg – auf. Dagegen haben unter anderem vier Landkreise im

## Klassifizierung der Todesursachen

Die Todesursachen werden nach einem international vergleichbaren System verschlüsselt. Diese „Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme“ wird von der Weltgesundheitsorganisation herausgegeben. Seit 1998 findet die zehnte revidierte Fassung (ICD 10) Anwendung.<sup>1</sup> Hieran orientiert sich auch die zeitliche Abgrenzung des Betrachtungszeitraums in diesem Beitrag.

Die Klassifizierung der Todesursachen ist hierarchisch nach fünf Ebenen mit unterschiedlichen Differenzierungsgraden aufgebaut. Zentrales Untergliederungselement sind dreistellige Kategorien, die zu sogenannten Gruppen und Kapiteln zusammengefasst werden.

Die Kapitel sind:

- Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten (A00-B99)
- Neubildungen (C00-D48)
- Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe (D50-D89)
- Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten (E00-E90)
- Psychische und Verhaltensstörungen (F00-F99)
- Krankheiten des Nervensystems (G00-G99)
- Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde (H00-H59)
- Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes (H60-H95)
- Krankheiten des Kreislaufsystems (I00-I99)
- Krankheiten des Atmungssystems (J00-J99)
- Krankheiten des Verdauungssystems (K00-K93)
- Krankheiten der Haut und der Unterhaut (L00-L99)
- Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes (M00-M99)
- Krankheiten des Urogenitalsystems (N00-N99)
- Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (O00-O99)
- Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben (P00-P96)
- Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien (Q00-Q99)
- Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind (R00-R99)
- Verletzungen und Vergiftungen (S00-T98)

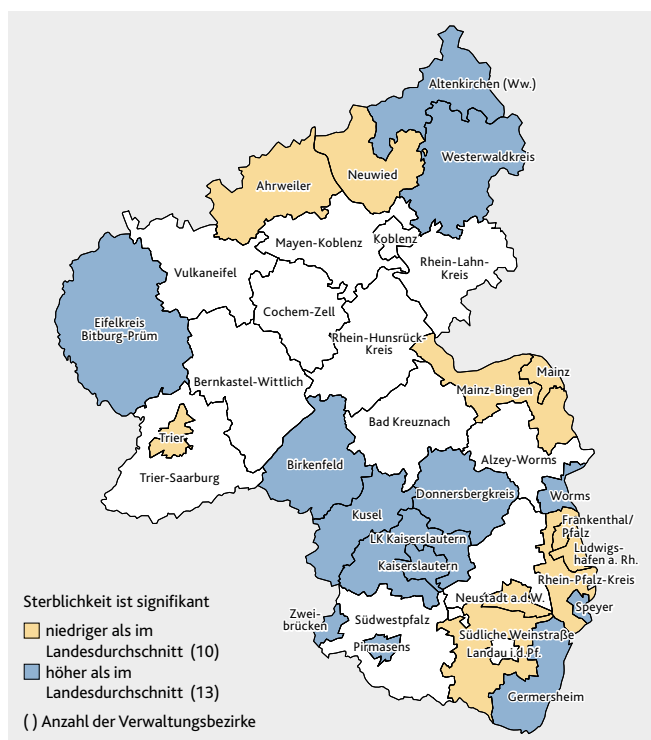
Die bösartigen Neubildungen (C00-C97) sind Teil des zweiten Kapitels. Der Diabetes mellitus (E10-E14) stellt eine Gruppe aus dem vierten Kapitel dar. Spezielle Dreisteller aus dem neunten Kapitel sind der Akute Myokardinfarkt (I21) und der Schlaganfall (I64).

Todesfälle, die dem letzten ICD-Kapitel (S00-T98) zugeordnet sind, werden zusätzlich nach ihrem äußeren Einfluss signiert. Hierzu zählt z. B. die Position Vorsätzliche Selbstbeschädigung (X60-X84).

<sup>1</sup>ICD ist die Abkürzung für International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems.

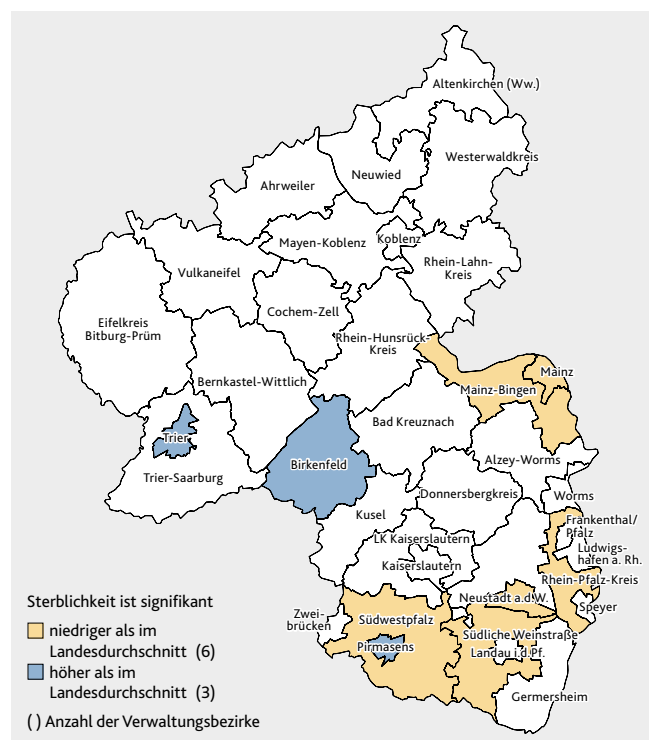
K 2

### Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011 Krankheiten des Kreislaufsystems



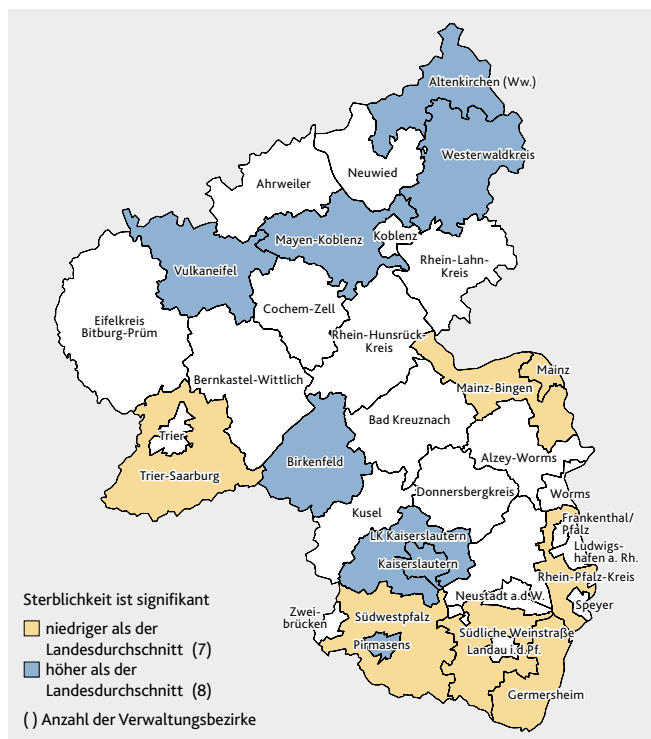
K 3

### Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011 Bösartige Neubildungen



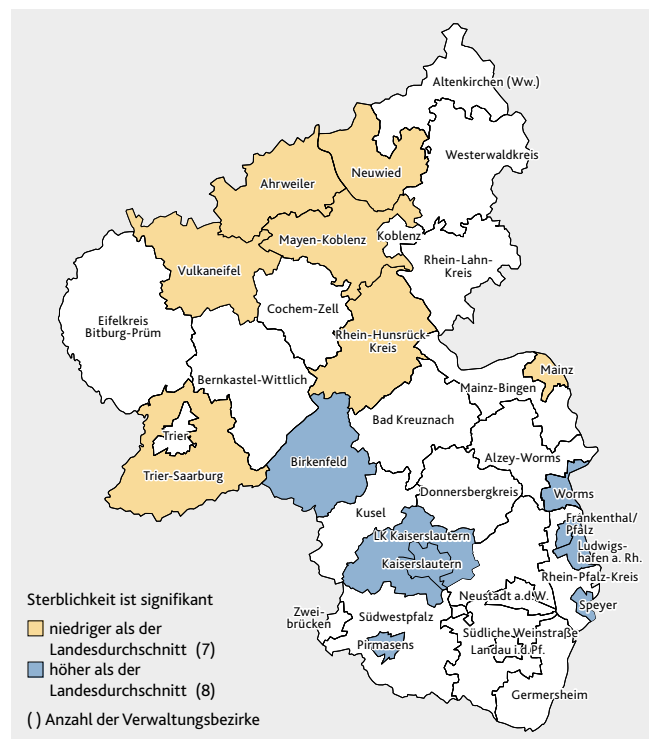
K 4

### Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011 Krankheiten des Atmungssystems

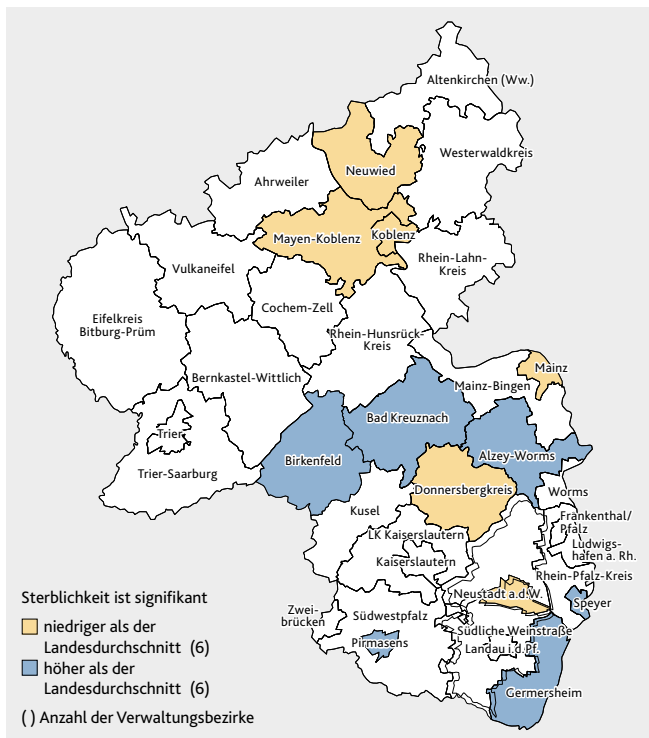


K 5

### Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011 Krankheiten des Verdauungssystems



K 6

Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011  
Stoffwechselkrankheiten

Norden des Landes (Altenkirchen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz, Vulkaneifel) signifikant höhere Werte als der Landesdurchschnitt.

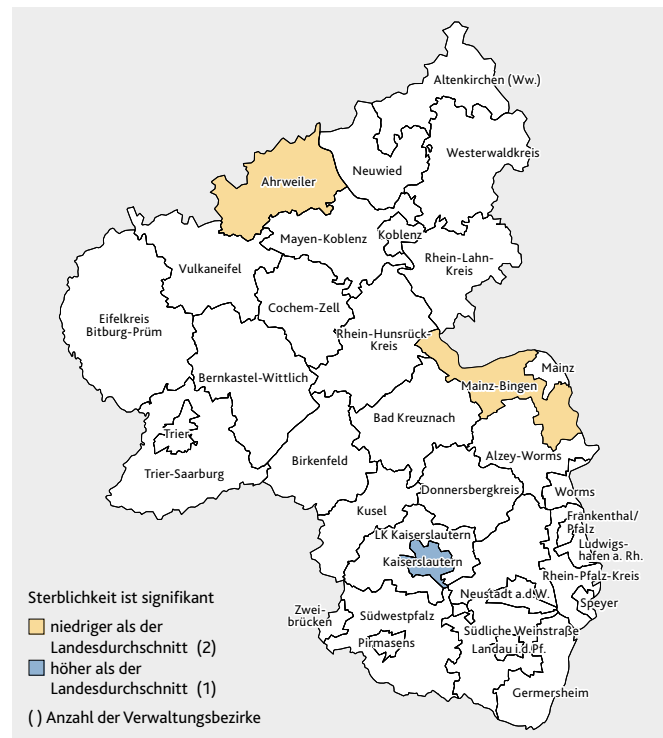
... und auch bei  
Krankheiten des  
Verdauungs-  
systems ...

Auch bei den **Krankheiten des Verdauungssystems** zeigt sich ein klares geografisches Verteilungsmuster. Die standardisierten Mortalitätsraten bewegen sich zwischen 127 (Vulkaneifel) und 255 (Speyer), bei einem Landeswert von 176. Die acht Gebiete mit signifikant überdurchschnittlicher Sterblichkeit liegen alle in der südlichen Landeshälfte. Fünf der sieben Gebiete mit unterdurchschnittlicher Sterblichkeit bilden ein zusammenhängendes Gebiet in der nördlichen Landeshälfte.

... sowie bei  
Stoffwechsel-  
krankheiten

Bei **Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten** lässt sich ebenfalls eine recht deutliche regionale Struktur erkennen: alle

K 7

Sterblichkeit im Regionalvergleich 2006–2011  
Verletzungen und Vergiftungen

Gebiete mit überdurchschnittlicher Sterblichkeit liegen in der südlichen Landeshälfte. In dieses Todesursachenkapitel fällt mit einem Anteil von fast 90 Prozent der Gestorbenen auch der Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit). Bei einer landesweiten Mortalitätsrate von 98 liegen die Werte auf Kreisebene zwischen 64 (Neustadt an der Weinstraße) und 155 (Pirmasens).

Bei den Todesfällen durch **Verletzungen und Vergiftungen** ist die Zahl der kreisfreien Städte und Landkreise mit einer vom Land signifikant abweichenden Sterblichkeit gering. Zwei Gebiete unterscheiden sich signifikant positiv und ein Gebiet negativ vom Land. Die Sterberate für Rheinland-Pfalz liegt bei 152, die regional differenzierten Werte erstrecken sich über einen Bereich von 120 (Landkreis Ahrweiler) bis 193 (Stadt Kaiserslautern).

Wenig regionale  
Diskrepanzen  
bei Verletzungen



### Differenziertere regionale Analyse der Todesursachen möglich

Breite Daten-  
grundlage  
erforderlich

Die bisherige Darstellung setzte bei der Gliederung nach den 19 Kapiteln der ICD 10 an. Prinzipiell ist es möglich, eine regionale Analyse auch in einer weitergehenden Differenzierung – beispielsweise nach den mehr als 200 sogenannten Hauptgruppen oder für ausgewählte einzelne Todesursachen – vorzunehmen. Dies erfordert jedoch jeweils hinreichende Fallzahlen, die eine Beurteilung dahingehend ermöglichen, inwieweit Unterschiede in den absoluten Werten nur zufällig oder aber statistisch signifikant sind.

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die vier häufigsten Formen bösartiger Neubildungen (zusammen 70 Prozent aller Krebssterbefälle) sowie zwei weitere spezielle Todesursachen. Die Analyse regionaler Diskrepanzen erfolgt wiederum auf der Grundlage der Daten für die Jahre 2006 bis 2011. Auf eine grafische oder tabellarische Darstellung der Ergebnisse wird verzichtet.

Bösartige  
Neubildungen  
der Verdauungs-  
organe häufiger  
in Trier und  
Pirmasens

**Bösartige Neubildungen** waren im Jahr 2011 für 11 065 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer die Ursache für den Tod. Darunter waren Neubildungen der Verdauungsorgane mit 3 523 Fällen am häufigsten vertreten. Im Hinblick auf regionale Unterschiede weisen nur die Städte Trier und Pirmasens signifikant über dem Landesdurchschnitt liegende Sterberaten auf.

Große regionale  
Unterschiede bei  
Neubildungen  
der Atmungs-  
organe

Bösartige Neubildungen der **Atmungsorgane** (2 415 Fälle) zeigen dagegen für zahlreiche Landkreise und kreisfreie Städte statistisch gesicherte Unterschiede zum Landesdurchschnitt. Vorwiegend im südlichen Rheinland-Pfalz ist diese Todesursache offenbar seltener anzutreffen; signifikant

niedrigere Sterberaten als im Landesdurchschnitt lassen sich für Neustadt an der Weinstraße und die Landkreise Südliche Weinstraße sowie Südwestpfalz, aber auch für den Rhein-Hunsrück-Kreis sowie für die Kreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms nachweisen. Dagegen haben vier kreisfreie Städte (Koblenz, Trier, Ludwigshafen am Rhein und Pirmasens) aber auch drei Landkreise (Neuwied, Mayen-Koblenz und Birkenfeld) hier eine über dem Landesdurchschnitt liegende Sterblichkeit aufzuweisen.

Bei den bösartigen Neubildungen des **lymphatischen Gewebes** (923 Fälle) ergibt die Analyse keinerlei Hinweise auf bestehende regionale Diskrepanzen.

Keine Unter-  
schiede bei Neu-  
bildungen des  
lymphatischen  
Gewebes

Dagegen zeigen sich beim **Brustkrebs** als Todesursache (881 Fälle) in der Stadt Trier signifikant höhere Werte als im Land, während die Städte Kaiserslautern und Landau in der Pfalz statistisch gesichert niedrigere Werte aufzuweisen haben.

Brustkrebs  
häufiger in  
Trier

Bislang wurde herausgestellt, dass die Feststellung statistisch signifikanter Unterschiede hinreichend große Fallzahlen verlangt. Die im Folgenden betrachtete Todesursache ist ein Beispiel dafür, dass bei sehr ausgeprägten regionalen Differenzen auch schon kleinere Fallzahlen ausreichen, damit diese als statistisch gesichert angesehen werden können.

Leberkrank-  
heiten häufiger  
in der Pfalz

Im Jahr 2011 gab es 725 Sterbefälle, die auf **Leberkrankheiten** zurückzuführen waren. Die Analyse auf der Grundlage der Daten des Zeitraums von 2006 bis 2011 ergab für fünf Städte altersstandardisierte Sterberaten, die signifikant über dem Landesdurchschnitt lagen: Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Ludwigshafen am Rhein, Speyer und Worms. In der Rangfolge der standardisierten Mor-



talitätsraten finden sich mit Neustadt an der Weinstraße, Landau in der Pfalz und Zweibrücken weitere Städte aus Weinbaugebieten auf den vorderen Rängen. Für diese waren zwar über dem Landesdurchschnitt liegende Werte festzustellen; die wenigen zugrundeliegenden Fälle waren hier aber nicht ausreichend, um die Unterschiede als statistisch gesichert ansehen zu können.

Mehr Suizide in  
Kaiserslautern

Im Jahr 2011 setzten 543 Menschen ihrem Leben aus eigenem Entschluss ein Ende. Regionale Differenzen sind bei diesen sogenannten Todesfällen infolge vorsätzlicher Selbstbeschädigung schwach ausgeprägt. Nur für die Stadt Kaiserslautern errechnet sich eine deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Mortalitätsrate.

### Regionale Sterblichkeitsunterschiede statistisch signifikant

Häufigkeit  
bestimmt  
Nachweis-  
möglichkeit

Auf der Grundlage der Analysen, die diesem Beitrag zugrunde liegen, ist zusammenfassend festzustellen, dass regionale Unterschiede in der Mortalität bestehen und diese als statistisch gesichert gelten können. Dies betrifft sowohl die gesamte als auch die nach einzelnen Todesursachen untergliederte Sterblichkeit. Bei selteneren Todesursachen sind die Möglichkeiten für den Nachweis signifikanter Differenzen jedoch eingeschränkt.

Höchste  
Mortalität in  
Pirmasens

Bei fast allen betrachteten Todesursachen ist für die Stadt Pirmasens die größte oder zumindest eine der größten Mortalitätsraten ermittelt worden. Offenbar treten in

Pirmasens keine bestimmten Todesursachen gehäuft auf, vielmehr schlägt sich die dort allgemein höhere Sterblichkeit auch in einer Untergliederung nach Todesursachen nieder.

Die aufgezeigten regionalen Sterblichkeitsunterschiede sind zunächst nur als rein statistische Zusammenhänge zu sehen. Auch wenn die Ergebnisse als statistisch signifikant anzusehen sind und sich vielfach klare geografische Verteilungsmuster zeigen, ist eine Analyse der Ursachen damit noch nicht erfolgt.

Frage nach den  
Ursachen

Unter Umständen werden auf der Grundlage „allgemeiner Lebenserfahrungen“ schnell Erklärungen gefunden. So wurde schon erwähnt, dass Unterschiede in der ärztlichen Notfallversorgung für regionale Häufungen von Todesfällen aufgrund von Herzinfarkt und Schlaganfall verantwortlich sein können. Hinsichtlich der höheren Sterblichkeit infolge von Lebererkrankungen in pfälzischen Weinbaugebieten kann ein Zusammenhang zur Ernährung bestehen. Eine Analyse der Ursachen, mit dem Ziel, Kausalzusammenhänge aufzuzeigen, muss durch die entsprechenden Fachdisziplinen – wie Medizin und Biologie – erfolgen. Der vorliegende Beitrag soll als Anstoß hierfür verstanden werden.

Ursachen-  
analyse durch  
Fachdisziplinen

Günter Ickler, Diplom-Ökonom,  
leitet das Referat „Bevölkerung,  
Gebiet, Soziale Leistungen, Gesund-  
heit, Rechtspflege“.

# Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

## Gute Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern

ifo Geschäftsklima steigt zum dritten Mal in Folge

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Stimmung weiter verbessert. Im Januar 2013 ist der ifo Geschäftsklimaindex zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der Index erreichte einen Stand von 104,2 Punkten und lag damit um knapp zwei Punkte über dem Wert vom Dezember. Sowohl die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monaten wurden besser beurteilt als noch im Vormonat.

ZEW-Konjunkturerwartungen steigen erneut

Finanzmarktexperten kamen im Januar ebenfalls zu einer besseren Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Die ZEW-Konjunkturerwartungen stiegen um 24,6 Punkte auf einen Wert von +31,5 und damit auf den höchsten Stand seit Mai 2010. Einen wesentlichen Beitrag dazu dürfte die Beruhigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum geleistet haben.

Konsumlaune der Verbraucher verbessert sich

Die Kauflaune der Verbraucher in Deutschland legte leicht zu; im Januar hatte sie sich noch abgeschwächt. Die GfK prognostizierte für Februar 2013 einen Indexwert von 5,8 und damit ein Plus von 0,1 Punkten gegenüber dem Vormonat. Neben verbesserten Konjunkturaussichten legen die Einkommenserwartung und die Konsumneigung der Verbraucher in Deutschland weiter zu.

## Produktion im verarbeitenden Gewerbe sinkt; Auftragseingänge stagnieren

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunktur-

turdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat November einen Produktionsrückgang, der auf die Entwicklung in den Bereichen der Investitionsgüter- und Konsumgüterproduzenten zurückzuführen ist. Die Auftragslage blieb unverändert.

Im Berichtsmonat November 2012 sank der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 0,7 Prozent und signalisierte damit für das verarbeitende Gewerbe insgesamt einen Outputrückgang. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß um 2,4 Prozent.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2011: 56 Prozent). Im November 2012 erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 1,6 Prozent. Im Vergleich zum November 2011 lag der Zuwachs bei 0,1 Prozent. Zuvor hatte sich die Produktion im Vorjahresvergleich seit Oktober 2011 abgeschwächt.

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 26 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang ihrer Produktion um 1,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie ein deutliches Minus (gegenüber November 2011: -12 Prozent).

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 18 Prozent) verringerte sich der berei-

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: -0,7 Prozent

Produktionssteigerung in der Vorleistungsgüterindustrie

nigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 6,7 Prozent. Gegenüber November 2011 stieg der Güterausstoß um 2,2 Prozent.

Erhöhte Produktion in der chemischen Industrie

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 32 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion erhöhte sich im November preis-, kalender- und saisonbereinigt um 7,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier eine Steigerung des Güterausstoßes um 6,8 Prozent.

Von den Investitionsgüterproduzenten bezeichnete der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent) einen Outputrückgang. Im November gab es preis-, kalender- und saisonbereinigt ein Minus von 3,3 Prozent. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß um 20 Prozent sehr kräftig.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, sank die Produktion im November um 2,7 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine deutliche Verringerung um 14 Prozent.

Auftrags-eingänge im verarbeitenden Gewerbe stagnieren

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im November 2012 blieben die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Oktober unverändert. Während die Inlandsnachfrage stieg (+1,6 Prozent), verringerte sich die Auslandsnachfrage (-1,1 Prozent). Im Vorjahresvergleich wurden sowohl weniger Aufträge aus dem Inland (-5,5 Prozent gegenüber November 2011) als auch aus dem Ausland (-2,1 Prozent) verzeichnet. Dadurch gingen im Berichtsmonat insgesamt 3,7 Prozent weniger Aufträge ein als im November 2011.

In der Vorleistungsgüterindustrie (+0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat) und in der Investitionsgüterindustrie (-0,4 Prozent) veränderten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt nur geringfügig. Dagegen verbuchte die Konsumgüterindustrie einen leichten Zuwachs um ein Prozent. Im Vorjahresvergleich erhielten sowohl die Investitionsgüterindustrie (-15 Prozent) als auch die Konsumgüterindustrie (-4,2 Prozent) weniger neue Aufträge. Dagegen stieg die Nachfrage nach Vorleistungsgütern um 6,6 Prozent.

Steigende Aufträge in der Konsumgüterindustrie

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verschlechterung ihrer Auftragslage um 0,6 Prozent. Während sich die Nachfrage aus dem Inland erhöhte (+3,6 Prozent), verringerten sich die Auslandsbestellungen (-2,7 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte kräftig steigende Bestellungen (+11 Prozent).

Sinkende Auftragseingänge in der chemischen Industrie

Im Fahrzeugbau verbesserte sich die Auftragslage im November 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,3 Prozent gegenüber dem Vormonat. Sowohl die Aufträge aus dem Inland (+1,3 Prozent) als auch die aus dem Ausland (+6,8 Prozent) stiegen. Im Vergleich zum November 2011 ergab sich ein Rückgang von 8,5 Prozent.

Nachfrage im Fahrzeugbau verbessert sich

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsminus von 6,3 Prozent. Während sich die Nachfrage aus dem Inland um 5,3 Prozent verbesserte, kam es zu einem kräftigen Rückgang der Auslandsnachfrage (-13 Prozent). Im Vorjahresvergleich gehen die Bestellungen in dieser Branche bereits seit Dezember 2011 zurück (gegenüber November 2011: -22 Prozent).

Maschinenbau: Auftragsminus

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter im Plus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +7,7 Prozent

Im Bauhauptgewerbe ist der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Oktober 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,7 Prozent gestiegen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nehmen bereits seit Januar 2011 ununterbrochen zu.

Auftragseingänge im Hochbau: +1,3 Prozent

Der Hochbau konnte im Oktober 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Auftragszuwachs von 1,3 Prozent verbuchen. Davor hatte es von März bis September Verbesserungen in einem Bereich von 3,1 bis 9,7 Prozent gegeben. Die Zuwächse sind im Wesentlichen auf die gute Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, der weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen und den wachsenden Sorgen um die Geldwertstabilität profitiert. Seit August ist außerdem ein deutliches Auftragsplus im öffentlichen Hochbau festzustellen.

Auftragseingänge im Tiefbau: +14 Prozent

Im Tiefbau kam es nach fünf Monaten mit Auftragsrückgängen zwischen 1,3 und 6,7 Prozent im September 2012 zu einer Verbesserung um 6,4 Prozent im Vorjahresvergleich. Diese Entwicklung verstärkte sich im Oktober 2012 noch einmal deutlich (+14 Prozent). Die Zuwächse gehen in erster Linie auf das starke Plus im Straßenbau zurück.

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um zehn Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator der Baukonjunktur, ist im Oktober 2012 um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Von Mai bis September waren Zuwächse zwischen 6,3 und 13 Prozent registriert worden, nachdem es davor seit Dezember 2011 Rückgänge gegeben hatte.

### Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

**Preisindizes** – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

### Umsatzrückgänge im Einzelhandel und im Gastgewerbe

Der Umsatz im Einzelhandel und im Gastgewerbe entwickelte sich ungünstig. Für den Großhandel und Kfz-Handel liegen aufgrund einer Umstellung der Erhebung für den aktuellen Berichtsmonat keine Werte vor.

Umsatz im Einzelhandel sinkt

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Oktober 2012 zum dritten Mal in Folge einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf (−0,5 Prozent).

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Oktober gegenüber dem Vorjahreswert um 5,7 Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

### Jahresteuerrate im Januar bei 1,7 Prozent

Umstellung des Preisindex auf Basisjahr 2010

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Januar 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent. Nach der Umstellung auf das Basisjahr 2010 liegt damit der Anstieg der Jahresteuerrate erstmals seit Juni 2012 wieder unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke. Im Dezember hatte die Teuerungsrate noch 2,1 Prozent betragen. Im Januar 2013 belief sich der Anstieg der Energiepreise auf 3,8 Prozent. Während die Strompreise um zwölf Prozent anzogen, waren Kraftstoffe nur um 0,7 Prozent teurer als im Januar 2012. Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von 1,3 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+4,1 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Bildungswesen“ (+2,9 Prozent), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,6 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (+2 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (−1,7 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (−3,3 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

### Arbeitslosigkeit im Januar gestiegen

Die Arbeitslosigkeit hat sich in Rheinland-Pfalz im Januar vor allem durch das Zusammentreffen saisonaler Einflüsse und schwindender wirtschaftlicher Auftriebskräfte weiter erhöht. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 123 600 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 15 000 bzw. 14 Prozent mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Januar 2012 hat sich die Arbeitslosenzahl um 5 700 Personen erhöht (+4,8 Prozent).

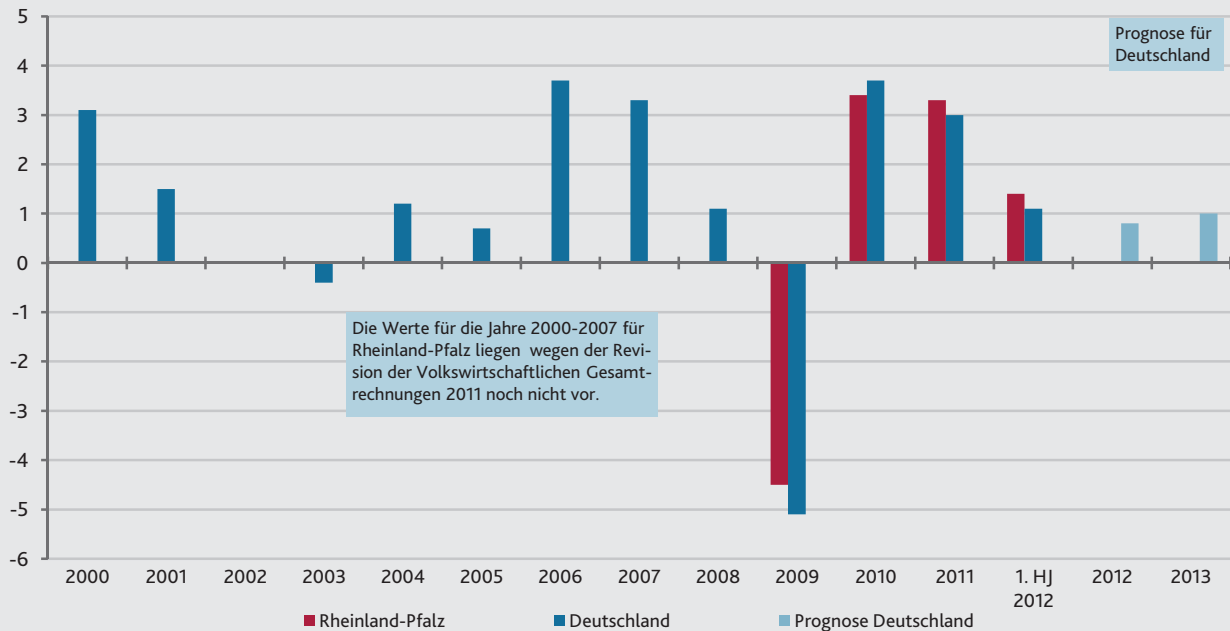
Zahl der Arbeitslosen steigt gegenüber Vormonat um 14 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, stieg im Januar 2013 im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent. Im Januar 2012 hatte sie bei 5,6 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote bei 5,9 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

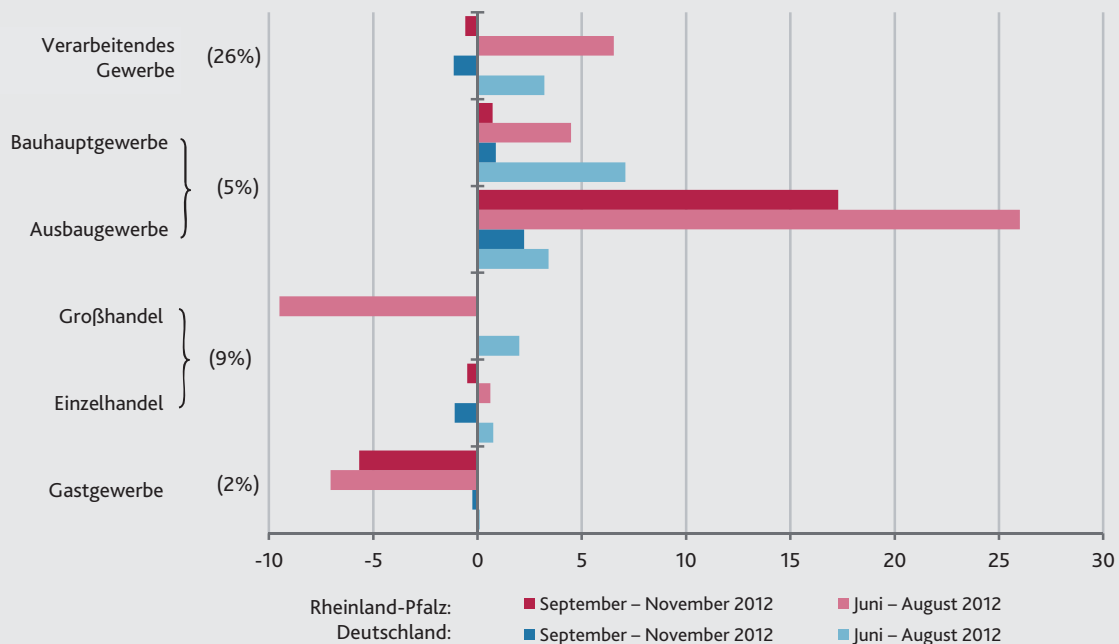
### Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 2000 bis 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2012; 1. HJ 2012 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012; nächster Forschungstermin im März 2013. Quelle Prognosewert 2012/2013: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup> in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte<sup>2,3,4</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

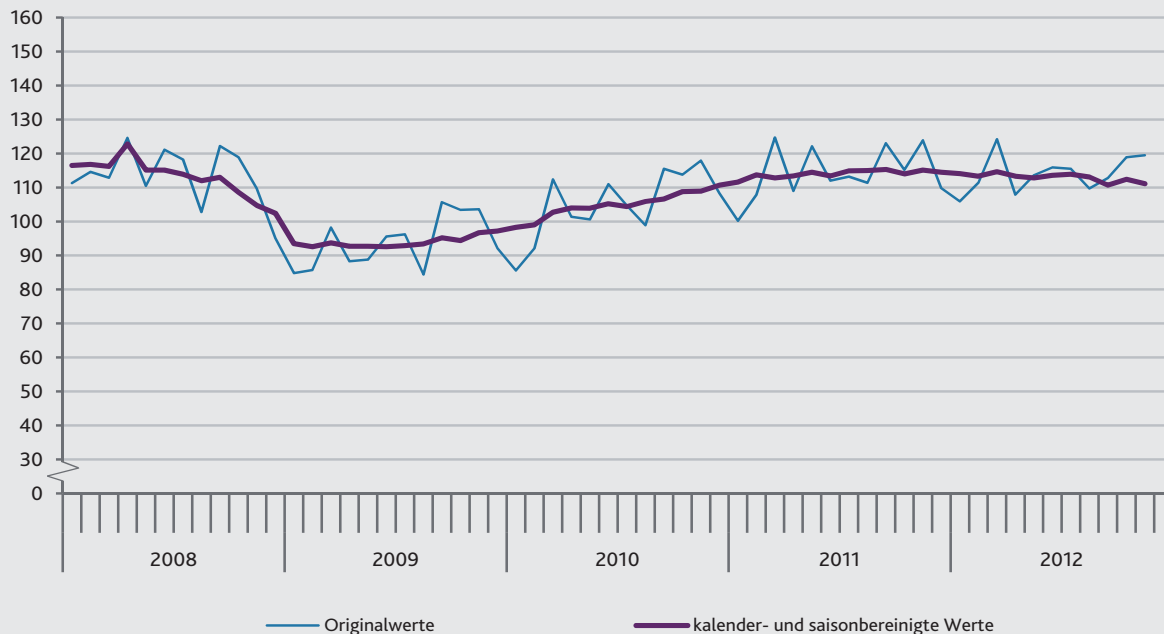


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2011. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – 4 Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

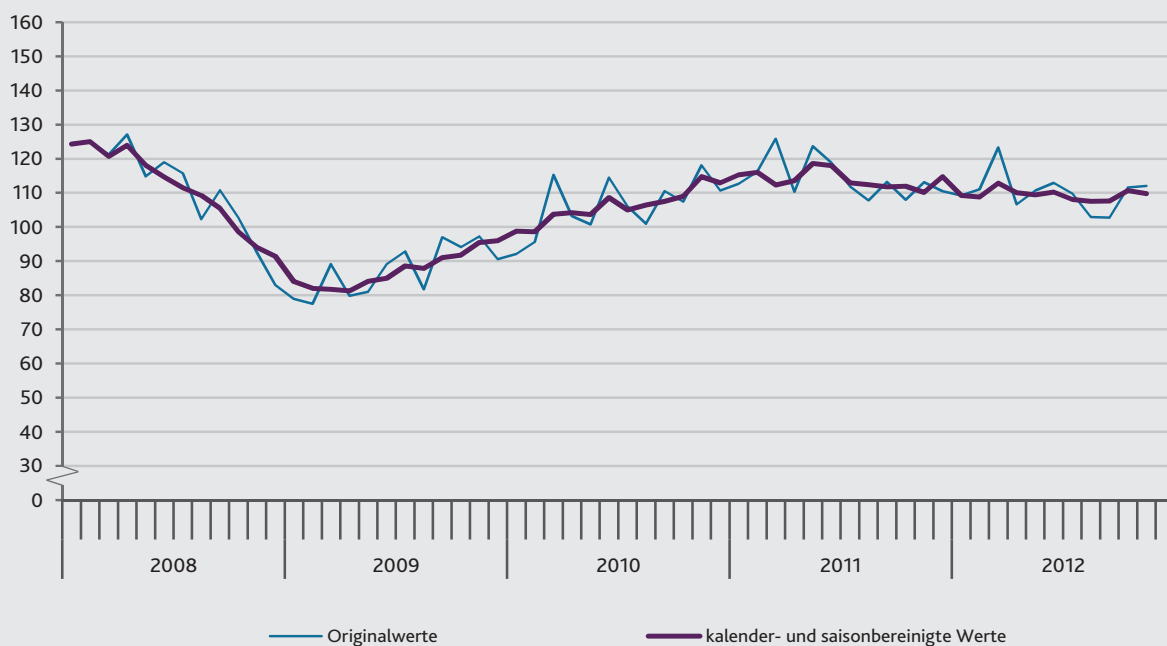
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

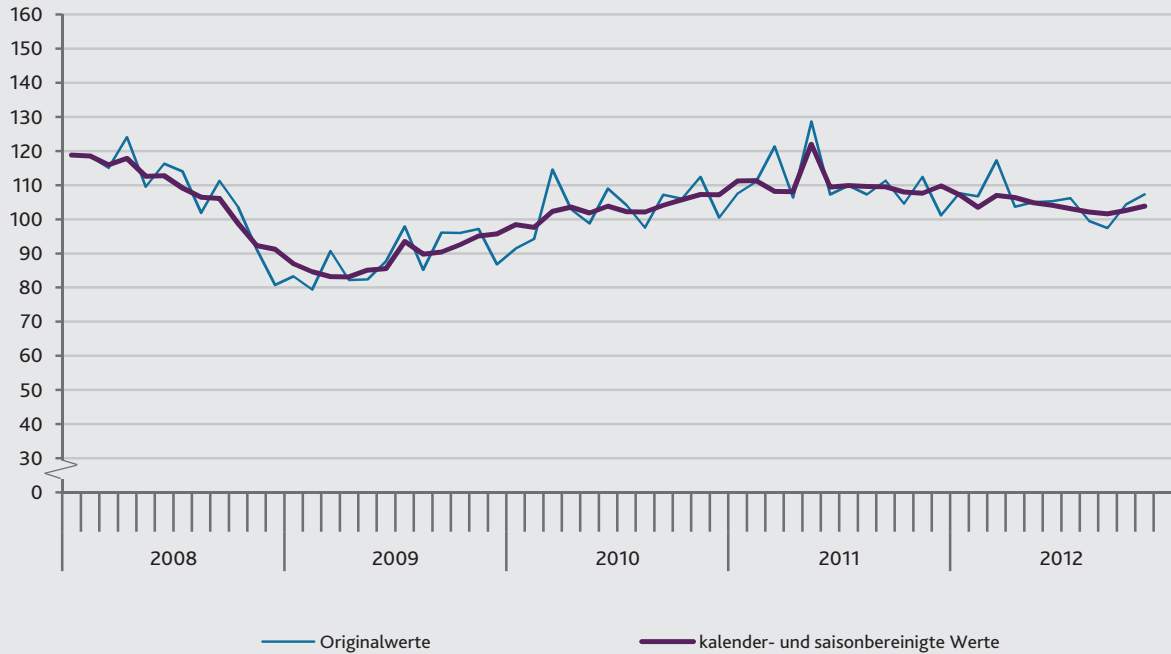


Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

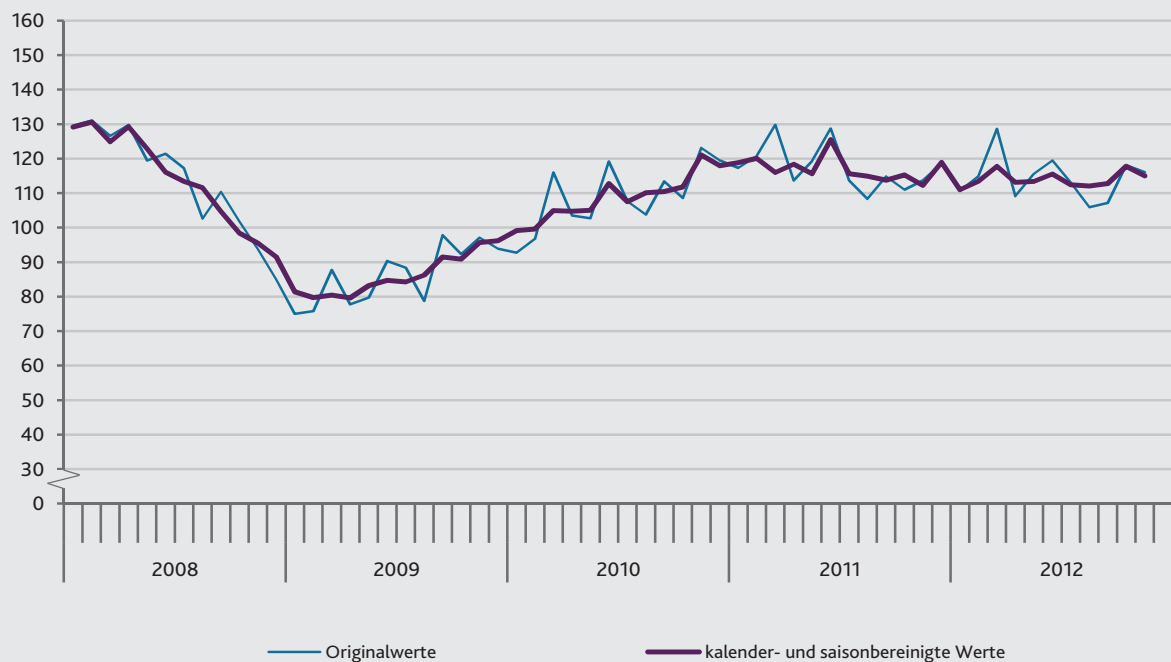
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

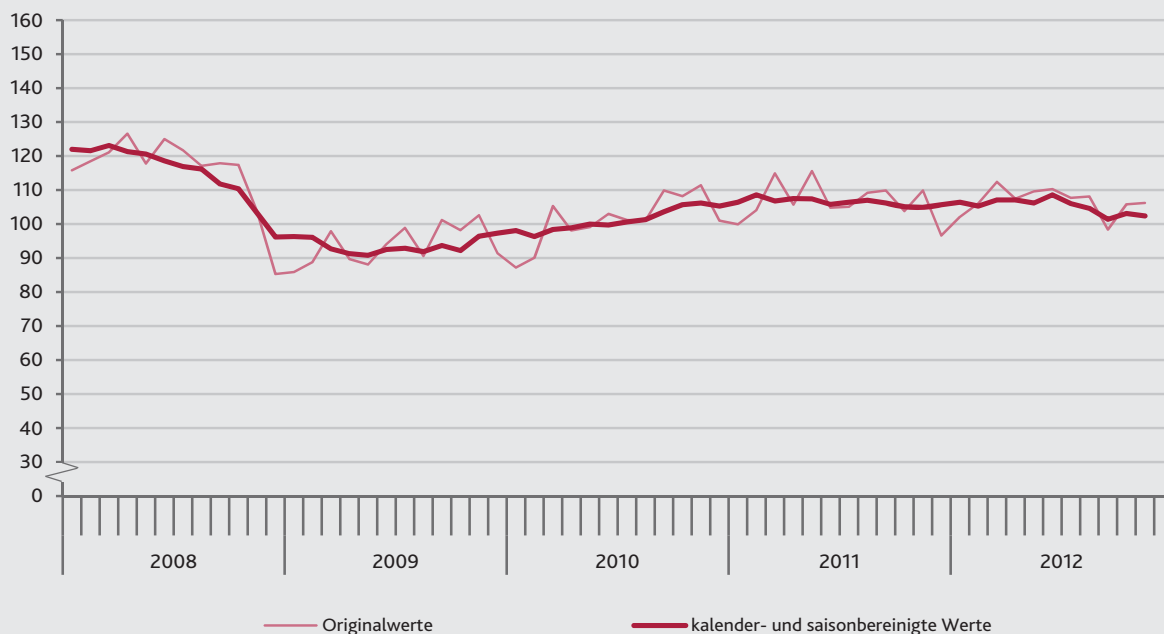
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

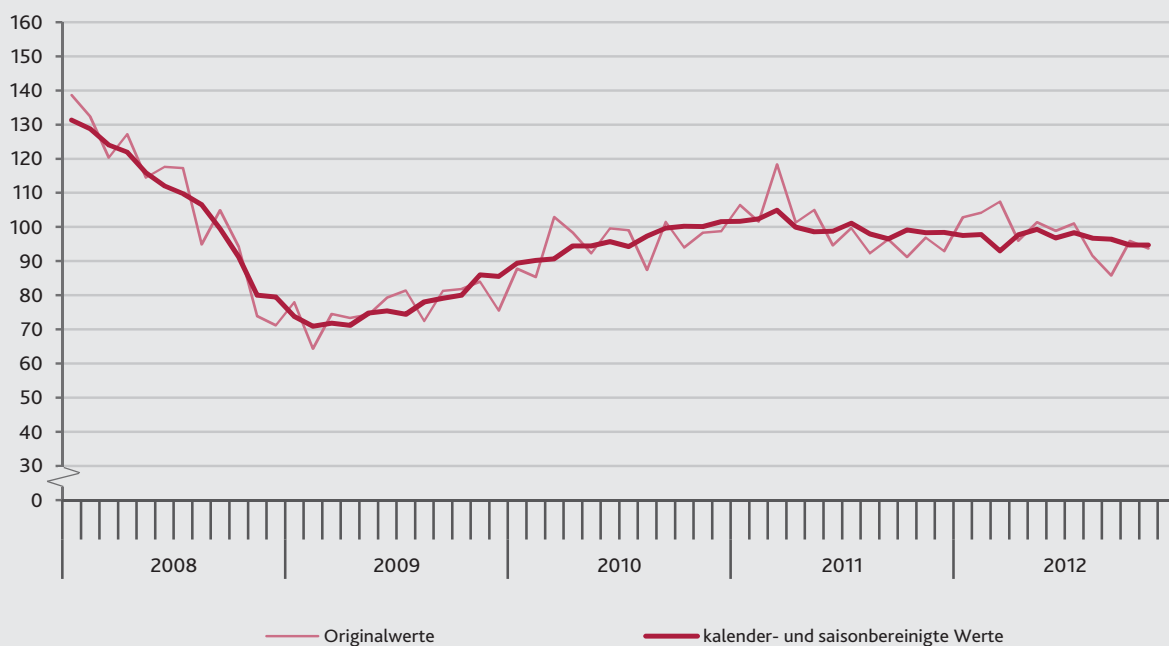
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

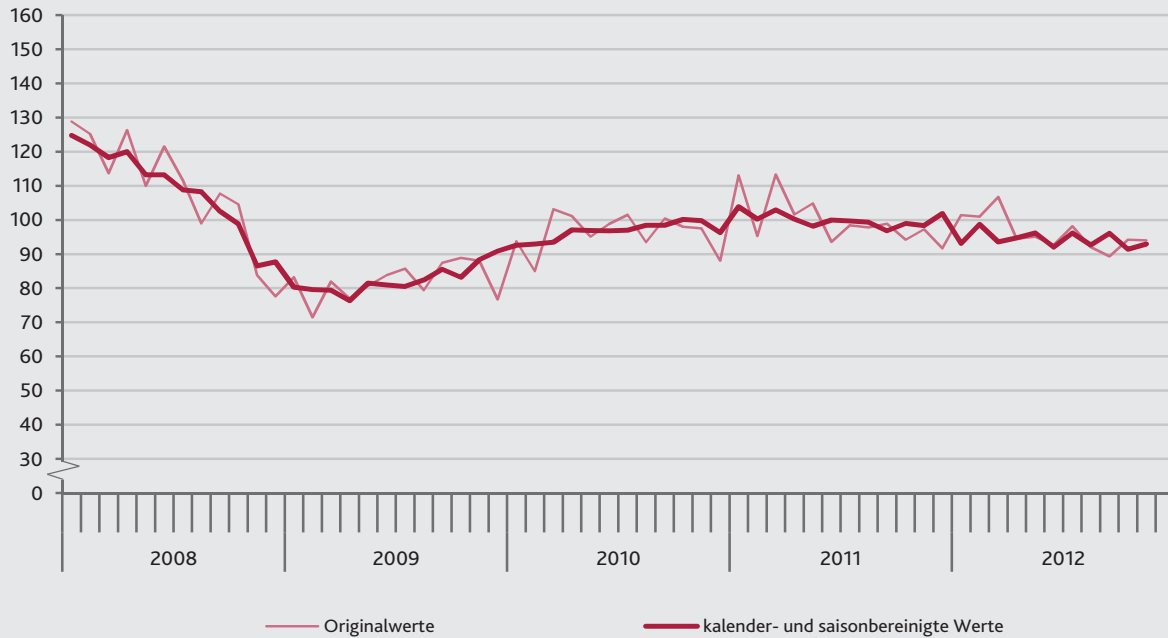
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

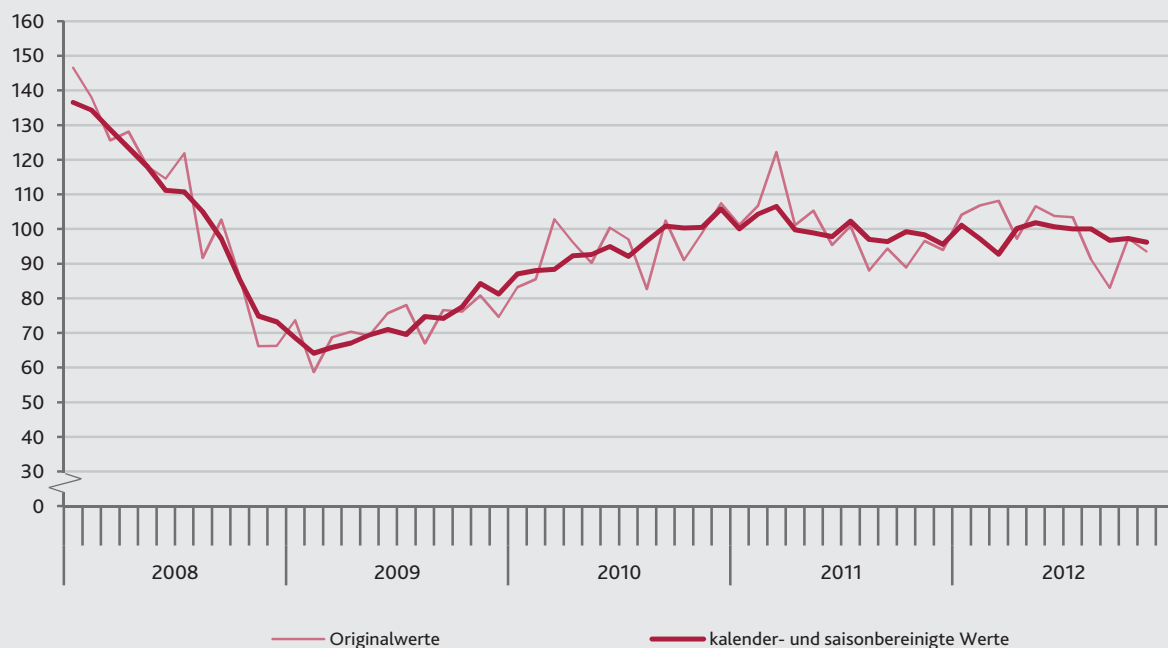
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

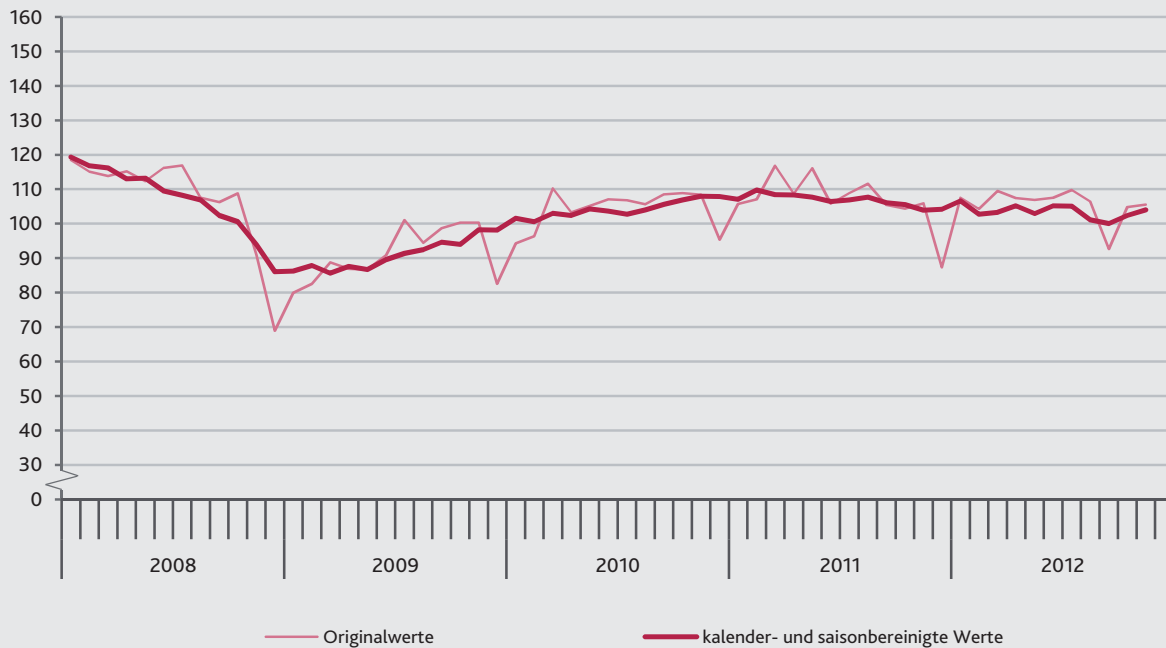
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

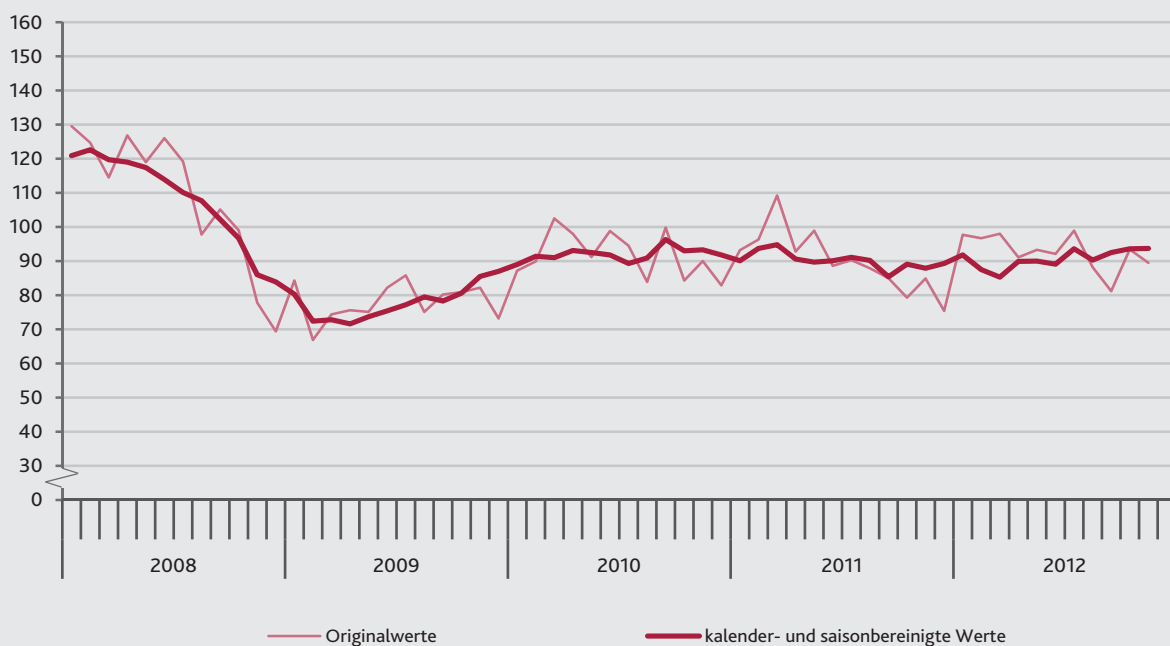
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

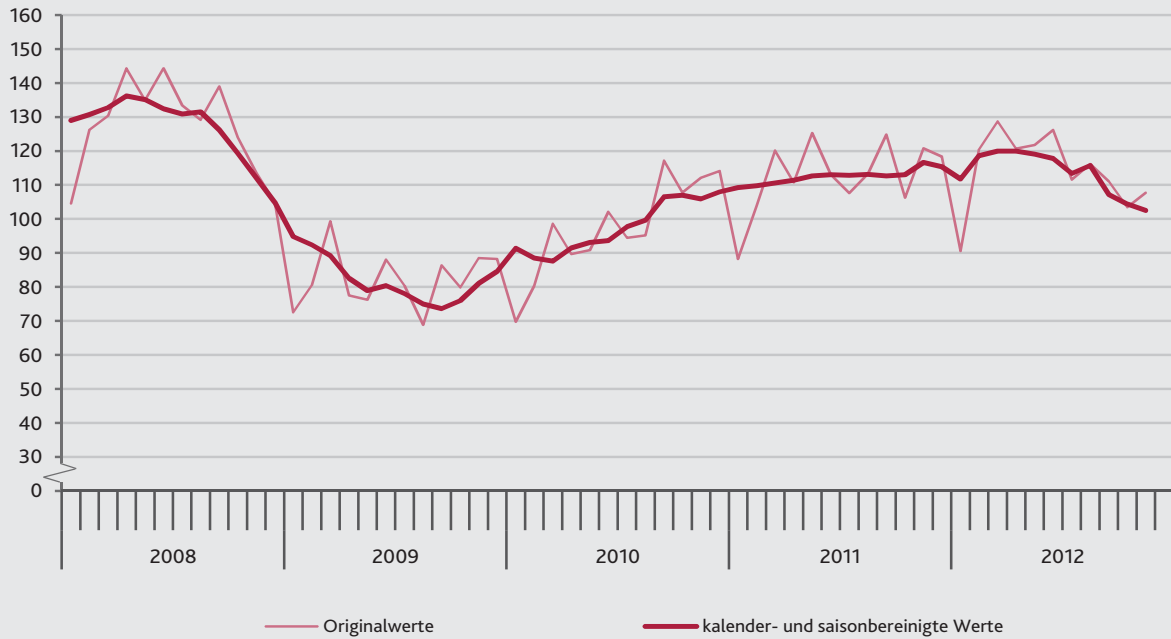
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

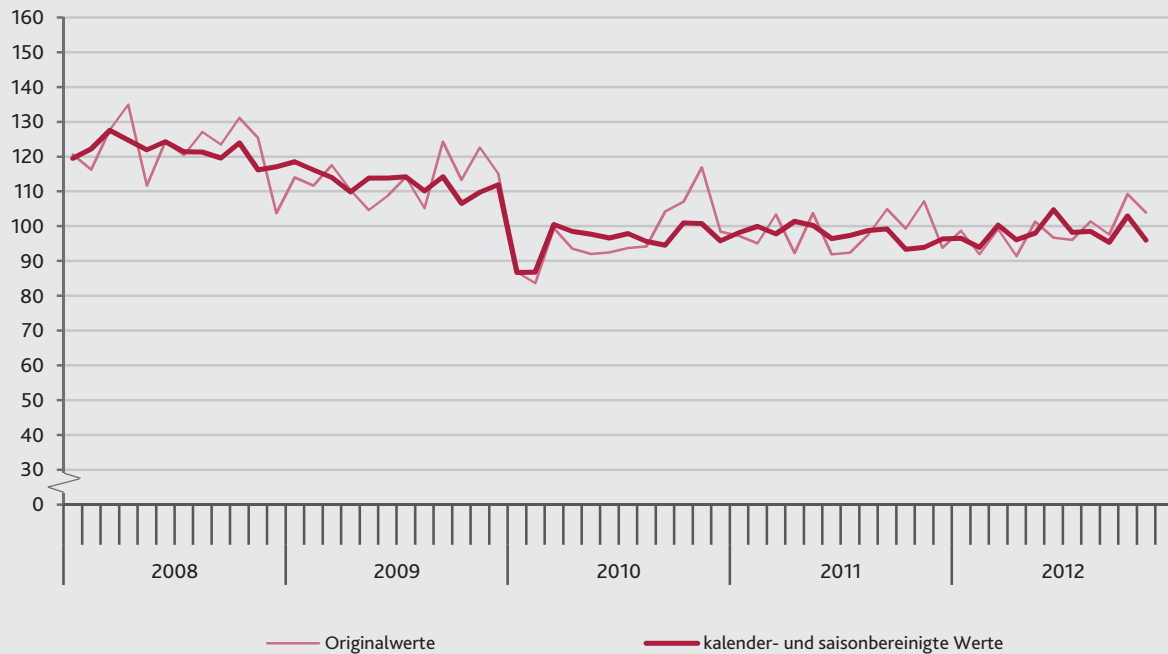
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

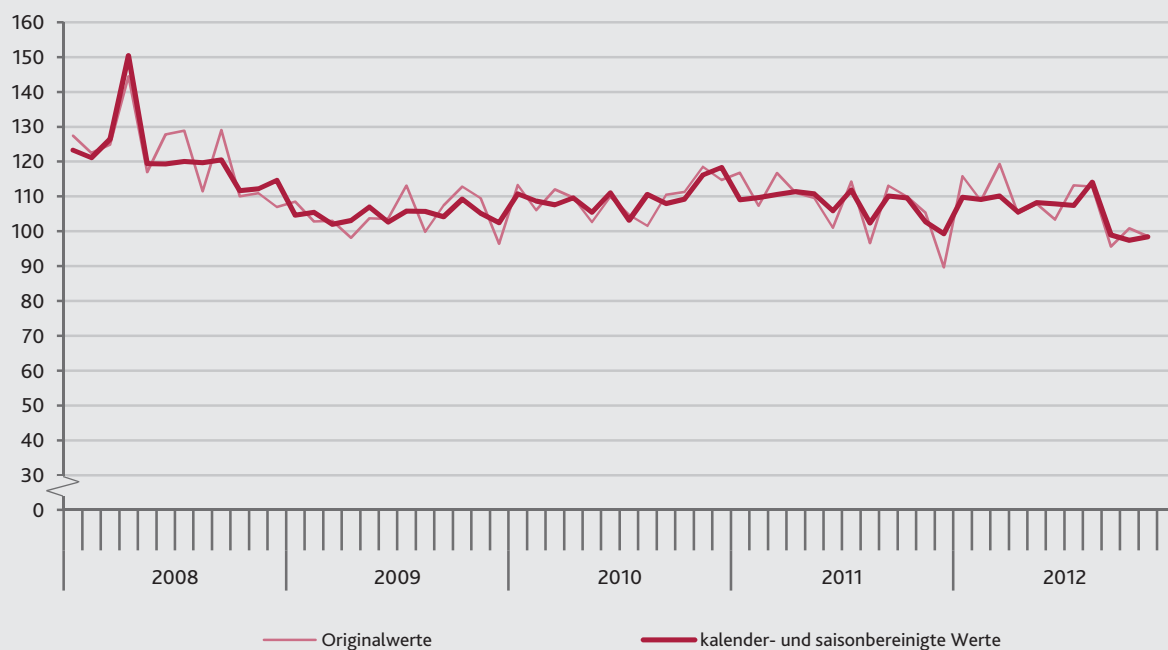
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

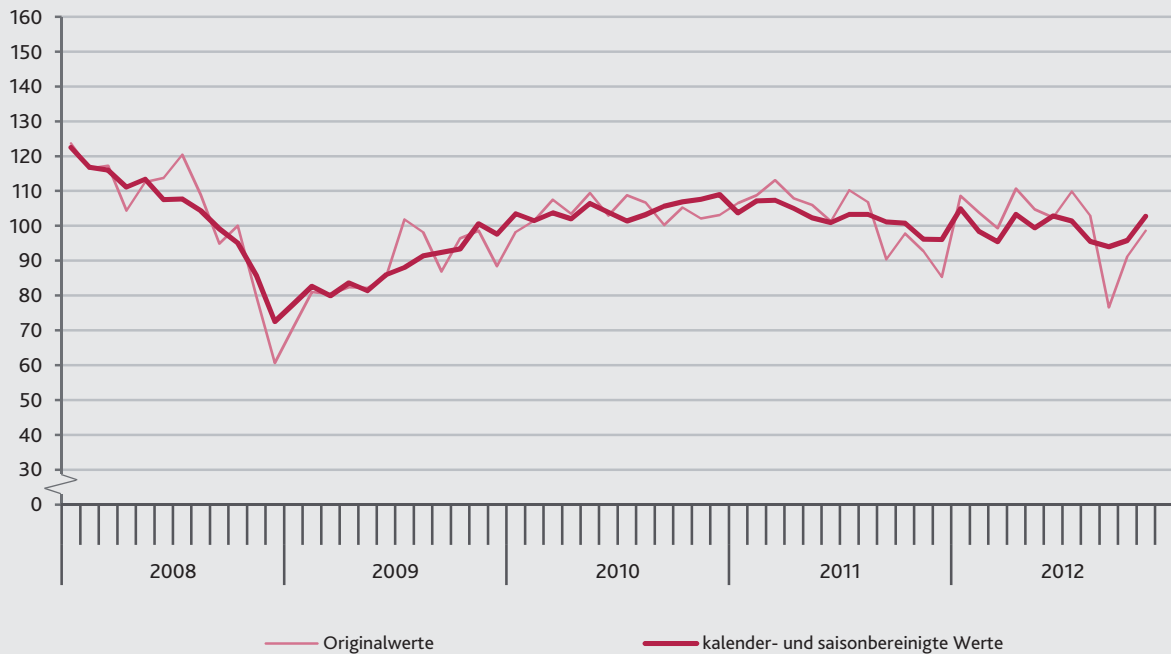
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

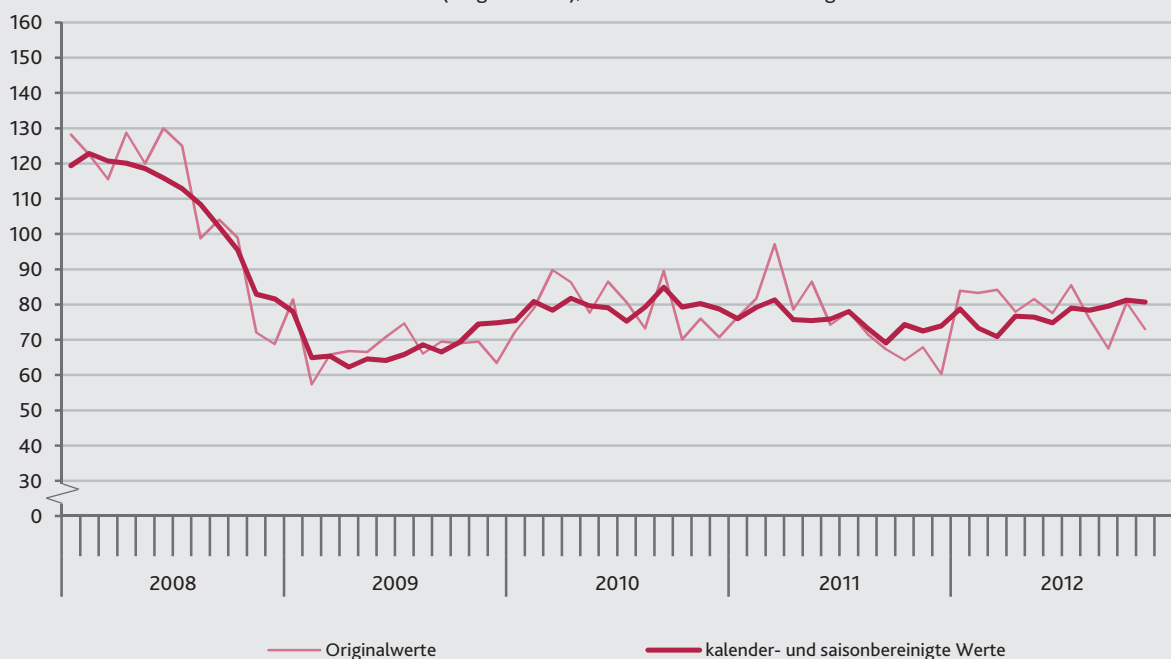
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

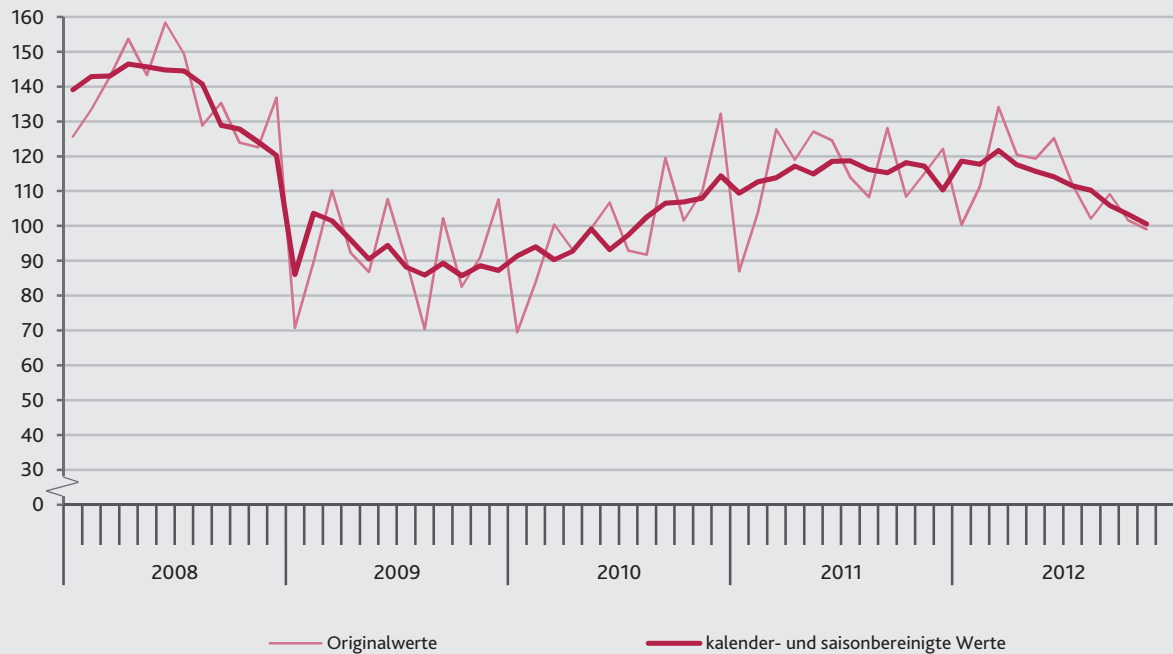


Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

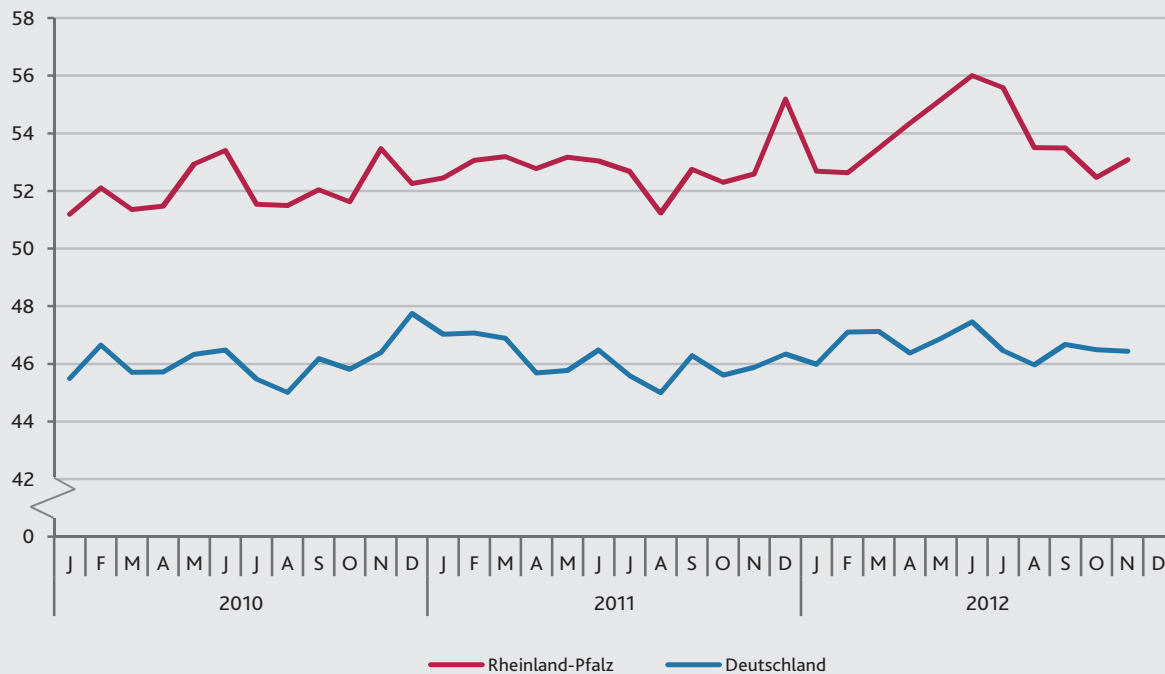
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%  
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

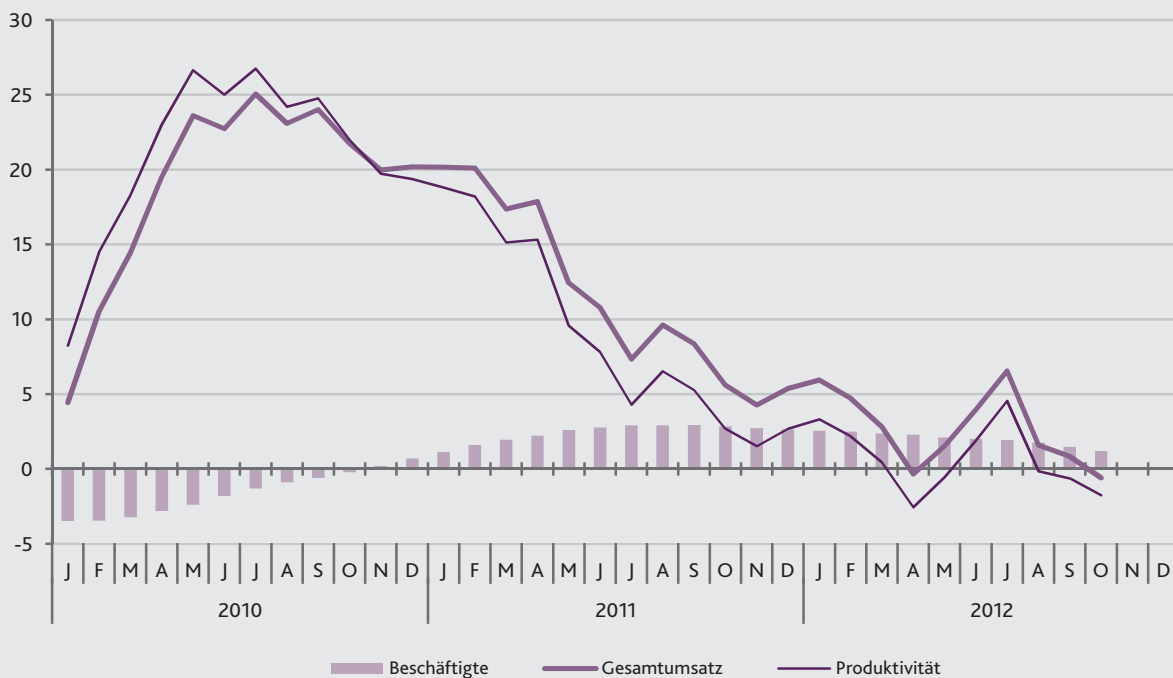
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität<sup>1</sup> im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



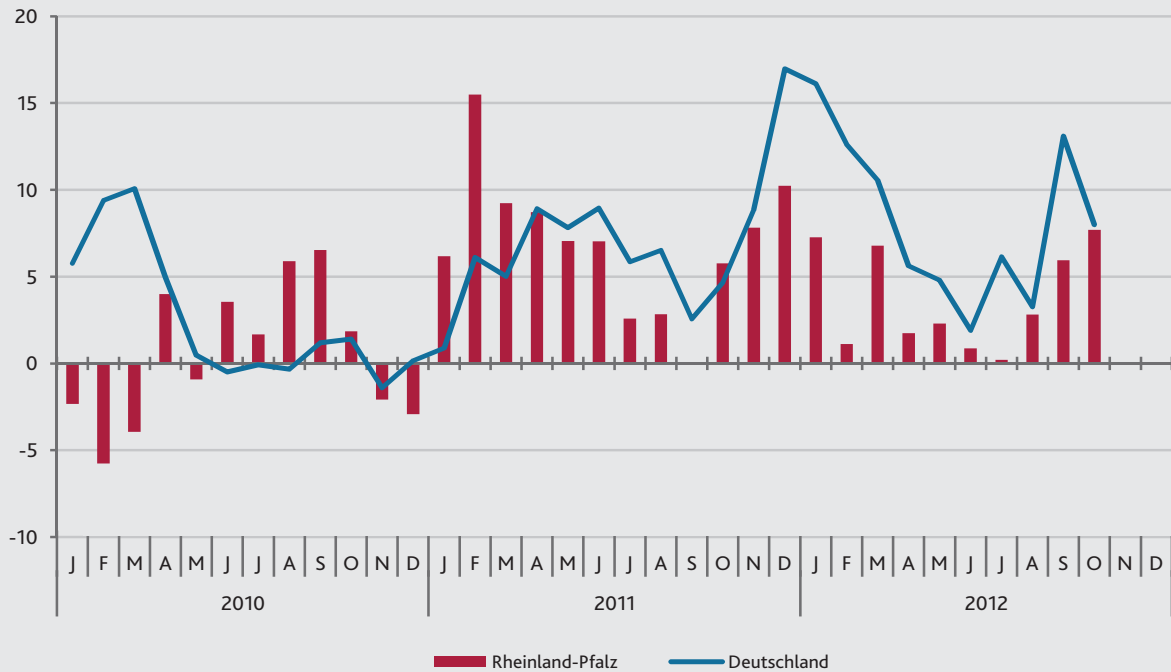
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

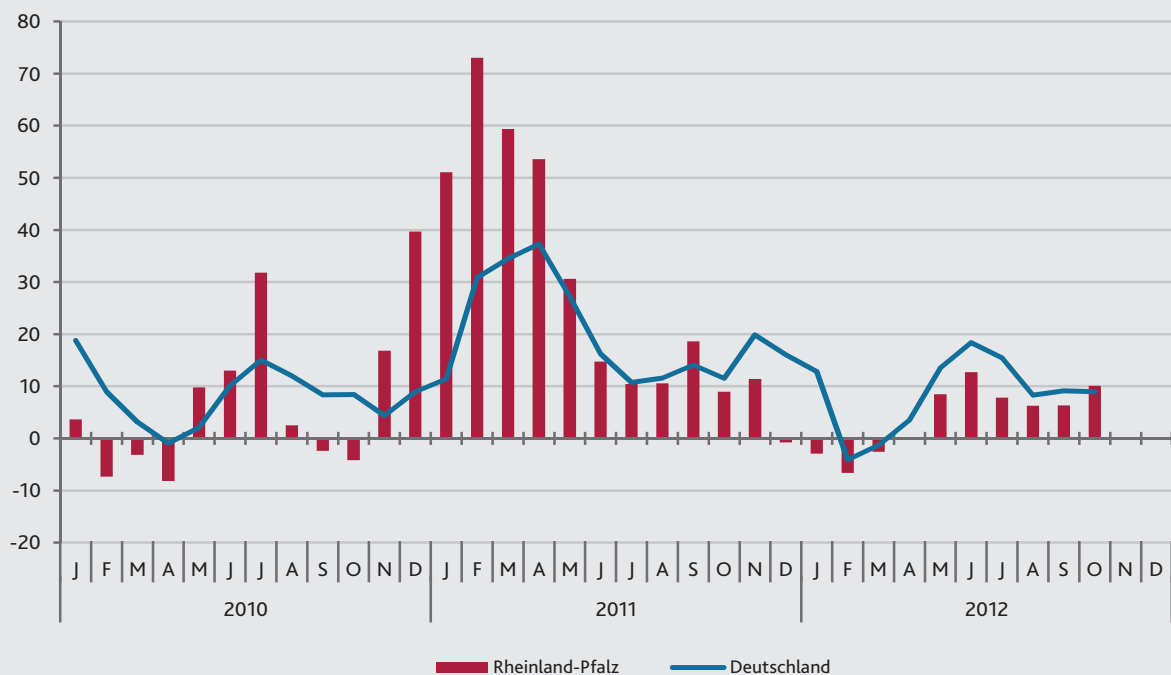


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Baugenehmigungen<sup>1</sup> in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



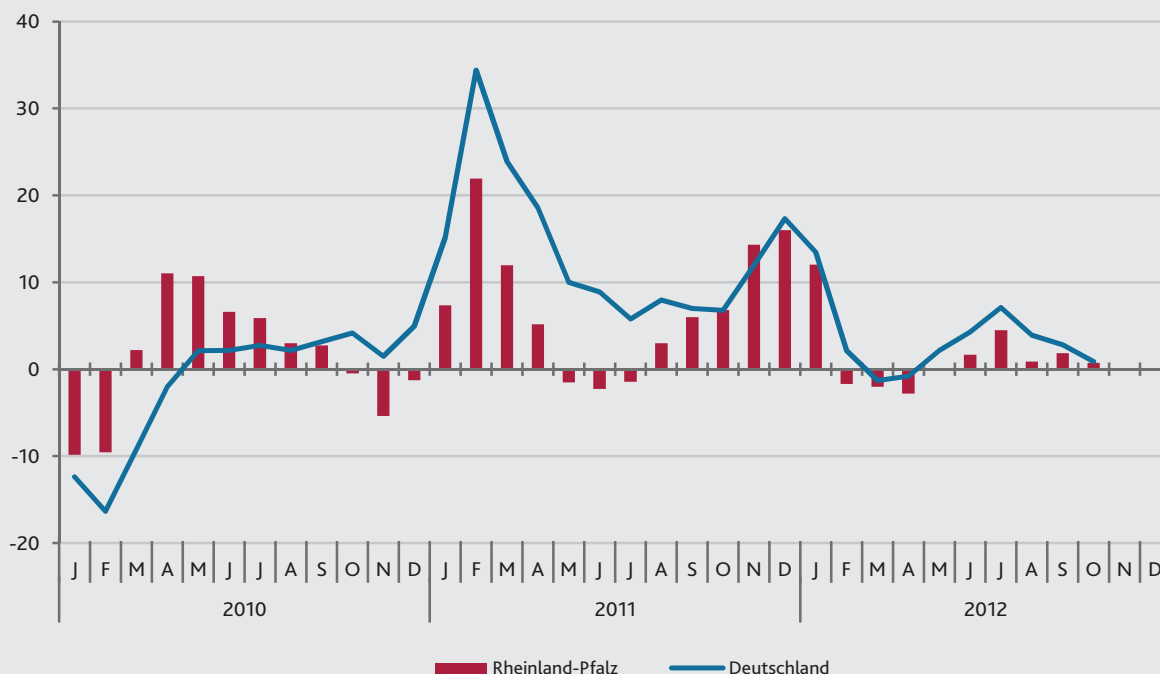
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

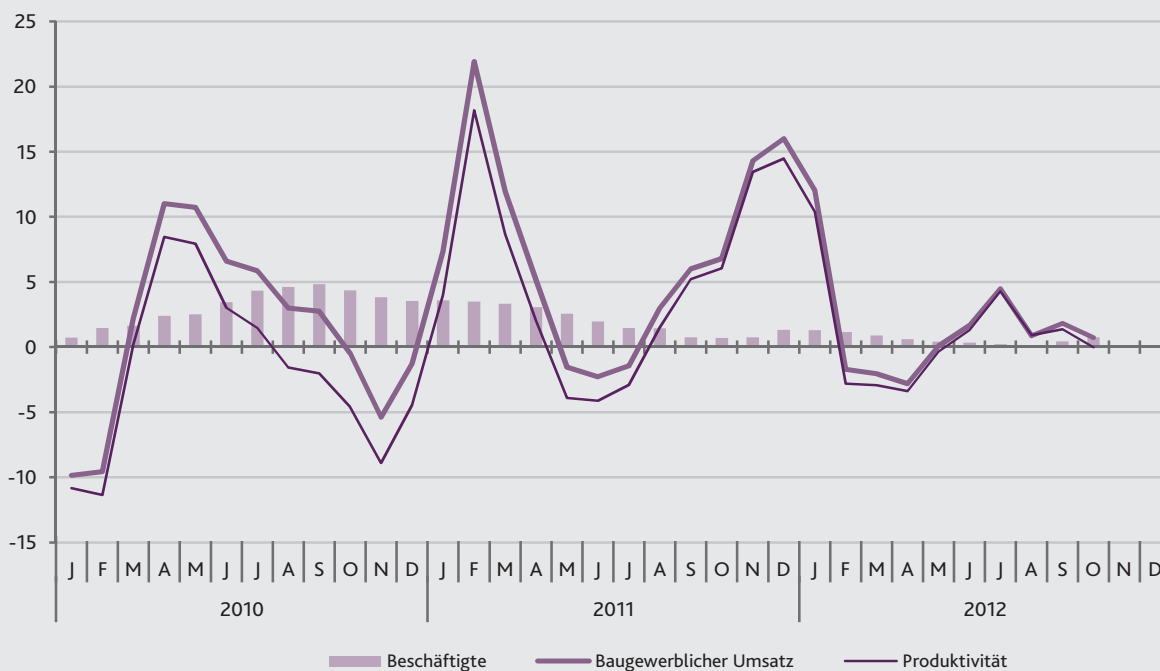


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität<sup>1</sup> im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

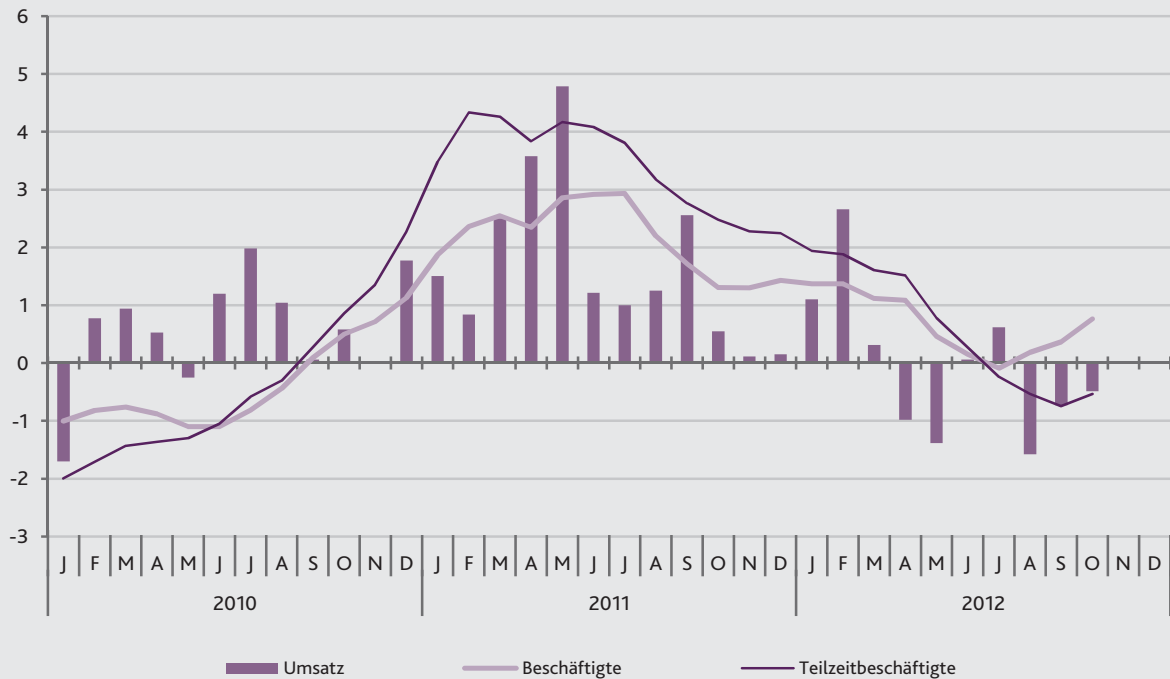


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

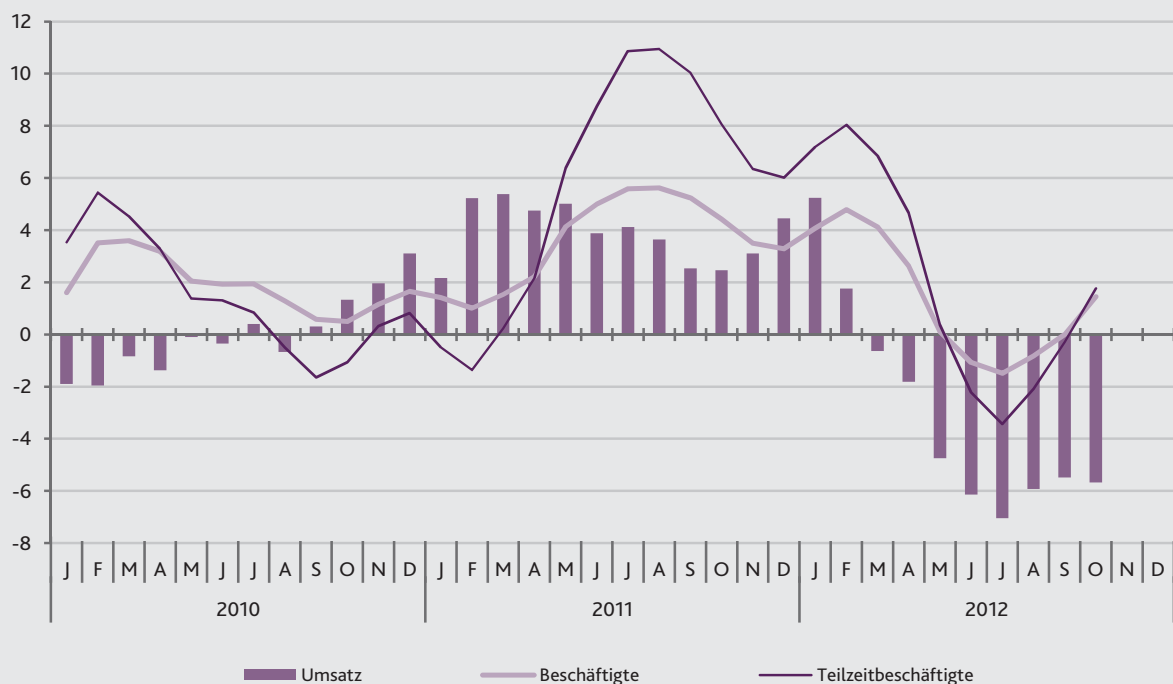


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

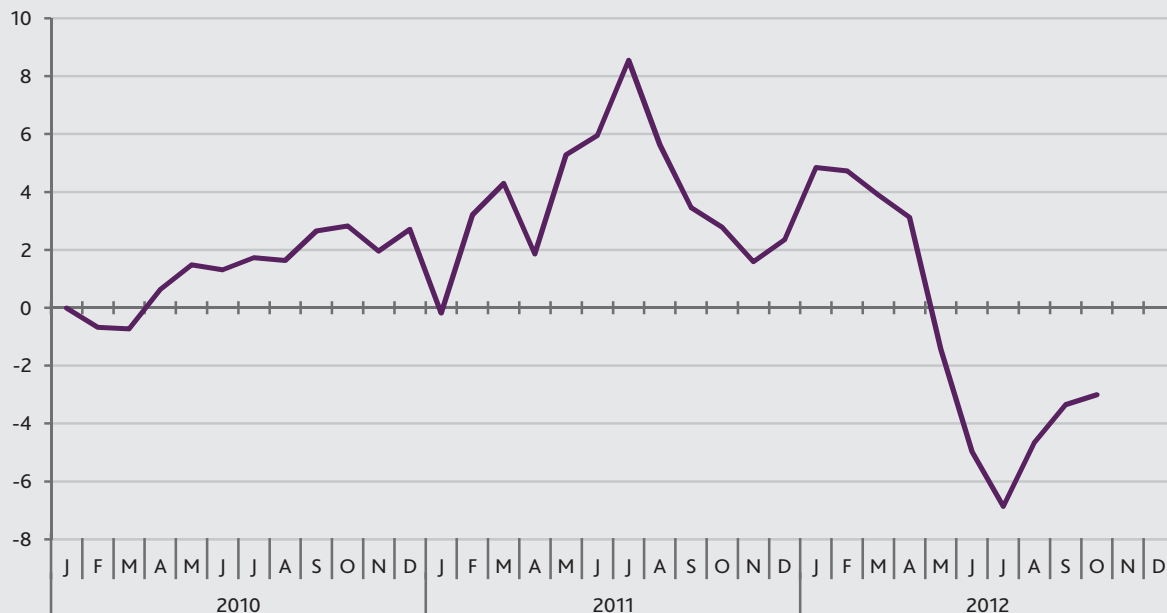


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

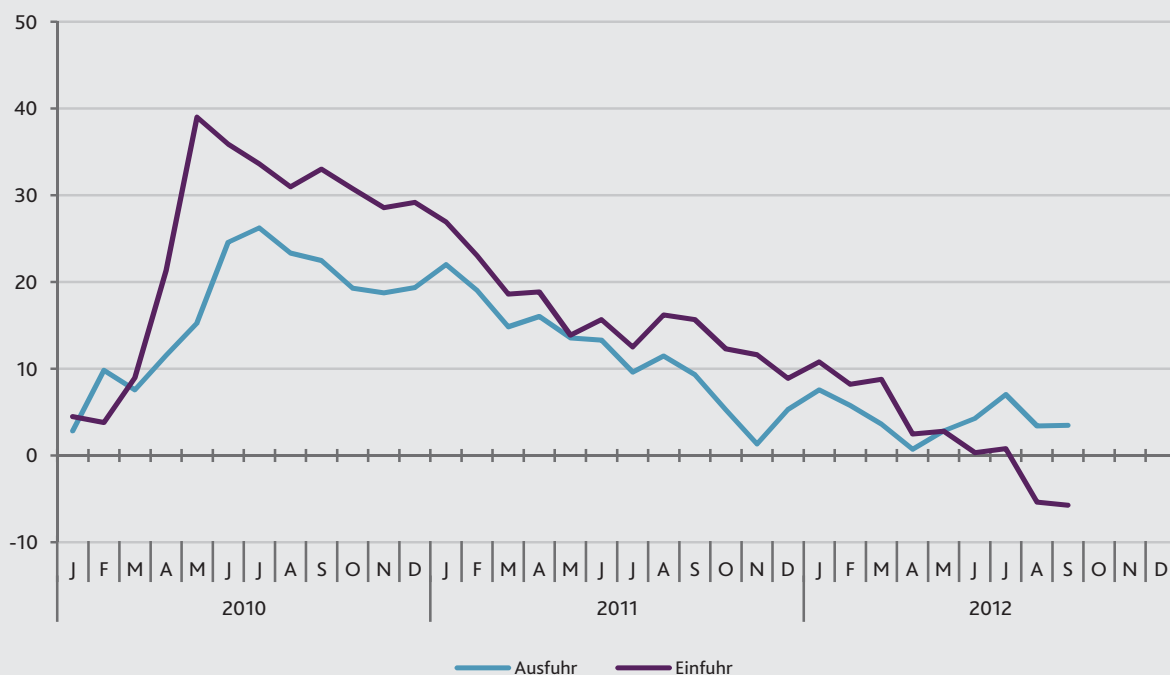


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### Außenhandel<sup>1</sup> in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

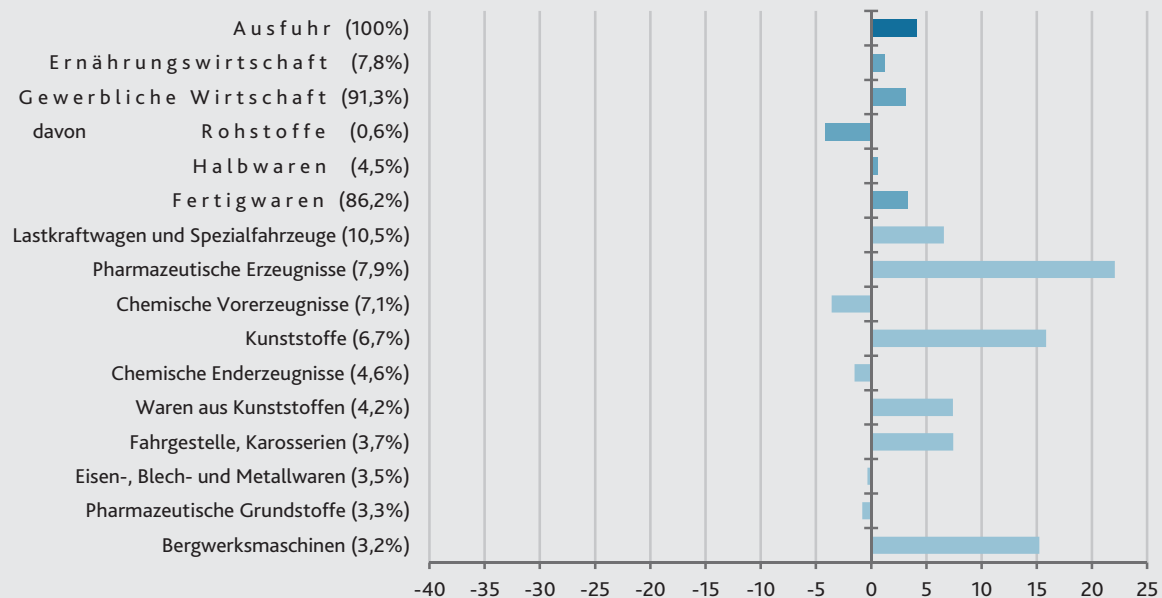
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2011 - Oktober 2012 nach Warengruppen<sup>1</sup>

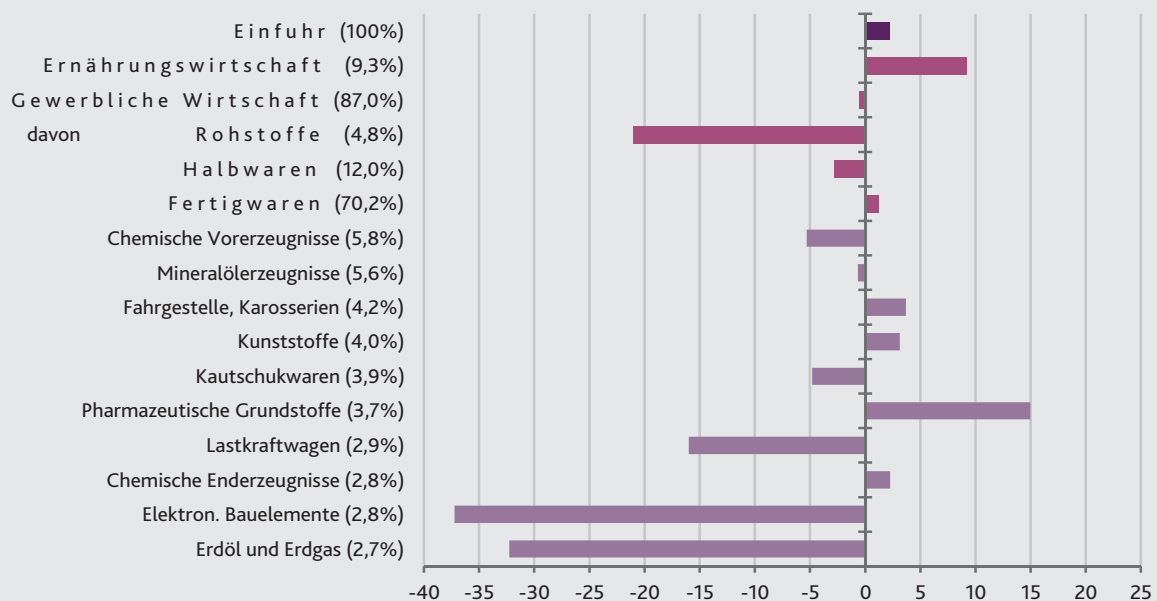
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

<sup>1</sup> Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

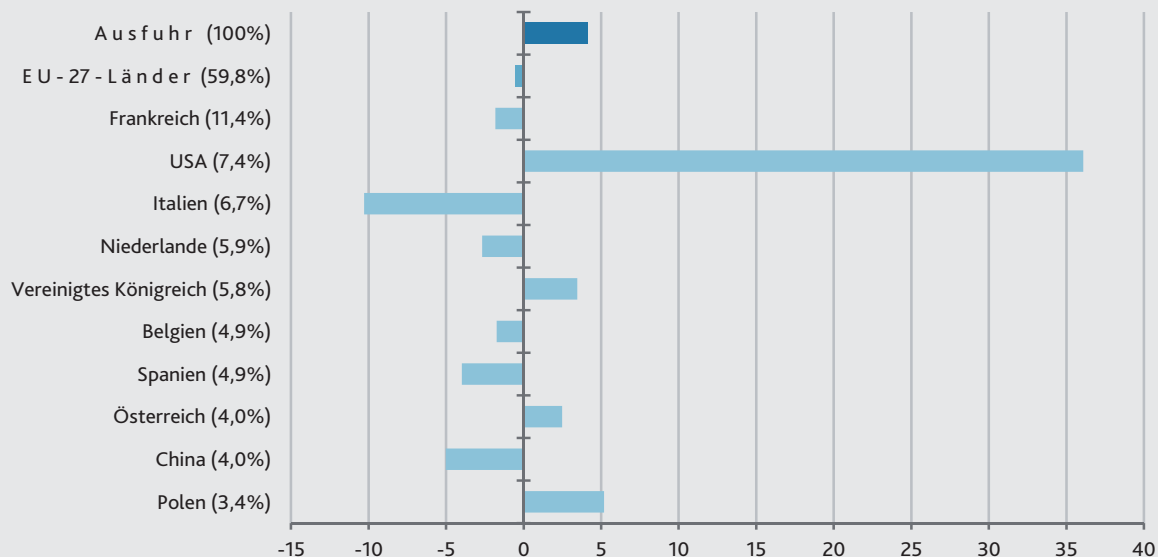
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2011 - Oktober 2012 nach Warengruppen<sup>1</sup>

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

<sup>1</sup> Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

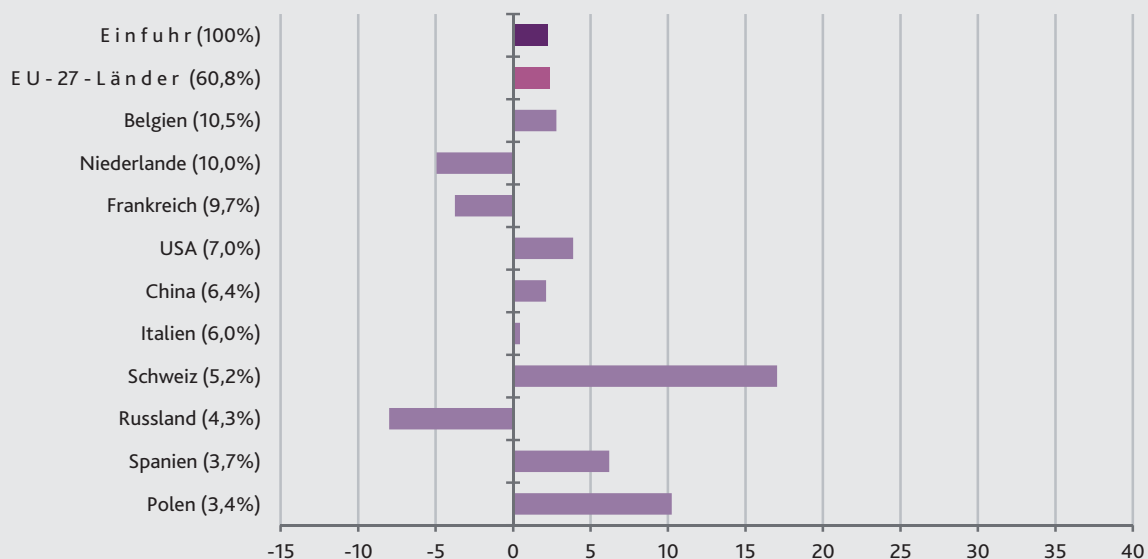
### Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2011 - Oktober 2012 nach Bestimmungsländern<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

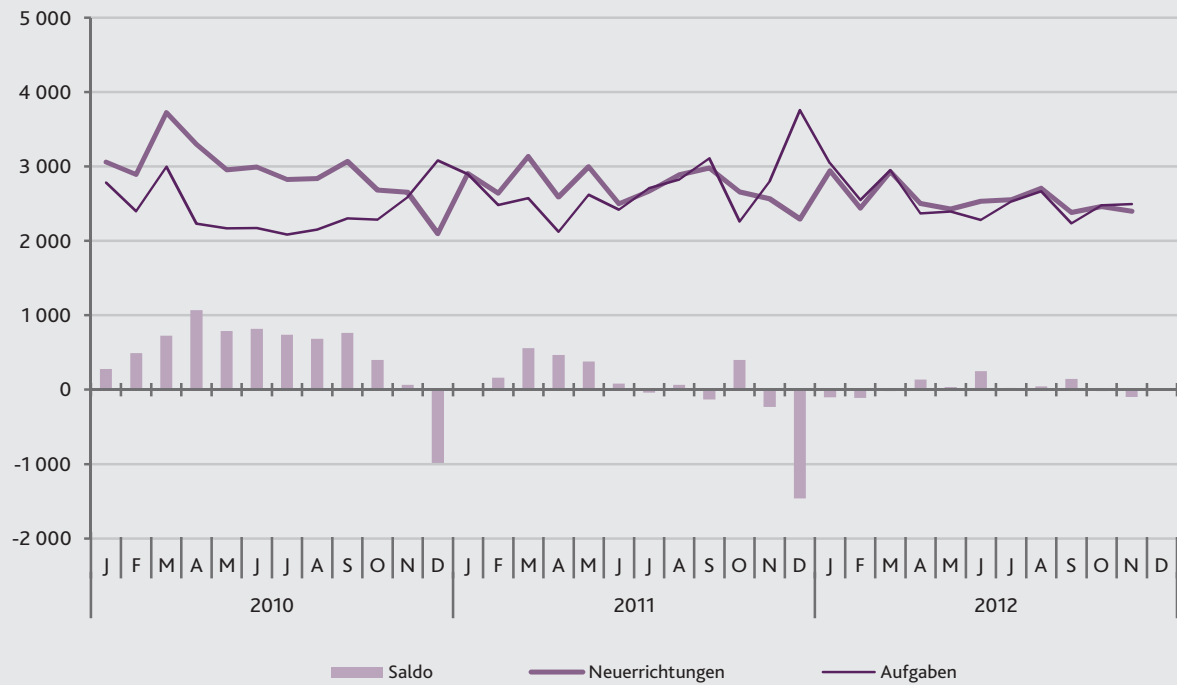
### Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2011 - Oktober 2012 nach Herkunftsländern<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

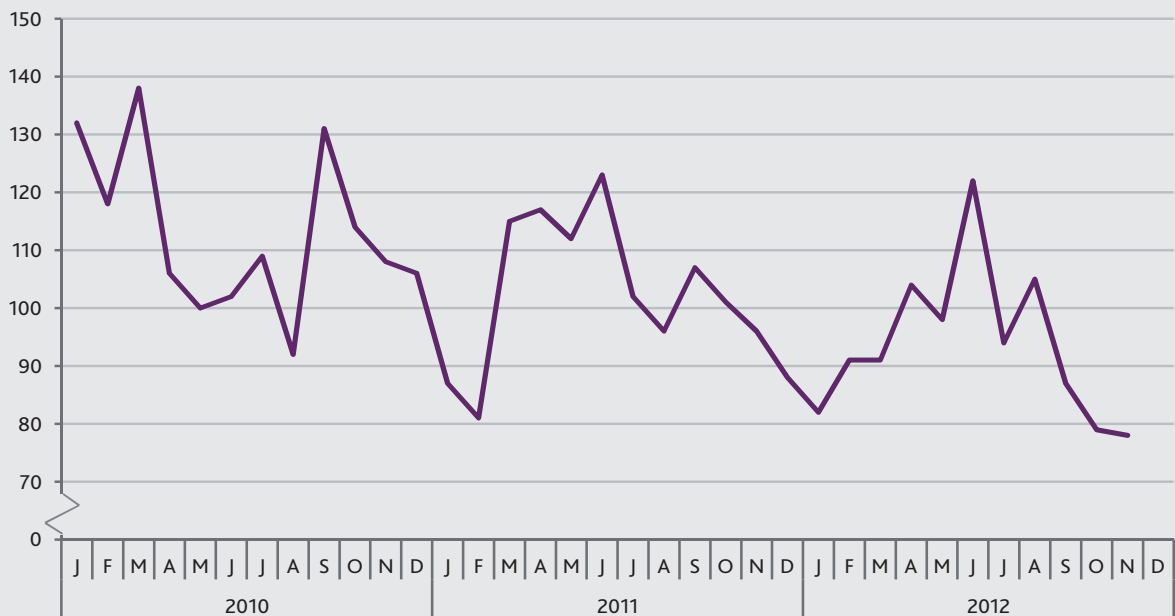
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

## Gewerbeanzeigen



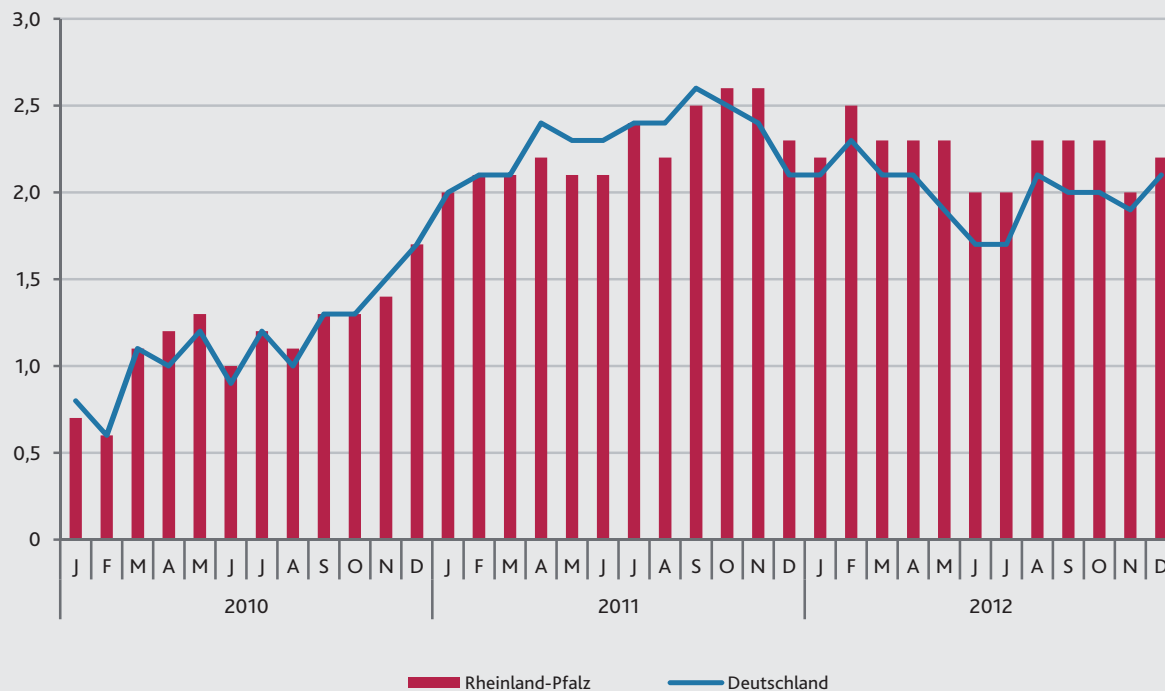
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

## Unternehmensinsolvenzen



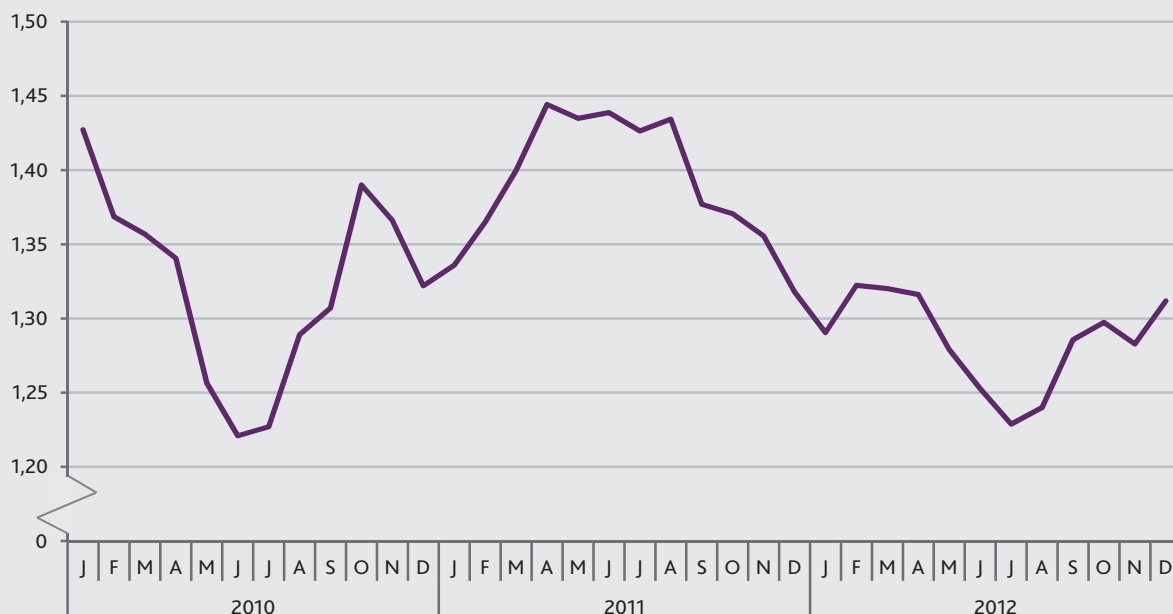
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

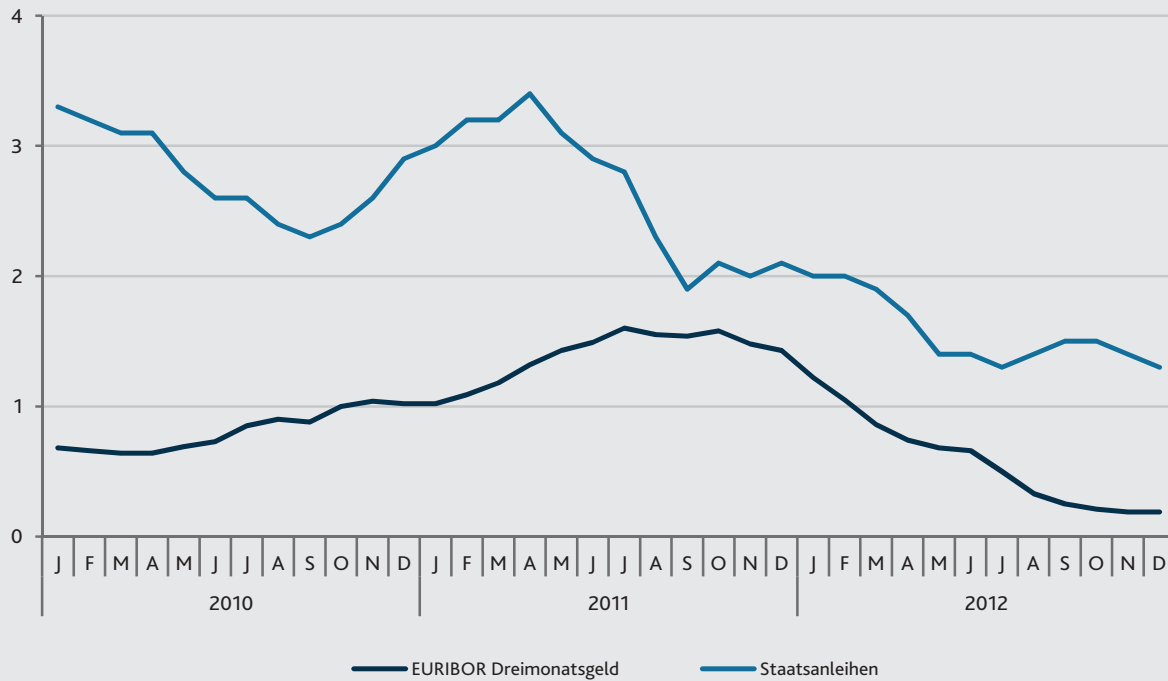
**Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)**  
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

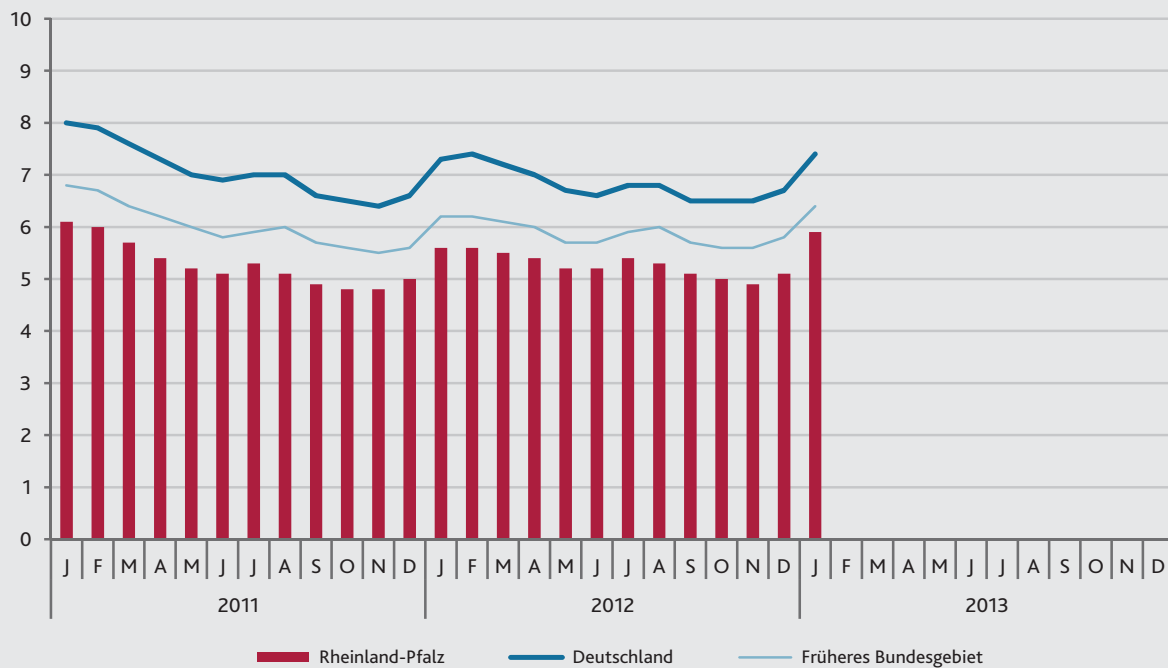
**Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit**  
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

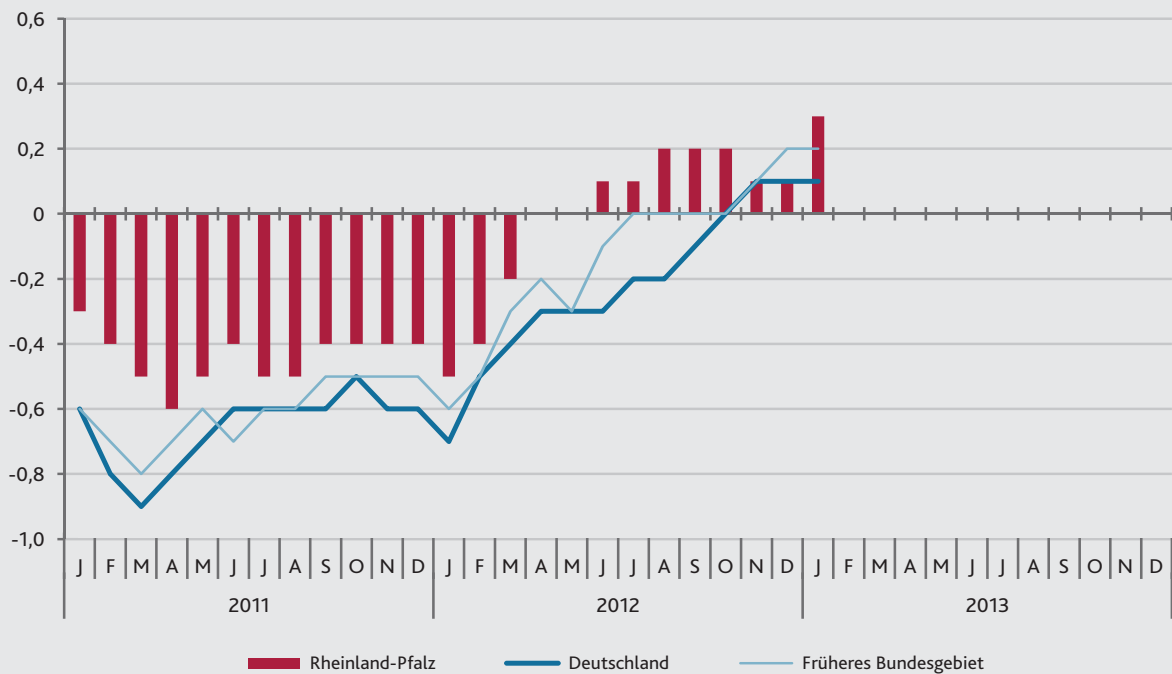
**Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet**  
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

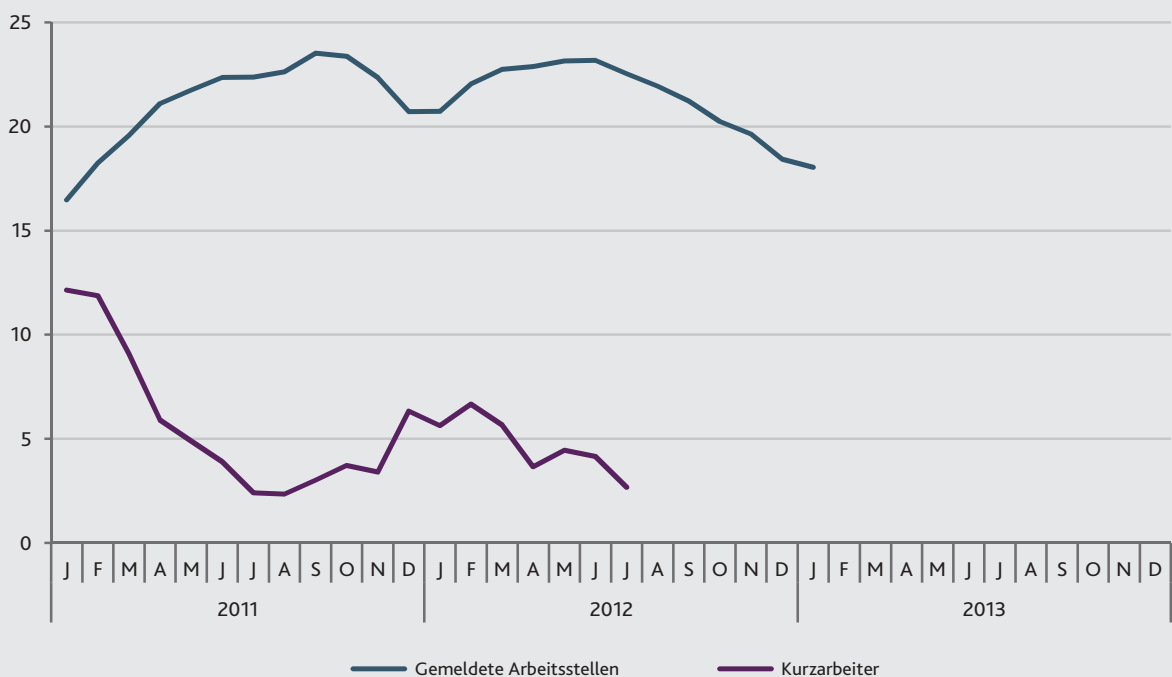
**Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

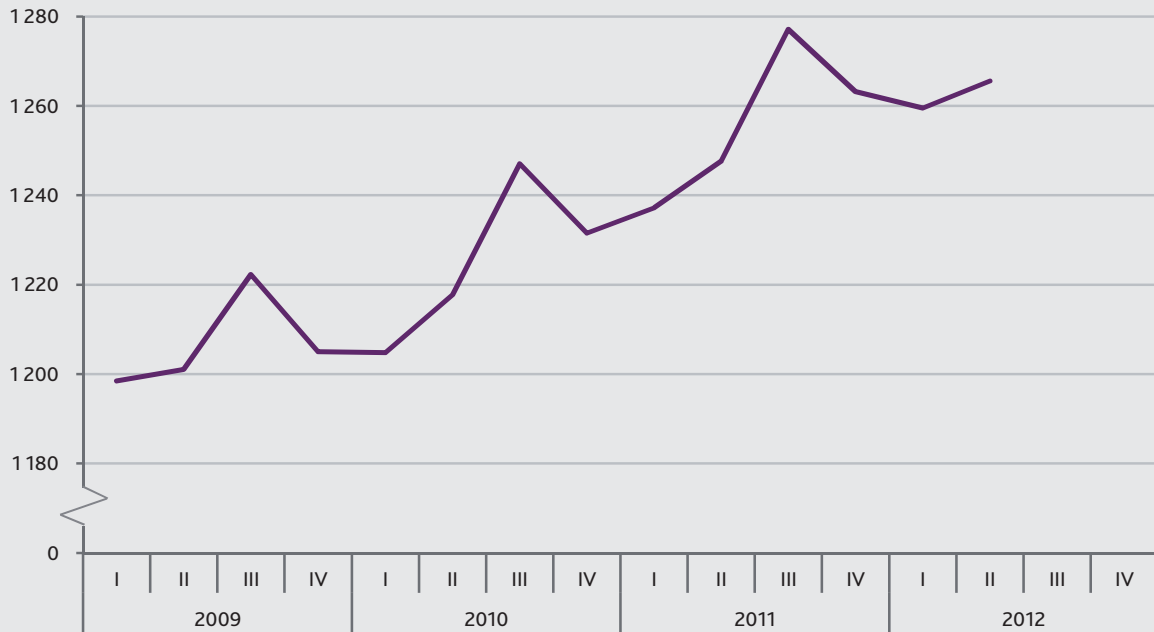
**Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter**  
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

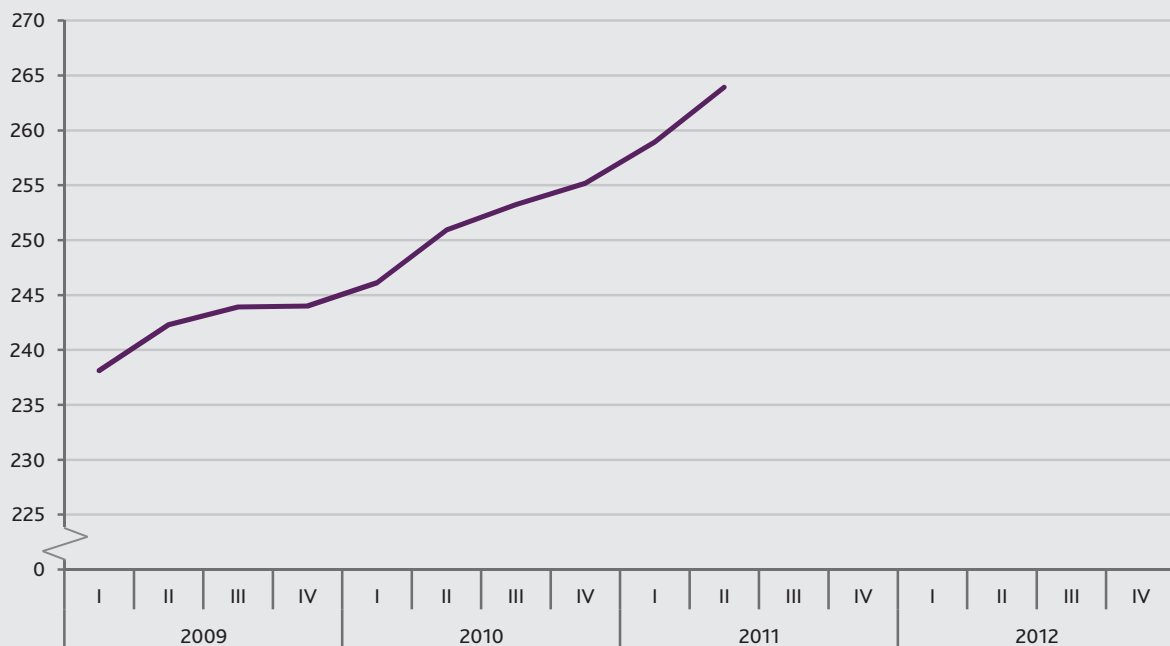
**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort**  
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort**  
in 1 000

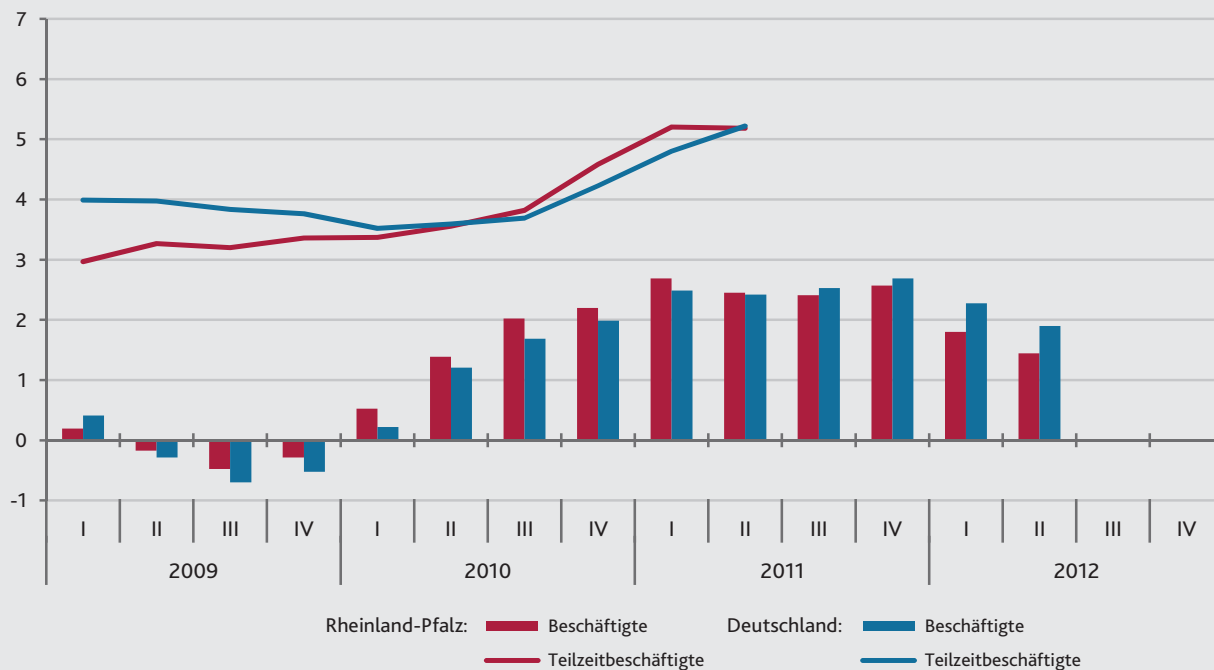


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



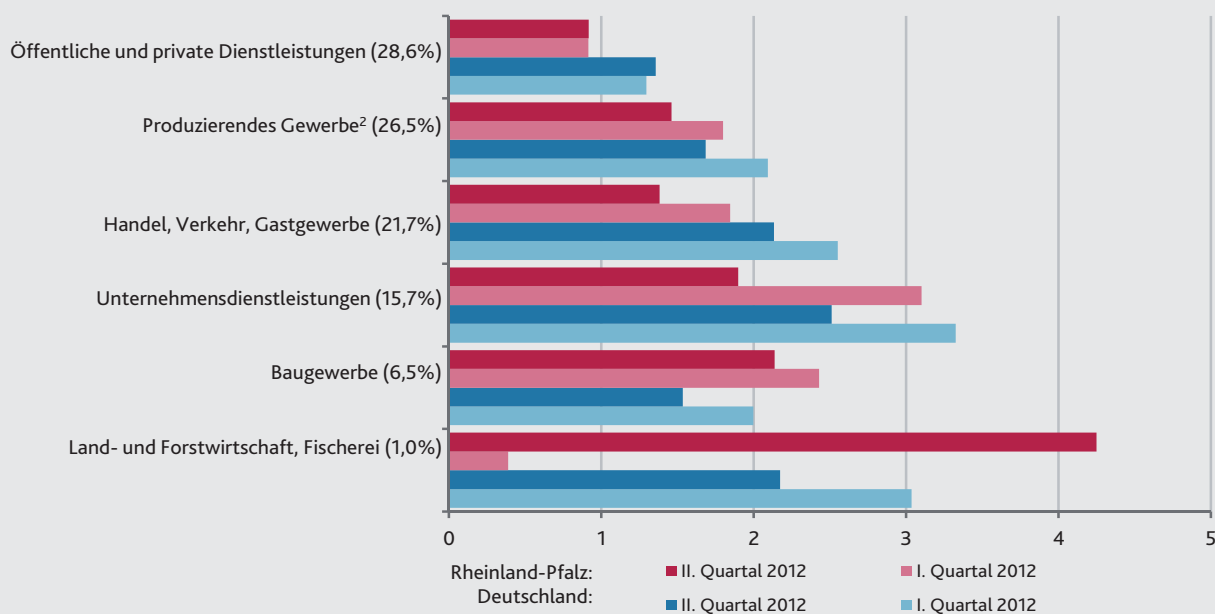
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

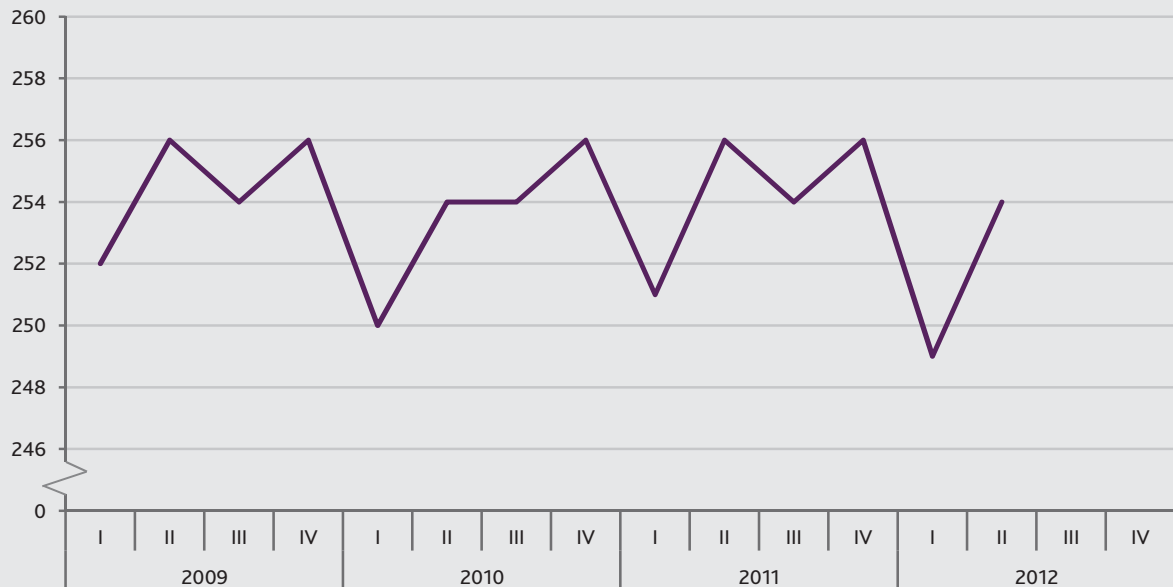
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup> in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2012. – <sup>2</sup> Ohne Baugewerbe.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

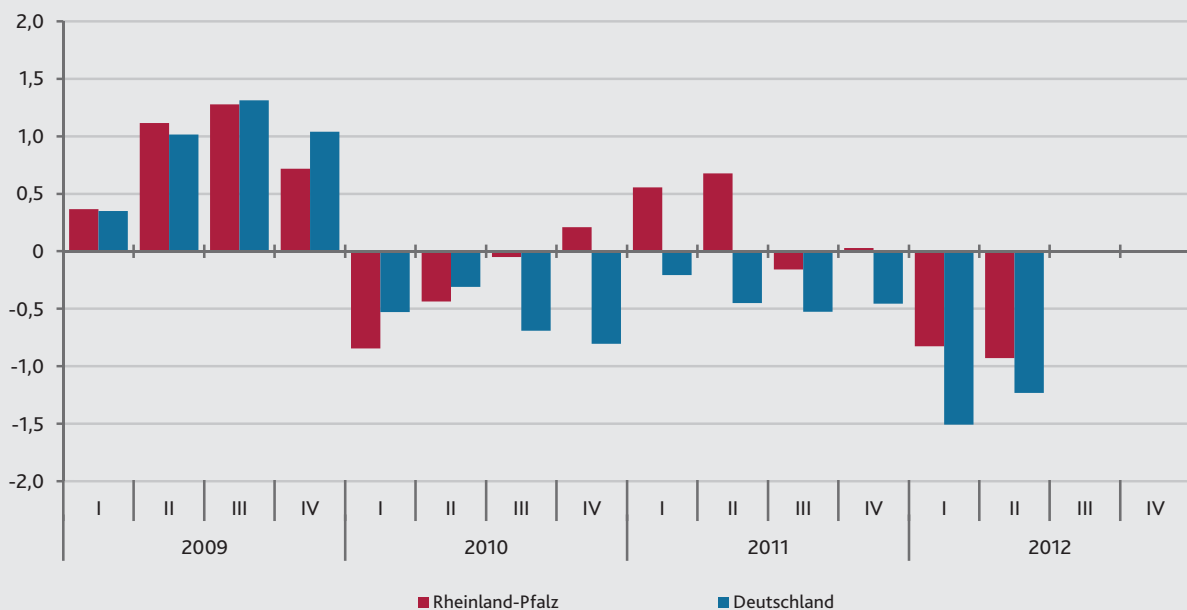
### Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte<sup>1</sup> am Arbeitsort in 1 000



<sup>1</sup> Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

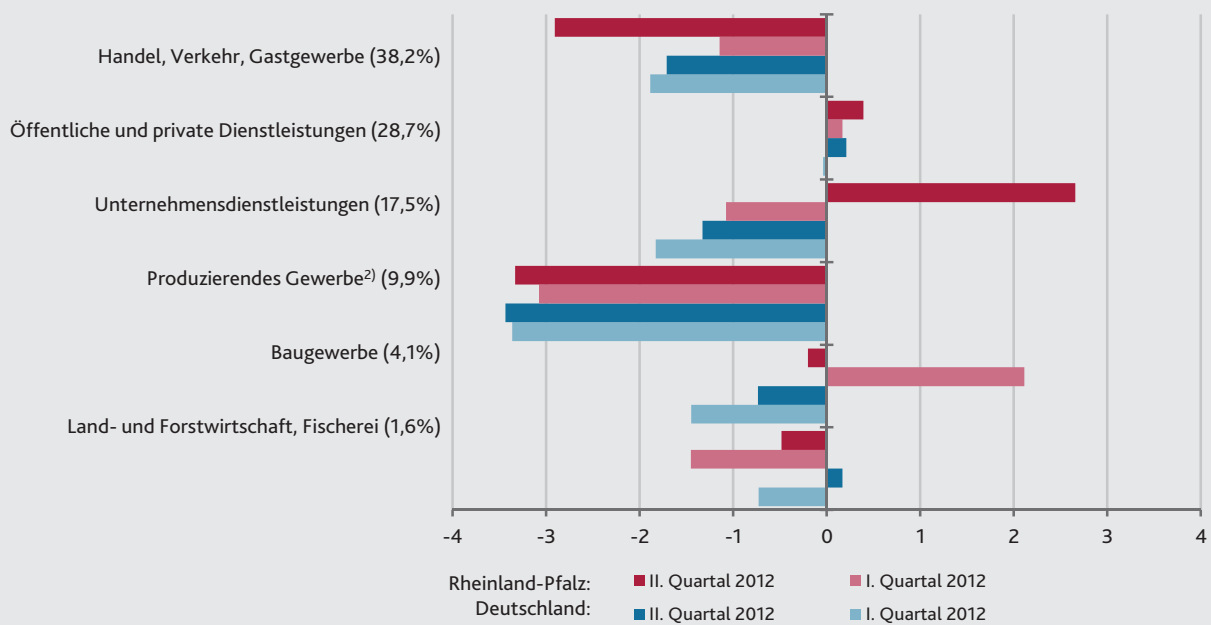
### Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2012. – 2 Ohne Baugewerbe.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Januar 2013.

## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (=  $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$ ) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von an-

deren in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

### Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mit helfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

### EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

### Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung

der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

### ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

### Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

### Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

### Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt

des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

### Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

### Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

### Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

### Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

### Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

### Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

### Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

## Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 083	137 842
752	134 121	126 824	133 450	125 432
6 058	134 545	157 264	113 035	110 138
134 628	157 827	111 776	80 756	77 082
157 811	113 035	84 980	63 568	61 111
113 466	84 980	64 829	77 648	92 396
87 007	64 829	78 146	92 396	125 873
65 282	78 146	94 429	125 873	103 801
78 320	94 429	125 677	103 801	69 111
95 409	125 677	107 027	69 111	

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

## Bevölkerung

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 <sup>1</sup>	3 999 <sup>1</sup>	4 000	4 000	4 000	3 998	3 998	3 999
darunter Ausländer <sup>2</sup>	1 000	309 <sup>1</sup>	315 <sup>1</sup>	313	313	314	320	321	322

## Natürliche Bevölkerungsbewegung<sup>3</sup>

* Eheschließungen <sup>4</sup>	Anzahl	1 681	1 684	2 577	2 709	2 239	2 494	2 253	2 815	2 000
* Lebendgeborene <sup>5</sup>	Anzahl	2 631	2 590	2 660	2 925	2 942	2 562	2 814	2 838	2 555
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	7,8	8,6	8,9	7,8	8,3	8,4	7,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6</sup>	Anzahl	3 622	3 637	3 087	3 759	3 494	3 269	3 714	3 514	3 186
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	9,1	11,1	10,6	9,9	10,9	10,3	9,7
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>6</sup>	Anzahl	8	9	6	7	11	12	8	15	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	2,3	2,4	3,7	4,7	2,8	5,3	4,7
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	- 1 047	- 427	- 834	- 552	- 707	- 900	- 676	- 631
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 1,3	- 2,5	- 1,7	- 2,2	- 2,7	- 2,0	- 1,9

## Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	9 704	11 140	10 097	8 676	10 937	11 497	9 951
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	3 835	4 143	4 079	3 635	4 265	4 745	4 520
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	8 227	10 206	9 556	7 160	9 696	9 881	9 140
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 320	2 969	2 631	2 200	2 797	2 971	2 382
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	1 477	934	541	1 516	1 241	1 616	811
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>7</sup>	Anzahl	12 576	12 938	13 203	15 348	13 330	12 539	14 882	15 381	12 555

## Erwerbstätigkeit

### Beschäftigte<sup>8,9</sup>

	Einheit	2009	2010		2011			2012	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10</sup>	1 000	1 201	1 218	1 247	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263
* Frauen	1 000	549	558	571	569	570	571	585	584

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



**noch: Erwerbstätigkeit****Beschäftigte<sup>1,2</sup>**

Beschäftigte <sup>1,2</sup>		Einheit	2009	2010			2011				2012
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
*	Ausländer/-innen	1 000	76	78	81	76	79	84	87	82	86
*	Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	253	255	259	264	...	...	...
*	darunter Frauen	1 000	208	214	216	218	221	224	...	...	...
davon nach Wirtschaftsbereichen <sup>3</sup>											
*	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	11	9	11	12	12	9	11
*	produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	410	404	407	411	419	414	415
*	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	272	268	267	270	278	274	272
*	Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	192	188	192	195	201	197	198
*	Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	361	362	362	359	367	369	365

**Arbeitsmarkt<sup>4</sup>**

Arbeitsmarkt <sup>4</sup>	Einheit	2010	2011			2012				2013
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose	Anzahl	119 933	111 054	101 242	104 438	117 907	104 741	104 492	108 605	123 593
* Frauen	Anzahl	55 198	52 451	48 686	49 429	53 515	50 289	49 902	50 360	55 151
Männer	Anzahl	64 735	58 603	52 556	55 009	64 392	54 452	54 590	58 245	68 442
SGB III (Arbeitslosengeld I) <sup>5</sup>	Anzahl	46 790	40 987	36 248	38 471	46 879	39 480	40 564	43 717	52 571
SGB II (Arbeitslosengeld II) <sup>6</sup>	Anzahl	73 143	70 067	64 994	65 967	71 028	65 261	63 928	64 888	71 022
* Arbeitslosenquote <sup>7</sup>	%	5,7	5,3	4,8	5,0	5,6	5,0	4,9	5,1	5,9
* Frauen	%	5,7	5,4	5,0	5,1	5,5	5,1	5,0	5,1	5,6
* Männer	%	5,8	5,2	4,7	4,9	5,8	4,8	4,9	5,2	6,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,5	4,8	3,9	4,2	4,8	4,2	4,2	4,4	5,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,1	2,5	2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	5,8	5,4	5,5	6,2	5,4	5,4	5,6	6,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,3	5,9	6,0	6,6	6,0	6,0	6,2	7,0
* Ausländer/-innen	%	12,6	11,8	11,1	11,4	12,9	11,3	11,4	11,9	13,5
Deutsche	%	5,2	4,8	4,4	4,5	5,1	4,5	4,5	4,6	5,3
* Kurzarbeiter/-innen <sup>8</sup>	Anzahl	21 000	5 754	3 413	6 329	5 633	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen <sup>9</sup>	Anzahl	17 048	21 201	22 338	20 718	20 579	20 233	19 630	18 429	18 032

**Soziales****Leistungsbezug nach SGB II<sup>10</sup>**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II <sup>10</sup>		Einheit	2010	2011			2012			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	219 116	217 873	216 519	216 610	214 389	214 560	...
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	113 242	112 601	111 739	112 045	110 995	111 072	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	155 334	154 381	153 486	153 569	151 903	151 847	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	63 782	63 492	63 033	63 041	62 486	62 713	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	61 418	61 156	60 697	60 687	60 155	60 357	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

## Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

### Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	452	552	498	487	490	586	528	495	454
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	471	453	465	552	485	459	425
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	3	1	...	1	1	1	3
Unternehmen	Anzahl	50	66	49	92	78	49	37	38	39
private Haushalte	Anzahl	401	484	446	394	412	536	490	455	412
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	737	797	760	859	933	839	754
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	464	595	506	538	487	596	608	578	504
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	87	112	96	106	93	111	113	106	95
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	3 957	4 217	3 827	4 516	4 512	4 332	3 763
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	121	156	134	143	130	169	164	162	140

### Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	135	153	155	155	124	156	131	135
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	17	18	14	9	19	13	13
Unternehmen	Anzahl	107	116	129	124	125	96	124	108	104
private Haushalte	Anzahl	4	6	7	13	16	19	13	10	18
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	13	8	2	25	3	6	1
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	748	977	863	1 986	1 046	549	603	1 280	471
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	104	127	131	184	140	88	92	196	72
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	100	113	103	83	65	228	52

### Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	866	899	904	1 018	1 045	1 007	870
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	4 606	4 762	4 530	5 313	5 183	5 039	4 316

**Landwirtschaft**

Landwirtschaft	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1</sup>	t	10 541	11 060	11 053	11 630	12 471	10 922	10 959	12 265	11 683
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	2 209	2 300	3 029	1 757	1 869	2 440	2 515
darunter										
* Kälber <sup>2</sup>	t	12	12	11	11	18	6	7	9	13
* Jungrinder	t	9	15	5	13	18	6	4	11	24
* Schweine	t	8 198	8 683	8 797	9 279	9 335	9 124	9 049	9 725	9 113
* Eierzeugung <sup>3</sup>	1 000	12 188	13 472	11 497	11 895	11 893	15 093	13 873	15 106	13 503

**Produzierendes Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe sowie  
Bergbau und Gewinnung von  
Steinen und Erden<sup>4</sup>**

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	999	1 000	1 001	1 004	1 005	1 005	1 007
* Beschäftigte <sup>5</sup>	Anzahl	238 784	244 658	247 758	248 256	247 941	251 539	251 241	251 050	250 619
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	32 726	30 996	33 123	32 422	30 970	32 789	32 744
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	852	867	1 218	918	895	921	1 275
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	7 309	6 752	7 244	7 179	6 803	7 192	7 184
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>6</sup>	Mill. EUR	3 609	3 888	4 036	3 743	4 016	4 011	3 742	4 092	4 087
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	1 975	1 746	1 884	1 754	1 814	1 717	1 750
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	125	116	124	91	100	110	105
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 174	1 147	1 220	1 323	1 148	1 274	1 241
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	2 268	2 093	2 285	2 336	2 131	2 337	2 390
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	1 052	970	959	945	977	927	926
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	3 856	3 531	3 810	3 840	3 639	3 774	3 814
Exportquote <sup>7</sup>	%	52,1	52,9	52,8	52,3	52,6	53,5	53,5	52,5	53,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	95,4	99,7	96,3	91,2	96,9	91,5	85,8	95,9	93,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	91,9	90,2	85,0	79,3	84,9	88,2	81,2	93,4	89,5
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	96,7	110,8	107,4	102,7	111,1	90,7	89,5	98,0	98,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

## noch: Produzierendes Gewerbe

### Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1</sup>

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden <sup>1</sup>	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	103,0	111,7	116,0	106,6	114,7	73,9	94,5	104,6	91,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	110,7	106,9	112,6	110,5	103,6	119,7	95,8	100,1	99,9
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	79,3	75,3	67,3	64,2	67,9	76,0	67,5	80,5	73,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	87,1	100,1	94,4	94,2	87,9	76,8	77,5	92,1	87,6

### Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen<sup>2</sup>

* Betriebe <sup>3</sup>	Anzahl	164	168	167	167	167	172	172	172	170
* Beschäftigte <sup>3,4</sup>	Anzahl	9 470	9 495	9 560	9 643	9 644	9 780	9 790	9 801	9 788
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3</sup>	1 000 h	1 205	1 193	1 235	1 150	1 284	1 254	1 191	1 256	1 271
* Entgelte <sup>3</sup>	Mill. EUR	36	37	34	44	51	36	35	46	54
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung <sup>5</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	420	448	433	427	421	478	493
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	408	433	421	411	408	461	477

### Baugewerbe<sup>6</sup>

#### Bauhauptgewerbe<sup>7</sup>

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	39 082	38 188	38 473	39 100	38 966	38 848	38 797
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	4 577	4 143	4 402	4 381	4 170	4 523	4 358
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 809	1 626	1 704	1 800	1 702	1 886	1 860
* gewerblicher Bau <sup>8</sup>	1 000 h	873	934	1 029	996	1 030	1 032	960	1 004	983
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	1 739	1 521	1 668	1 549	1 508	1 633	1 515
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	923	796	846	784	739	802	738
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	93	90	108	97	90	96	110

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

**noch: Baugewerbe<sup>1</sup>****Bauhauptgewerbe<sup>2</sup>**

Bauhauptgewerbe <sup>2</sup>		Einheit	2010	2011			2012				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	356	383	441	433	493	439	418	475	484
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	143	126	143	159	144	172	156	
* gewerblicher Bau <sup>3</sup>	Mill. EUR	94	104	111	122	131	114	109	115	130	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	187	184	219	166	165	188	198	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	99	99	117	83	89	97	104	

**Ausbaugewerbe  
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)<sup>4</sup>**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) <sup>4</sup>	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Betriebe <sup>5</sup>	Anzahl	362	353	355	354	352	352	395	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) <sup>5</sup>	Anzahl	13 268	13 485	13 199	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 257	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	92	97	99	107	106	110	112
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	274	364	387	477	341	459	453

**Handel<sup>6</sup>****Großhandel<sup>P, 7</sup>**

Großhandel <sup>P, 7</sup>	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,9	122,5	122,5	121,7	122,3	123,0	122,9	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,1	130,0	129,4	128,0	130,2	133,7	133,9	...
* Umsatz nominal <sup>8</sup>	2005=100	113,6	122,3	140,4	125,3	125,4	124,9	115,1	126,3	...
* Umsatz real <sup>9</sup>	2005=100	103,0	107,0	122,2	110,4	111,0	106,9	97,9	107,8	...

**Einzelhandel<sup>P, 9</sup>**

* Beschäftigte	2005=100	105,8	108,2	108,6	108,7	108,9	109,2	109,1	109,2	110,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,4	111,1	111,6	111,6	112,2	110,8	110,6	110,7	112,3
* Umsatz nominal <sup>8</sup>	2005=100	110,8	114,3	113,8	118,2	116,2	117,9	112,7	122,4	119,2
* Umsatz real <sup>8</sup>	2005=100	106,9	108,7	107,7	111,6	109,7	109,3	104,1	113,1	110,2

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

## noch: Handel<sup>1</sup>

### Kfz-Handel<sup>1,2</sup>

Kfz-Handel <sup>p, 2</sup>	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2005=100	105,5	107,3	109,5	109,7	109,7	107,9	110,1	109,7	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	127,6	130,4	134,1	131,3	131,0	129,0	138,9	138,9	...
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2005=100	92,3	97,4	100,5	108,7	101,6	91,0	89,1	103,2	...
* Umsatz real <sup>3</sup>	2005=100	87,6	91,1	93,5	100,4	94,4	84,2	82,1	94,5	...

## Gastgewerbe<sup>p</sup>

* Beschäftigte	2005=100	105,8	109,7	116,1	113,8	107,7	116,5	115,9	114,9	111,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	121,4	129,0	125,7	119,1	129,4	128,7	127,7	124,0
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2005=100	101,6	107,4	125,1	119,3	96,3	124,3	120,8	112,9	93,7
* Umsatz real <sup>3</sup>	2005=100	92,6	96,5	111,1	105,9	86,0	109,7	105,0	98,6	82,2

## Tourismus<sup>4</sup>

* Gästeankünfte	1 000	640	684	974	857	513	948	937	818	551
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	205	170	104	267	205	163	106
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	2 470	2 265	1 236	2 685	2 416	2 169	1 351
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	571	465	253	898	575	447	265

## Verkehr

### Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>5</sup>	Anzahl	1 886	1 931	2 229	2 203	2 081	1 856	2 105	2 181	1 942
*   darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 609	1 613	1 400	1 273	1 576	1 530	1 289
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	16	20	21	26	15	18	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	8	9	9	10	6	8	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	4	6	6	8	4	6	2
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	2	1	4	2	3	2
Fußgänger	Anzahl	1	2	2	1	5	2	3	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	2 099	2 092	1 838	1 660	1 991	1 983	1 712

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

**noch: Verkehr****Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	372	372	348	326	411	373
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	141	152	170	142	129	158
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	73	75	119	111	78	95	129	110
Radfahrer	Anzahl	43	50	76	65	44	52	106	57
Fußgänger	Anzahl	31	34	26	24	36	21	28	30

**Kraftfahrzeuge<sup>1</sup>**

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	13 044	12 038	12 469	11 755	11 619	11 892
darunter									
Krafträder	Anzahl	609	608	493	285	166	755	456	282
* Personenkraftwagen <sup>2</sup>	Anzahl	10 154	10 699	11 076	10 282	10 730	9 656	9 971	10 350
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	1 011	1 017	1 104	918	824	891
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	391	396	380	360	287	304

**Personenbeförderung**

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	58 167	55 244	49 859	55 876	56 012	54 910
Personenkilometer <sup>3</sup>	Mill.	530	537	543	534	478	594	528	455

**Binnenschifffahrt**

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 153	1 064	1 199	1 132	1 156	1 163	1 051	880
* Güterversand	1 000 t	930	778	868	827	780	886	853	810

**Außenhandel<sup>4</sup>****Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>5</sup>**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 737	3 738	4 031	3 629	4 171	4 025	3 767
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	305	314	297	310	321	294
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 411	3 401	3 680	3 297	3 764	3 606	3 337

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel<sup>1</sup>Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>2</sup>

Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2</sup>		Einheit	2010	2011				2012			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	23	24	19	24	23	24	18	18	23
*	Halbwaren	Mill. EUR	152	168	182	179	155	185	182	168	202
*	Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 220	3 200	3 477	3 119	3 555	3 406	3 150	3 319
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	892	1 010	911	950	1 053	974	963
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 298	2 308	2 467	2 208	2 606	2 354	2 177	2 356
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 328	2 612	2 569	2 826	2 570	2 725	2 560	2 505	2 758
*	darunter in EU-Länder <sup>3</sup>	Mill. EUR	2 023	2 235	2 156	2 401	2 188	2 307	2 167	2 173	2 359
	Belgien	Mill. EUR	172	184	196	197	183	184	193	171	193
	Luxemburg	Mill. EUR	52	58	55	64	60	61	61	58	65
	Dänemark	Mill. EUR	34	36	39	44	38	38	39	36	42
	Finnland	Mill. EUR	25	29	34	30	29	28	32	24	29
	Frankreich	Mill. EUR	370	428	394	444	394	449	402	390	406
	Griechenland	Mill. EUR	30	29	24	36	32	36	28	36	37
	Großbritannien	Mill. EUR	201	217	223	243	223	233	237	223	266
	Irland	Mill. EUR	9	9	9	8	9	11	11	9	10
	Italien	Mill. EUR	247	251	198	266	250	259	174	225	235
	Niederlande	Mill. EUR	205	221	210	226	202	222	234	224	246
	Österreich	Mill. EUR	136	150	152	152	141	155	158	145	171
	Schweden	Mill. EUR	58	66	68	70	68	49	66	59	66
	Spanien	Mill. EUR	171	183	174	195	186	178	152	170	187
	Portugal	Mill. EUR	20	22	21	26	22	24	22	20	19
*	Afrika	Mill. EUR	82	90	94	93	95	101	97	94	105
*	Amerika	Mill. EUR	452	457	477	520	442	646	692	566	524
	darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	288	326	272	409	487	388	340
*	Asien	Mill. EUR	474	538	551	539	487	645	613	548	582
	darunter nach China	Mill. EUR	118	149	144	129	104	180	150	126	139
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	48	52	33	53	62	55	54

Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 625	2 639	2 731	2 672	2 746	2 511	2 409	2 691
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	243	224	214	239	245	250	199	235
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 282	2 333	2 420	2 336	2 340	2 095	1 987	2 204
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	126	50	187	102	105	95	95	42
* Halbwaren	Mill. EUR	293	314	343	315	341	373	264	256	282
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 842	1 940	1 918	1 893	1 862	1 736	1 636	1 880

<sup>1</sup> Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – <sup>2</sup> Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – <sup>3</sup> Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

**noch: Außenhandel<sup>1</sup>****Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>**

Einfuhr (Generalhandel) <sup>2</sup>		Einheit	2010	2011				2012			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	520	566	517	500	534	521	454	588
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 322	1 375	1 402	1 393	1 328	1 216	1 182	1 291
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 657	1 893	1 816	1 996	1 929	1 981	1 812	1 777	2 034
*	darunter aus EU-Ländern <sup>3</sup>	Mill. EUR	1 398	1 595	1 575	1 621	1 640	1 673	1 501	1 530	1 746
	Belgien	Mill. EUR	240	275	297	277	276	305	277	245	295
	Luxemburg	Mill. EUR	36	44	48	47	42	38	43	46	45
	Dänemark	Mill. EUR	24	14	17	13	17	17	18	18	18
	Finnland	Mill. EUR	11	12	14	12	10	12	15	12	11
	Frankreich	Mill. EUR	225	253	232	244	255	258	223	222	268
	Griechenland	Mill. EUR	8	8	8	8	7	7	7	7	9
	Großbritannien	Mill. EUR	74	82	81	89	81	92	88	96	91
	Irland	Mill. EUR	11	11	8	12	9	11	11	11	12
	Italien	Mill. EUR	134	157	147	148	157	173	140	139	169
	Niederlande	Mill. EUR	228	262	258	274	301	260	203	236	298
	Österreich	Mill. EUR	81	86	79	86	80	87	90	90	100
	Schweden	Mill. EUR	27	26	23	24	30	32	34	39	48
	Spanien	Mill. EUR	82	96	75	98	104	93	80	91	92
	Portugal	Mill. EUR	14	16	14	15	16	16	15	20	16
*	Afrika	Mill. EUR	39	52	72	49	36	57	45	37	52
*	Amerika	Mill. EUR	229	267	257	238	247	288	279	252	243
	darunter aus USA	Mill. EUR	149	184	175	162	177	198	184	189	187
*	Asien	Mill. EUR	327	409	488	442	456	414	369	337	356
	darunter aus China	Mill. EUR	150	168	195	163	190	175	177	145	147
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	6	5	6	5	6	6

**Gewerbeanzeigen<sup>4</sup>**

Gewerbeanzeigen <sup>4</sup>	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	3 491	3 118	3 066	3 228	2 912	2 961	2 916
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	565	530	576	544	465	493	509
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	2 379	2 118	1 980	2 158	1 910	1 952	1 871
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	3 620	2 710	3 311	3 174	2 683	2 963	2 939
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	427	373	461	541	431	409	411
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	2 644	1 870	2 302	2 117	1 781	2 045	2 061

<sup>1</sup> Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – <sup>2</sup> Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – <sup>3</sup> Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – <sup>4</sup> Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

## Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl	670	611	604	560	597	644	546	573	581
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	107	101	96	105	87	79	78
* Verbraucher	Anzahl	420	387	369	341	398	419	344	383	387
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	116	94	88	103	100	93	94
* sonstige natürliche Personen, <sup>1</sup>										
Nachlässe	Anzahl	21	20	12	24	15	17	15	18	22
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	81	153	61	94	109	69	615

## Handwerk<sup>2</sup>

Handwerk<sup>2</sup>

Einheit	2010	2011					2012			
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
* Beschäftigte <sup>3</sup>	2009=100 <sup>4</sup>	98,4	99,0	98,0	98,5	101,4	99,3	98,8	98,9	101,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) <sup>5</sup>	2009=100 <sup>6</sup>	97,7	104,0	84,6	104,6	107,5	118,9	85,3	102,8	104,0

## Preise

Preise	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	107,4	109,9	110,4	111,2	110,9	112,9	112,6	113,7	...
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	104,6	105,7	106,2	106,3	106,5	107,0	107,1	107,2	...

## Verdienste<sup>7</sup>

Verdienste<sup>7</sup>

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Bruttonomatsverdienste <sup>8</sup> der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>9</sup> im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 494	3 593	3 243	3 285	3 288	3 312	3 301	3 356	3 371
* Frauen	EUR	3 002	3 077	2 822	2 843	2 846	2 864	2 871	2 903	2 918
* Männer	EUR	3 686	3 798	3 410	3 460	3 463	3 490	3 475	3 538	3 551
* Leistungsgruppe 1 <sup>10</sup>	EUR	6 039	6 228	5 444	5 535	5 550	5 591	5 704	5 769	5 786
* Leistungsgruppe 2 <sup>10</sup>	EUR	3 971	4 075	3 700	3 762	3 769	3 796	3 821	3 869	3 893
* Leistungsgruppe 3 <sup>10</sup>	EUR	3 057	3 153	2 839	2 889	2 898	2 911	2 846	2 893	2 917
* Leistungsgruppe 4 <sup>10</sup>	EUR	2 502	2 579	2 358	2 398	2 409	2 411	2 390	2 455	2 481
* Leistungsgruppe 5 <sup>10</sup>	EUR	1 867	1 926	1 809	1 829	1 836	1 854	1 866	1 915	1 928

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

**noch: Verdienste<sup>1</sup>**

noch: Verdienste <sup>1</sup>	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 689	3 842	3 353	3 430	3 435	3 449	3 412	3 515	3 523
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 425	3 542	3 220	3 230	3 306	3 289	3 327	3 335	3 404
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 777	3 943	3 424	3 492	3 491	3 508	3 522	3 607	3 600
* Energieversorgung	EUR	5 134	5 173	4 372	4 389	4 487	4 477	4 233	4 330	4 312
* Wasserversorgung <sup>2</sup>	EUR	2 912	2 987	2 751	2 772	2 803	2 822	2 878	2 900	2 959
* Baugewerbe	EUR	3 001	3 090	2 815	2 961	2 987	2 981	2 818	3 025	3 113
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 354	3 412	3 164	3 180	3 181	3 211	3 228	3 250	3 268
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 256	3 300	2 956	2 983	3 001	3 038	3 109	3 121	3 131
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 835	2 888	2 643	2 678	2 679	2 707	2 714	2 758	2 769
* Gastgewerbe	EUR	2 044	2 058	2 004	2 009	2 002	2 004	1 898	1 897	1 893
* Information und Kommunikation	EUR	4 686	4 847	4 197	4 380	4 314	4 359	4 200	4 290	4 313
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 528)	4 598	3 936	3 962	3 971	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 768	3 772	3 474	3 491	3 600	3 577	3 477	3 495	(3 562)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 903	4 022	3 603	3 658	3 652	3 672	3 719	3 802	3 776
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(1 902)	1 940	1 866	1 868	1 864	1 902	1 937	1 974	2 010
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 260	3 338	3 188	3 194	3 204	3 219	3 227	3 232	3 280
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 991	4 040	3 887	3 904	3 919	3 946	3 934	3 935	3 950
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 480	3 567	3 287	3 324	3 369	3 381	3 300	3 332	3 372
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 371)	3 374	3 173	3 167	3 205	3 228	3 144	3 264	3 290
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 802	2 828	2 668	2 657	2 640	2 682	2 829	2 874	2 879

**Geld und Kredit<sup>3</sup>**

Geld und Kredit <sup>3</sup>	Einheit	2010	2011					2012		
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	116 241	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731	118 696
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 507	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169	11 771

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit<sup>1</sup>**

Einheit	2010	2011				2012			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

**Kredite an Nichtbanken**

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 092	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413	14 983
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	89 642	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149	91 942
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	106 664	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912	110 406
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	96 721	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226	99 954
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	9 943	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686	10 452
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	9 577	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819	8 290

**Einlagen und aufgenommene****Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	109 118	111 359	110 049	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769	113 388
Sichteinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 233	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313	47 540
Termineinlagen	Mill. EUR	31 010	30 198	29 690	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377	29 346
Sparbriefe	Mill. EUR	7 040	7 672	7 252	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870	7 596
Spareinlagen	Mill. EUR	29 304	29 642	29 874	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209	28 906
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	106 608	108 983	107 672	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216	110 892
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	104 341	106 437	105 248	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499	108 148
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 267	2 546	2 424	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717	2 744
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 510	2 376	2 377	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553	2 496

**Steuern**

Einheit	2010	2011				2012			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	

**Aufkommen nach  
Steuerarten**

<b>Gemeinschaftsteuern</b>	Mill. EUR	3 103	3 398	3 106	3 416	4 164	3 890	3 175	3 701	4 170
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	923	1 002	532	885	1 709	1 278	763	1 021	1 734
Lohnsteuer	Mill. EUR	647	699	506	887	848	527	528	990	889
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	133	136	-	391	-	-	-	458	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	119	130	- 21	- 8	557	502	135	- 28	530
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	73	18	22	53	34	72	26	51

<sup>1</sup> Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

**Gemeinschaftsteuern**

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	30	12	42	11	10	12	53	12
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	0	26	-	0	0	36	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	69	17	- 57	240	204	15	- 19	251
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 2	- 7	-	- 49	-	-	-	- 19	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 180	2 397	2 575	2 531	2 456	2 612	2 412	2 680	2 436
Umsatzsteuer	Mill. EUR	443	441	467	534	458	468	511	494	488
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 737	1 956	2 108	1 997	1 997	2 144	1 902	2 186	1 948

**Zölle**

Mill. EUR	181	205	228	201	193	229	195	203	171
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**Bundessteuern<sup>1</sup>**

darunter	Mill. EUR	114	109	94	86	181	130	101	91	183
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	27	35	29	62	29	33	32	65
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	34	32	31	32	37	33	29
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	44	26	25	89	69	31	27	90

**Landessteuern**

Landessteuern	Mill. EUR	45	43	52	57	- 57	53	54	55	57
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	7	13	23	- 94	11	11	16	15
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	17	20	23	20	22	27	29	25	27
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	12	10	12	10	11	11	11
Feuerschutzsteuer <sup>1</sup>	Mill. EUR	1	2	1	1	2	1	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	3	3	2	3	2

Einheit	2010	2011				2012		
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.

**Gemeindesteuern**

<b>Gemeindesteuern</b>	Mill. EUR	490	541	501	541	528	595	521	711	582
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	105	115	135	107	113	122	142
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	383	411	376	476	394	572	420
sonstige Gemeindesteuern <sup>2</sup>	Mill. EUR	9	9	8	9	10	9	9	13	14

<sup>1</sup> Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 01.07.2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – <sup>2</sup> Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

noch: Steuern	Einheit	2010	2011					2012		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände										
	Mill. EUR	762	824	557	798	819	1 121	543	1 016	849
Gewerbesteuer (netto) <sup>1</sup>	Mill. EUR	299	334	352	336	298	352	369	501	314
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	298	320	77	300	329	576	45	337	339
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	39	40	12	33	41	75	2	39	33

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	698	738	602	732	911	705	732	751	1 076
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	52	57	- 57	53	54	55	57
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	335	370	171	315	629	501	273	374	639
Lohnsteuer	Mill. EUR	213	236	158	321	245	168	168	363	264
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	50	55	- 9	- 4	237	213	58	- 12	225
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	26	31	8	8	22	13	35	9	19
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	5	18	5	5	5	23	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	35	9	- 29	120	102	8	- 10	125
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	301	304	326	356	287	152	345	320	320
Umsatzsteuer	Mill. EUR	221	211	227	261	188	54	246	237	211
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	80	92	99	95	100	98	100	83	109
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	6	14	1	14	0	16	0	16
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	6	0	5	0	5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	9	11	27	2	27	0	31	1	32
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	6	0	6	0	6	0	7
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 643	1 808	1 771	1 773	2 222	2 052	1 699	1 922	2 225
Bundessteuern	Mill. EUR	114	109	94	86	181	130	101	91	183
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	401	436	228	373	748	560	330	434	759
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 124	1 257	1 435	1 313	1 279	1 362	1 252	1 396	1 267
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	6	14	1	14	0	16	0	16

<sup>1</sup> Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



## Neuerscheinungen im Januar 2013

## Statistische Berichte

**Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen**

Studienseminare 2012 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2012)  
Kennziffer: B3023 201222

**Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Ernteberichterstattung über Obst im November 2012  
Kennziffer: C2033 201204

**Produzierendes Gewerbe, Handwerk**

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2012 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten  
Kennziffer: E1023 201211

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im November 2012  
Kennziffer: E1033 201211

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2011  
Kennziffer: E1063 201100

Bauhauptgewerbe im November 2012 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau  
Kennziffer: E2023 201211

Bauhauptgewerbe im Juni 2012 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Ergänzungserhebung)  
Kennziffer: E2033 201200

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Oktober 2012  
Kennziffer: E4023 201210

Stromabsatz und Erlöse 2011  
Kennziffer: E4053 201100

Gasabsatz und Erlöse 2011  
Kennziffer: E4063 201100

**Wohnungswesen, Bautätigkeit**

Baugenehmigungen im November 2012  
Kennziffer: F2033 201211

**Handel, Tourismus, Gastgewerbe**

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2011  
Kennziffer: G1013 201100

Aus- und Einfuhr im Oktober 2012  
Kennziffer: G3023 201210

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Oktober 2012  
Kennziffer: G4023 201210

**Verkehr**

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2012  
Kennziffer: H1023 201210

Binnenschifffahrt im Oktober 2012  
Kennziffer: H2023 201210

**Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern**

Gemeindefinanzen 2009 – Jahresrechnungsergebnisse  
Kennziffer: L2013 200900

Realsteuervergleich 2010  
Kennziffer: L2073 201000

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2010  
Kennziffer: L2083 201000

Personal im öffentlichen Dienst 2010  
Kennziffer: L3023 201000

**Preise und Preisindizes**

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2012  
Kennziffer: M1013 201212

Preisindizes für Bauwerk in Deutschland im November 2012  
Kennziffer: M1043 201244

## Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –  
Ausgabe Januar 2013  
Kennziffer: Z2201 200113

### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge-  
oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland –  
Krankenhausverzeichnis – Stand 31.12.2011  
Kennziffer: A4015 201100

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den  
kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands  
2008 bis 2010 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1  
Kennziffer: P1315 201000

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern  
der Bundesrepublik Deutschland 2009–2010 –  
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3  
(Berechnungsstand: August 2012)  
Kennziffer: P1235E 201000

Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten  
und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland  
2008 bis 2010 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2  
(Berechnungsstand: August 2011)  
Kennziffer: P1325 201000

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.  
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

## Impressum

---

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Juwi  
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201  
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR  
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:  
[www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte)